



universität
wien

MASTERARBEIT

Titel der Masterarbeit

Die Zentralasienpolitik der EU am besonderen Beispiel der Strategie für eine neue Partnerschaft 2007-2013

verfasst von

Ota Nalezinek, BA

angestrebter akademischer Grad

Master of Arts (MA)

Wien, 2014

Studienkennzahl lt. Studienblatt:

A 066 824

Studienrichtung lt. Studienblatt:

Politikwissenschaft

Betreuerin / Betreuer:

Univ.-Doz. Paul Luif

Eidesstattliche Erklärung

Ich erkläre hiermit an Eides Statt, dass ich die vorliegende Arbeit selbstständig und ohne Benutzung anderer als der angegebenen Hilfsmittel angefertigt habe. Die aus fremden Quellen direkt oder indirekt übernommenen Gedanken sind als solche kenntlich gemacht.

Die Arbeit wurde bisher in gleicher oder ähnlicher Form keiner anderen Prüfungsbehörde vorgelegt und auch noch nicht veröffentlicht.

Wien, im Juni 2014

Ota Nalezinek

Danksagung

An alle die da waren und da sein werden.

Sprachliche Gleichbehandlung

Aus Gründen der besseren Lesbarkeit wird teilweise auf die gleichzeitige Verwendung der männlichen und weiblichen Sprachform verzichtet. Sofern nicht anders angegeben, gelten sämtliche Personenbezeichnungen für beiderlei Geschlecht.

Geduld ist die wertvollste aller Tugenden.

Inhaltsverzeichnis

1 Persönlicher Zugang.....	13
2 Methode.....	14
3 Einleitung	15
3.1 Zentralasien: eine Begriffsanalyse.....	15
3.2 Zentralasien in der Sowjetunion	16
3.3 Die Fragestellung.....	19
4 Die Europäische Außenpolitik	20
4.1 Der Weg der Europäischen Gemeinschaft zu einem außenpolitischen Akteur	20
4.2 Die Felder europäischer Außenpolitik	24
4.2.1 Regionale Kooperation	24
4.2.2 Menschenrechte	26
4.2.3 Demokratie und verantwortungsvolle Regierungsführung.....	29
4.2.4 Konfliktprävention.....	31
4.2.5 Der Kampf gegen international organisierte Kriminalität	33
4.3 Die Instrumente der europäischen Außenpolitik	35
5 EU und Zentralasien: Strategie für eine neue Partnerschaft.....	38
5.1 Die Genese.....	38
5.2 Regionale Kooperation	45
5.3 Menschenrechte	57
5.4 Demokratie und verantwortungsvolle Staatsführung	66
5.5 Internationale Kriminalität	70
5.6 Konfliktprävention.....	72
6 Länderanalyse.....	82
6.1 Die politische Situation Kasachstans.....	82
6.2 Die politische Situation Kirgisistans	85
6.3 Die politische Situation Tadjikistans	90
6.4 Die politische Situation Turkmenistans	94
6.5 Die politische Situation Usbekistans	96
7 Konkurrenz um Zentralasien.....	102
7.1 USA	102
7.2 Russland.....	106

7.3 China.....	110
8 Conclusio.....	115
9 Literaturliste	119
9.1 Quellen.....	119
9.2 Internetquellen	123
10 Anhang	132
10.1 Abkürzungsverzeichnis.....	132
10.2 Kartenmaterial	133
10.3 Tabellenverzeichnis	147
10.4 Abstract.....	148
10.5 Zusammenfassung	149
10.6 Curriculum Vitae	151

1 Persönlicher Zugang

Der persönliche Zugang des Autors zur Thematik dieser Arbeit lässt sich in zwei Interessensfelder aufteilen. Da wäre zum einen der Anspruch der EU die Rolle eines internationalen Akteurs mit einer gemeinsamen Position in der Außenpolitik einzunehmen, welche jedoch ein ums andere Mal von den individuellen Strategien der Mitgliedsstaaten divergiert und einen Drahtseilakt zwischen Subsidiaritätsprinzip und der Handlungsfähigkeit als supranationale Organisation darstellt. Es stellt sich hier die Frage inwiefern sich die Strategie des kleinsten gemeinsamen Nenners in der europäischen Außenpolitik in einer Furche zwischen theoretischer Rhetorik und praktischer Applikation ausdrückt. Doch nicht nur der Ist-Zustand ist von wissenschaftlicher Relevanz sondern es lassen sich auch Rückschlüsse aus der geleisteten Feldarbeit auf den Zustand der Europäischen Union und dem Verhältnis zwischen ihren Mitgliedern ziehen. Und eben dieses Verhältnis sollte dann doch möglichst harmonisch sein um nicht nur innereuropäisch, sondern auch global handlungsfähig zu bleiben.

Dass ausgerechnet Zentralasien als Themenkomplex Einzug in die Arbeit einhielt, ist v.a. dem Zufall und dem Fehlen jeglichen wissenschaftlichen Interesses am Institut für Politikwissenschaft der Universität Wien zu verdanken. So findet sich in der Diplomarbeitsdatenbank nur zwei Einträge zu dem Thema allgemein¹, als Einzelstaaten finden einzig Turkmenistan² und Usbekistan³ rezente Beachtung.

Dieser Fokus auf ein kaum betrachtetes Thema ist möglicherweise die wichtigste Motivation für diese Arbeit, so soll sie versuchen das Spektrum der Forschung etwas zu verbreitern.

1 Liechtenstein, Leopold - Krisenherde in Zentralasien: Eine Herausforderung für die OSZE, 01/2003, Betreuer Schütz-Müller sowie Legeland, Georg - Konflikt oder Kooperation : die Europäische Union und Russland in Zentralasien 01/2012, Betreuer: Segert

2 Fenusz, Thomas - Turkmenistans geostrategische Positionierung als Erdgas- und Erdöllieferant im 21. Jahrhundert 06/2007, Betreuer: Heinrich

3 Moisejew, Eleonora Ilana - Usbekistan zwischen Russland und den USA: Usbekistan im Kampf gegen den Terror, 04/2008, Betreuer: Heinrich

2 Methode

Die Aufgabe welche mit dieser Arbeit bewältigt werden soll, ist die Verbindung der politischen Problematiken Zentralasiens mit der europäischen Zentralstrategie. Hierzu wollen wir die Probleme der Region in die von Karen Smith herausgearbeiteten Kategorien einteilen, und sehen welche Pläne und Projekte die EU in ihrer Strategie und den dazugehörigen technischen Dokumenten herausgearbeitet hat und bis 2013, dem vorläufigen Ende der Strategie umsetzen will. Diese Arbeitsmethode wird framing theory genannt und ist in einem breiten Spektrum sozialwissenschaftlicher Forschung anwendbar. „The major premise of framing theory is that an issue can be viewed from a variety of perspectives and be construed as having implications for multiple values or considerations. Framing refers to the process by which people develop a particular conceptualization of an issue or reorient their thinking about an issue“⁴, traditionell wird die framing theory in der Meinungsforschung eingesetzt um Umfrageergebnisse in eine bestimmte Richtung zu lenken oder um Resultate zu erklären. Wir wollen jedoch framing nicht als eine manipulative Strategie wahrnehmen, sondern die geistige Haltung, die sich die EU in ihrer Evolution zum außenpolitischen Partner erarbeitet hat als Rahmen für die Zentralasienpolitik sehen. Wenn die fünf Themenkomplexe europäischer Außenpolitik stärker präsent bei der Vorstellung außenpolitischer Maßnahmen sind, dann gewinnen diese Maßnahmen im Lichte der Öffentlichkeit an Legitimation, da „[...] one's frame in thought can have a marked impact on one's overall opinion. For this reason, politicians attempt to mobilize voters behind their policies by encouraging them to think about those policies along particular lines. This is accomplished by highlighting certain features of the policy, such as its likely effects or its relationship to important values“⁵. Da man nicht abstreiten kann, dass die Werte Menschenrechte, die Förderung regionaler Kooperation, Demokratieförderung und verantwortungsvolle Staatsführung, der Kampf gegen international organisierte Kriminalität und Konfliktprävention mehr als der kleinste gemeinsame Nenner einer gemeinsamen Außenpolitik sein müssen, erscheint es nur plausibel, die Zentralasienstrategie nach diesen Linien zu untersuchen.

4 Chong / Druckman (2007): S.104

5 Ebenda S.106

3 Einleitung

„Das heutige Zentralasien ist weitgehend terra incognita.“⁶

Das im Juni 2007 unter der deutschen Ratspräsidentschaft verabschiedete Strategiepapier „EU und Zentralasien: Strategie für eine neue Partnerschaft“ soll die bestehenden, vornehmlich wirtschaftlichen und sicherheitspolitischen Beziehungen zwischen der EU und den fünf zentralasiatischen, ehemaligen sowjetischen Republiken – Kasachstan, Kirgisistan, Tadschikistan, Turkmenistan und Usbekistan – um weitere Dimensionen erweitern. Diese Dimensionen – Demokratisierung und verantwortungsvoller Staatsführung, die Wahrung der Menschenrechte, Konfliktprävention, regionale Kooperation und der Kampf gegen international organisierte Kriminalität – haben sich mittlerweile als die fünf thematischen Felder der europäischen Außenpolitik etabliert⁷.

Diese Arbeit widmet sich dem Fallbeispiel Zentralasien, im Zeitraum der Strategie für eine neue Partnerschaft d.h. 2007-2013. Wir wollen untersuchen welche Herausforderungen die Region in diesen Feldern bietet und wie die europäische Antwort aussieht.

Obwohl hier der Begriff Zentralasien in der Definition der Europäischen Union benutzt wird, soll nicht verschwiegen werden, dass andere akademische Disziplinen andere Einheiten als Zentralasien verstehen.

3.1 Zentralasien: eine Begriffsanalyse

Zentralasien als geographischer Raum bezeichnet jene Steppe im Inneren des eurasischen Kontinents, welche als nördliche Begrenzung die sibirischen Waldgebiete der russischen Taiga hat und welcher als südliche Barriere die Gebirge des Kaukasus, Elbrus, Paropamis, Hindukush, Karakorum, Altyntagh, des Nordwestteils des Kuen-Lun und des Nanschan dienen. Im Westen erstreckt sich Zentralasien bis in die Tiefebene Rumäniens und Ungarns, während im Osten die mandschurischen Wälder und die Chinesische Mauer die Grenzen bilden⁸.

6 Editorial (2007): S.7

7 Smith (2008): S. 5ff

8 Hambly (1966): S.11f

Die UNESCO sieht Zentralasien hingegen als Region, welche durch die historisch-kulturellen Gemeinsamkeiten der dort lebenden Völker definiert wird. Insofern umfasst dieses Zentralasien nicht nur die fünf ehemaligen sowjetischen Republiken, sondern auch die Mongolei, Sinkiang, den Osten des Iran, Nordafghanistan, Nordpakistan und Nordwestindien. Diese Gemeinsamkeiten werden anhand der Vorherrschaft zweier Lebensformen, des Hirtennomadismus und der Oasenkultur, festgestellt⁹.

Weiter kann Zentralasien als funktionale Einheit mit zwei entgegengesetzten Funktionen interpretiert werden. Zum einen durch seine unermessliche Weite, die unbewältigbaren Entfernungen sowie natürlichen Hindernisse (Wüsten und Gebirge) und das Fehlen von natürlichen Wasserwegen als trennendes Element zwischen der chinesischen, indischen, arabischen und russischen Kultur; zum anderen als nie komplett versiegender Kommunikationsraum und Transmissionsmedium für die Verbreitung von Kulturpflanzen (Pfirsich, Marille, Orangen, Zitronen, Zuckerrohr, Reis) und Technologie (Steigbügel, Krummsäbel, Papier)¹⁰.

Die fünf zentralasiatischen Republiken in ihrer heutigen Form würden kaum existieren, hätten sie nicht eine gemeinsame Sowjetisierung durchgemacht. Die Lektionen aus der Sowjetzeit bestimmen auch noch heute die politische, soziale und ökonomische Realität der Länder. Deshalb soll hier die Genese der Staaten unter dem Sowjetregime kurz dargestellt werden.

3.2 Zentralasien in der Sowjetunion

Bis zur Eroberung durch die Rote Armee bestand die politische Ordnung in Zentralasien aus Emiraten, Khanaten und Horden (lose Föderationen nomadischer Stämme). Diese standen seit den zaristischen Eroberungen unter der russischen Kolonialverwaltung, doch waren sie in innenpolitischen Fragen größtenteils unabhängig. Die Bolschewiken mussten die Gesellschaften und die Administration radikalen Reformen unterziehen um den Kommunismus installieren zu können, da die Bevölkerung Zentralasiens sich aufgrund der traditionellen Lebensweisen (Hirtennomadismus und Oasenkultur) in unterschiedlichen geographischen Räumen aufhielt, ethnisch äußerst heterogen war und mangels Industrie kaum das gewohnte proletarische Substrat bereitstellen konnte, die Basis der kommunistischen

9 Dani/Masson (1992): S.19f

10 Hambly (1966). S.20f

Gesellschaftsordnung. Deshalb versuchte sich die Führung in Moskau in der Nationenschaffung, wobei „erst mit Hilfe der staatlichen Lenkungsmittel der Republiken die verschiedenen Volksgruppen zu Völkern [d.h. Nationalitäten] geformt“¹¹ wurden.

Die Arbeit der Aufteilung stützte sich dabei auf einen Aufsatz Stalins von 1913. Er schreibt: „Eine Nation ist eine historisch entstandene, stabile Gemeinschaft von Menschen, entstanden auf der Grundlage der Gemeinschaft der Sprache, des Territoriums, des Wirtschaftslebens und der sich in der Gemeinschaft der Kultur offenbarenden psychischen Wesensart“¹². Von den Völkern Zentralasiens wurden „die Usbeken, die Kasachen, die Turkmenen, die Kirgisen, die Karakalpaken und die Tadjiken [im Zensus von 1924] als „nacija“ [Nation] voll anerkannt und wurden Titularvölker von Unions- und Autonomen Republiken“¹³, wobei das bei den Karakalpaken kaum der Fall war (das Karakalpakische Autonome Gebiet, ab 1932 Karakalpakische ASSR wurde 1936 dann auch der Usbekischen SSR unterstellt), da sie keine eigene Literatursprache besaßen und ihre Geschichte auch nicht durch Eigenständigkeit gegenüber den anderen Turkvölkern der Region hervorstach.

Die Republiken sollten den zentralasiatischen Gesellschaften die Möglichkeit bieten sich von ihrer traditionellen Lebensweise zu befreien und sich zu entwickeln, damit die Verschmelzung der „Nationen“ im kommunistischen Endstadium zustande kommen konnte.

Mit der Sowjetisierung erhielt auch der moderne Klientelismus in der Region Einzug, denn anders als für ideologische Kommunisten war in Zentralasien „der Beitritt zur Partei viel mehr ein Tor zu Macht und Wohlstand, der der Großfamilie zugutekam und mit dem Klientelbeziehungen aufgebaut und aufrecht erhalten werden konnten“¹⁴.

Rywkin meint hierzu: „For a Frenchman, for example, becoming a member of the Communist Party is either a sign of acceptance of Marxist ideology or a protest against the injustices of the capitalist way of life. For a Russian, it is most often a morally difficult decision made for the sake of career advancement. For an Estonian it is even more, often a painful choice between national pride and personal advantage. But for an Uzbek it is an opportunistic step taken without either conviction or remorse. It is like joining an insiders' club which opens the doors to power and money, but whose ideology is either absent or totally irrelevant. Marxist-Leninist terminology is being memorized and recited by Muslim party members like prayers

11 Geiß (1995): S.53

12 Matten (2009): S.13

13 Geiß (1995): S.56

14 Ebenda S.117

in Arabic. But while prayers evoke a warm feeling of group belonging, and symbolize tradition and identity, Party meetings evoke no emotion whatsoever. They are just prerequisites for privileged membership“¹⁵.

Dieser Klientelismus ermöglichte ungeheure Korruptionspyramiden (wie z.B. die usbekische Affäre, ein Skandal bei dem aufflog, dass Moskau Usbekistan für 6 Mio. t Baumwolle bezahlt hat, welche nie produziert wurden), welche die Elite nutzte, da Moskau ihr national politische Gestaltungsfreiheiten gewährte, wenn die Wirtschaftsleistung zu stimmen schien¹⁶.

Mit einer Welle politischer Säuberungen versuchte man nach Breznews Tod 1982 dieser Problematik des Nepotismus, der lokalen Günstlingswirtschaft, der Verwandtschaftscliquen und des Protektionismus Herr zu werden. Die 1. Sekretäre der Kommunistischen Parteien der zentralasiatischen Republiken der patrimonialen Ära (dieser Terminus bezieht sich auf die Dauer ihrer Herrschaft und darauf, dass sie gebürtige Zentralasiaten waren und keine Russen) wurden alle zwischen 1982 und 1986 ihres Amtes enthoben. In Kasachstan war dies D. Kunaev (im Amt von 1960-1986), in Kirgisistan T. Usabaliev (1961-1985), in Tadschikistan J. Rasulov (1951-1982), in Turkmenistan M. Gapurov (1961-1982) und in Usbekistan S. Rasidov (1959-1983).

Doch wurde vergessen, dass diese Verhaltens- und Kooperationsweisen tief in den tribalen Strukturen der zentralasiatischen Gesellschaften verwurzelt sind und „was aus einer anderen [der westlichen] Perspektive als «korrupt» erscheinen mag, gehorcht primär der Logik solcher [aus Loyalität zu Freunden und Familie] wechselseitiger Verpflichtungen. Die Vergabe von Posten und Privilegien nach objektiven Kriterien stößt in diesem Milieu auf Unverständnis“¹⁷. Oder, anders ausgedrückt, „we condemn nepotism: the Central Asiatics found themselves upon it. Nepotism is used here in the broadest meaning of surrounding oneself with one's skin in the normal course of things, in any undertaking civil or military.[...] Nepotism is not a crime in Central Asia. It is not favoritism for one's kinsmen, it is the natural order of things in a kinship-based society. An Asiatic man normally goes to his kinsmen if he wishes to start any enterprise. And if he is secretary of a party cell, he will see to it that his various sons, cousins, nephews, uncles work side by side with him in other key posts. If they get better paid for this, it is natural, because their kinsmen is the local chief“¹⁸.

15 Rywkin (1981): S.28

16 Hecker (2002): S.43

17 Geiß (1995): S.157

18 Lubin (1984): S.163f

Durch diese Praktik der personellen (und in diesem Fall auch institutionellen) Kontinuität, haben die Nachfolger der Mitte der 1980er ersetzten Politiker auch den nationalen Kommunistischen Parteien ein weiteres Überleben ermöglicht : in Usbekistan wurde die Partei am 14.9.1991 in Demokratische Volkspartei, in Turkmenistan am 16.12.1991 in Demokratische Volkspartei Turkmenistans, in Kasachstan in Sozialistische Partei umbenannt. In Tadschikistan hat sie unverändert Fortbestand, nur in Kirgisistan wurde sie verboten. Diese etablierten Netzwerke bilden nach wie vor die politische Elite und haben die Probleme der Region mit zu verantworten.

3.3 Die Fragestellung

Wie wir weiter unten sehen werden, versucht die EU durch ihre Außenpolitik die Welt ihr selbst ähnlich zu gestalten. Es soll hier also untersucht werden

- a) welches die thematisch Felder der europäischen Außenpolitik sind, die in ihrer spezifischen besonderen Ausprägung in der Strategie für eine neue Partnerschaft angewandt werden sollen;
- b) welches die praktischen Probleme der Region und der dortigen Gesellschaften sind und wie die Strategie für eine neue Partnerschaft diese angeht
- c) ob die EU dem ideologischen und wirtschaftlichen Konkurrenzkampf um Einfluss in Zentralasien überhaupt gewachsen ist

und

- d) ob Georg Geiß mit seiner 1995 formulierten These, dass „die Demokratisierung Mittelasiens [Zentralasien] im Sinne des Westeuropäischen Parlamentarismus wegen der sozialen Substrukturen und der kulturellen und politischen Leitideen unwahrscheinlich ist. Eine solche Demokratisierung hätte angesichts der katastrophalen Wirtschaftssituation und des latenten ethnischen und sozialen Konfliktpotentials unvorhersehbare Folgen für die politische Stabilität dieser Region“¹⁹ weiterhin die politische Situation in Zentralasien in der zweiten Dekade des 21. Jh. adäquat beschreibt.

19 Geiß (1995): S.193

4 Die Europäische Außenpolitik

In diesem Kapitel werden die fünf Ziele der Außenpolitik der Europäischen Union und ihre Genese erläutert. Dieser Schritt dient der Kontextualisierung der Zentralasienpolitik und bildet die dazugehörige theoretische Grundlage. Die fünf von Karen Smith identifizierten Grundsätze der Europäischen Außenpolitik illustrieren die Wahrnehmung politischer, ökonomischer und sozialer Realitäten durch die Organe der EU und unterstreichen ihr Selbstverständnis als Akteur internationaler Transformationspolitik zu fungieren, da expliziter Wert darauf gelegt wird, Partnerländern nicht nur die europäische politische Praxis näher zu bringen, sondern Drittländer auch bei ideologischen und institutionellen Reformen zu unterstützen wenn diese in Richtung der europäischen Ideale tendieren. Explizit sind diese Ziele folgende:

- die Förderung regionaler Integration und Kooperation
- die Förderung der allgemeinen Wahrung von Menschenrechten
- die Förderung von Demokratie und verantwortungsvoller Staatsführung
- die Prävention von gewalttätigen Konflikten
- der Kampf gegen internationale Kriminalität²⁰

Bevor wir uns thematisch diesen einzelnen Punkten widmen, soll zunächst der historische Einzug dieser Programmpunkte in die Verträge der Europäischen Gemeinschaft und der späteren Union skizziert werden, da die Zusammenhänge ihrer Kodifizierung auch die Methode und die Intensität ihrer Umsetzung mit beeinflussen.

4.1 Der Weg der Europäischen Gemeinschaft zu einem außenpolitischen Akteur

Nachdem die Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl, die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft und Euratom als Instrumente der wirtschaftlichen und sicherheitspolitischen Integration konzipiert worden waren – Robert Schuman drückte es

²⁰ Smith (2008): S.5ff

folgendermaßen aus: „Die Zusammenlegung der Kohle- und Stahlproduktion wird sofort die Schaffung gemeinsamer Grundlagen für die wirtschaftliche Entwicklung sichern - die erste Etappe der europäischen Föderation - und die Bestimmung jener Gebiete ändern, die lange Zeit der Herstellung von Waffen gewidmet waren, deren sicherste Opfer sie gewesen sind. Die Solidarität der Produktion, die so geschaffen wird, wird bekunden, dass jeder Krieg zwischen Frankreich und Deutschland nicht nur undenkbar, sondern materiell unmöglich ist“²¹ – dauerte es bis 1970 bis die neun Mitgliedsstaaten der damaligen EG erkannten dass die europäische Integration auch (wenn nicht gar vor allem) ein kultureller und identitätsstiftender Prozess sein sollte.

Um „die Geltung der rechtlichen, politischen und geistigen Werte zu sichern, zu denen sie [die Mitgliedsstaaten der EG] sich bekennen, in dem Bemühen, die reiche Vielfalt ihrer nationalen Kulturen zu erhalten, im Bewusstsein einer gemeinsamen Lebensauffassung, die eine Gesellschaftsordnung anstrebt, die dem Menschen dient,“ wollen sie „die Grundsätze der repräsentativen Demokratie, der Rechtsstaatlichkeit, der sozialen Gerechtigkeit, die das Ziel des wirtschaftlichen Fortschritts ist, sowie der Achtung der Menschenrechte als die Grundelemente der europäischen Identität [bei Verhandlungen mit Drittstaaten] wahren“²².

In der Einheitlichen Europäischen Akte werden die technischen Details gemeinsamer Außenpolitik definiert²³, während die mittlerweile 12 Mitglieder starke Gemeinschaft in der „Declaration by the European Council on the international role of the European Community“ programmatisch noch weiter geht. „The European Community and its Member States are determined to play an active role in the preservation of international peace and security and in the solution of regional conflicts, in conformity with the United Nations Charter. Europe cannot but actively demonstrate its solidarity to the great and spreading movement for democracy and full support for the principles of the Universal Declaration of Human Rights“²⁴. Auch wenn dieses 1988 erarbeitete Dokument sich noch vor allem auf die Unterschiede (und die Kooperation) zwischen dem damaligen West- und dem unmittelbaren Osteuropa bezieht, so wird der Wunsch nach der allgemeinen Verbreitung europäischer Werte auf dem gesamten Kontinent eindeutig. „The European Council reaffirms its determination to act with renewed hope to overcome the division of our continent and to promote the Western values and principles which Member States have in common. [...] promotion of human rights

21 Schuman (1950)

22 Europäische Gemeinschaften (1973): Artikel I,1

23 Europäische Gemeinschaften (1986): Titel III

24 Europäischer Rat (1988): Artikel 4

and fundamental freedoms, free circulation of people and ideas and the establishment of more open societies; promotion of human and cultural exchanges between East and West“²⁵.

Ein weiterer Schritt in Richtung der Ausformulierung einer konkreten gemeinsamen außenpolitischen Ausrichtung (und ihrer Institutionalisierung) war die Schaffung der 2. europäischen Säule, der GASP sowie der Ausformulierung ihrer Ziele:

„Die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik hat zum Ziel

- die Wahrung der gemeinsamen Werte, der grundlegenden Interessen und der Unabhängigkeit der Union;
- die Stärkung der Sicherheit der Union und ihrer Mitgliedstaaten in allen ihren Formen;
- die Wahrung des Friedens und die Stärkung der internationalen Sicherheit entsprechend den Grundsätzen der Charta der Vereinten Nationen sowie den Prinzipien der Schlussakte von Helsinki und den Zielen der Charta von Paris;
- die Förderung der internationalen Zusammenarbeit;
- die Entwicklung und Stärkung von Demokratie und Rechtsstaatlichkeit sowie die Achtung der Menschenrechte und Grundfreiheiten.“²⁶

Diese Position wurde in der konsolidierten Fassung des Vertrags über die Europäische Union, Titel V, Kapitel 1, Artikel 21 bekräftigt:

„(2) Die Union legt die gemeinsame Politik sowie Maßnahmen fest, führt diese durch und setzt sich für ein hohes Maß an Zusammenarbeit auf allen Gebieten der internationalen Beziehungen ein, um

- a) ihre Werte, ihre grundlegenden Interessen, ihre Sicherheit, ihre Unabhängigkeit und ihre Unversehrtheit zu wahren;
- b) Demokratie, Rechtsstaatlichkeit, die Menschenrechte und die Grundsätze des Völkerrechts zu festigen und zu fördern;
- c) nach Maßgabe der Ziele und Grundsätze der Charta der Vereinten Nationen sowie der Prinzipien der Schlussakte von Helsinki und der Ziele der Charta von Paris, einschließlich derjenigen, die die Außengrenzen betreffen, den Frieden zu erhalten, Konflikte zu verhüten und die internationale Sicherheit zu stärken;

²⁵ Ebenda, Artikel 5

²⁶ Europäische Union (1992): Titel III, Artikel J.1 Punkt (2)

- d) die nachhaltige Entwicklung in Bezug auf Wirtschaft, Gesellschaft und Umwelt in den Entwicklungsländern zu fördern mit dem vorrangigen Ziel, die Armut zu beseitigen;
- e) die Integration aller Länder in die Weltwirtschaft zu fördern, unter anderem auch durch den schrittweisen Abbau internationaler Handelshemmnisse;
- f) zur Entwicklung von internationalen Maßnahmen zur Erhaltung und Verbesserung der Qualität der Umwelt und der nachhaltigen Bewirtschaftung der weltweiten natürlichen Ressourcen beizutragen, um eine nachhaltige Entwicklungssicherzustellen;
- g) den Völkern, Ländern und Regionen, die von Naturkatastrophen oder von vom Menschen verursachten Katastrophen betroffen sind, zu helfen; und
- h) eine Weltordnung zu fördern, die auf einer verstärkten multilateralen Zusammenarbeit und einer verantwortungsvollen Weltordnungspolitik beruht²⁷.

Die Europäische Außenpolitik ist seit ihrer ersten Ausformulierung einer „milieu goals“ Auffassung gefolgt, einer der außenpolitischen Alternativen im Konzept von Arnold Wolfers²⁸. Laut Wolfers gibt es zwei sich gegenüberstehende Gruppen von außenpolitischen Zielen, die „milieu goals“ sowie die „possession goals“. Die Europäische Union versucht die Welt auch außerhalb ihrer Grenzen nach ihren Vorstellungen zu gestalten und integriert deshalb die schon genannten europäischen Werte in ihre Verhandlungen mit Drittstaaten. Dass die EU nicht den Pfad der „possession goals“ einschlug, eine Außenpolitik zu verfolgen, welche auf die Ausweitung von Territorium, institutioneller Macht (z.B. einen Sitz im UN Sicherheitsrat) oder Besitz von Ressourcen basiert, liegt an der europäischen Kriegserfahrung welche eine Folge der rücksichtslosen Verfolgung dieser Ziele darstellte.

Sicherheitspolitisch war Westeuropa durch die Sicherheitsgarantien der NATO und der USA abgesichert, industrielle Ressourcen waren zur Genüge im Ruhrgebiet vorhanden, der Marshall-Plan sorgte für ausreichende Liquidität im globalen Handel, Humankapital für den Wiederaufbau Europas war in ausreichender Menge und Qualität vorhanden und geopolitisch war und ist das Konstrukt der Europäischen Gemeinschaft im Sicherheitsrat der Vereinten Nationen durch Frankreich und das Vereinte Königreich vertreten. Des Weiteren kann die EU als Staatenverbund auf Grund ihres Charakters bei ausreichendem politischem Willen auch ohne militärische Konflikte ihr Territorium vergrößern.

27 Europäische Union (2010): Titel V, Kapitel 1, Artikel 21

28 Wolfers (1962): S.68f

Wolfers unterstreicht dass Frieden zwischen mehreren souveränen Staaten nicht erreicht werden kann, wenn diese ausschließlich besitzergreifende außenpolitische Ziele verfolgen, da dieser Umstand zwangsläufig zu Verteilungskonflikten führt und somit dauerhaften Frieden ausschließt. „Similarly, efforts to promote international law or to establish international organizations, undertaken consistently by many nations, are addressed to the milieu in which nations operate and indeed such efforts make sense only if nations have reason to concern themselves with things other than their own possessions“²⁹.

Nachdem im Folgenden die fünf Felder der Europäischen Außenpolitik näher erläutert werden, wird die Hauptaufgabe der Arbeit darin bestehen, die europäische Zentralasienpolitik im Lichte dieser fünf Bereiche zu sehen, so wie die praktische Austarierung der teils kontradiktorischen Ambitionen und die Erfolgsaussichten der “milieu goals” in Zentralasien.

4.2 Die Felder europäischer Außenpolitik

4.2.1 Regionale Kooperation

Die EU unterscheidet einerseits zwischen regionaler Integration, einem politischen Werdegang welcher darauf abzielt die Grenzen zwischen einzelnen Staaten, transnationale Waren- und Dienstleistungsströme betreffend zu beseitigen und regionaler Kooperation, einen Prozess welcher ökonomische und politische Interdependenz bei der gemeinsamen Bewältigung transnationaler Herausforderungen fördern soll³⁰, wobei hier ein Mangel einer allgemeingültigen Definition für Regionale Kooperation und Regionale Integration besteht, aber „there is a broad agreement on what they mean in practice“³¹. Intuitiv sollen die interne Praxis, Werte und Erfahrungen an Drittstaaten weitergegeben werden.

Eine eindeutige Antwort auf die Frage nach den Gründen für die Förderung regionaler Kooperation ist kaum identifizierbar, hierzu verhalten sich die einzelnen europäischen Akteure zu heterogen. Hier sollen einige mögliche Motivationsgründe erläutert werden damit eine Art Katalog bereitsteht welcher plausible Antwortmöglichkeiten auf die Frage nach den treibenden Kräften hinter der Förderung regionaler Kooperation bietet.

29 Wolfers (1962): S.73

30 Europäische Kommission (1995): S.3

31 Ebenda

Grundsätzlich werden Entscheidungen aus altruistischen oder egoistischen Gründen getroffen, wobei die Realität zumeist aus einer Kombination dieser beiden besteht, die Gewichtung mal mehr zur einen, mal mehr zur anderen Seite hin schwingend. Die Eigeninteressen können wiederum in materialistische und idealistische Gesichtspunkte unterteilt werden. Materialistische Betrachtungen würden die Stärkung der politischen Macht der EU einbeziehen, idealistische den Aufbau der Identität der EU als globaler Akteur³².

Auf der materialistischen Seite ist es nicht von der Hand zu weisen, dass ein Grund für den Einsatz der EU für regionale Kooperation die Verteidigung ihrer eigenen ökonomischen Interessen ist, eine Perspektive welche die EU ihrer eigenen Geschichte zu verdanken hat. Ebenso wie es für die USA nach dem Zweiten Weltkrieg einfacher war in einigen ökonomischen und politischen Feldern mit Europa als einer Einheit zu arbeiten, so vereinfachen regionale Verträge den Handel und Investitionen europäischer ökonomischer Akteure. Auch sind interregionale Gespräche weniger zeit- und kostenaufwändig als regelmäßige bilaterale Kontakte aufrecht zu erhalten³³.

Auf der idealistischen Seite kann der Aufbau erfolgreicher regionaler Kooperationen, in Anlehnung und mit Hilfe der EU, die politische Führungskraft dieser in der Welt fördern. Wie Söderbaum hierzu bemerkt:

„Interregionalism not only justifies and promotes the EU's «actorness» (both within [the] EU itself and the rest of the world), but also strengthens the legitimacy of other regions which, in turn, promotes further region-building and cross-cutting patterns of interregionalism. Thus, the EU's preference for region-building and interregionalism has implications not only for the foreign policy of the EU, but also for the organization of the world polity where regional actors such as the EU gain legitimacy“³⁴.

Auf der altruistischen Seite steht das Argument dass Kooperation, in welcher Form auch immer, Frieden, Sicherheit und Wohlstand fördert, weil nationale Mängel in einem gegebenen politischen, sozialen oder ökonomischen Feld durch die Kooperationspartner aufgefangen werden können. Des Weiteren erleichtern regionale Organisationen die Regierungsführung (*global governance*) in einem globalisierten Umfeld.

32 Hettne/Söderbaum (2005): S.535f

33 Monar (1996): S.263ff

34 Söderbaum (2005): S.9f

Hierbei achtet die EU bei ihren Bemühungen darauf dass keine Hegemonialmacht entsteht, insbesondere bei der Regionenbildung welche von ihr selbst definiert wurde, d.h. bei Staaten welche keine eigene spezifische regionale Organisation gegründet haben, wie z.B. dem Balkan oder Zentralasien.

4.2.2 Menschenrechte

Die Wahrung und Förderung der universellen Menschenrechte steht seit den 1970ern auf der inoffiziellen politischen Agenda der Europäischen Gemeinschaft, wurden aber erst mit der Einheitlichen Europäischen Akte als gemeinsames Ziel formuliert.

Das ambitionierte Ziel, Menschenrechte auch in die Außenpolitik der EU mit einzubeziehen stellt die EU sowohl vor ein philosophisches als auch vor ein praktisches Dilemma, wobei sich jeweils die Positionen von Realisten und Idealisten gegenüber stehen.

Realisten sehen Außenpolitik als Utensil nationaler Interessen, wobei hier die Sicherheit und Unversehrtheit ihrer eigenen Bürger an erster Stelle stehen. Diese kann durch die Forderung nach dem Einhalten von Menschenrechtsstandards unterhöhlt werden³⁵. Andere Theoretiker argumentieren dass das Pochen auf die Einhaltung von Menschenrechtsstandards ein Eingriff in die Souveränität von Drittstaaten ist, welcher gegen die Normen der internationalen Staatengemeinschaft verstößt. Auch gehen die hochgesteckten Ziele der EU im Bereich der Menschenrechte meist im Vergleich mit wirtschaftlichen Ambitionen unter, was wiederum Kritiker auf den Plan ruft die die Meinung vertreten, dass Menschenrechte für die EU lediglich die Öffnung von Märkten und anderen neo-liberalen kapitalistischen Reformen bedeuten³⁶.

Die EU wiederum besteht auf der Universalität der Menschenrechte und der Einhaltung dieser als stabilitäts- und sicherheitsfördernden Faktor. Diese Attitüde ist ein Spiegelbild des Ost-West Verhältnisses des kalten Krieges während der *détente* und hier insbesondere dessen zwischen der damaligen BRD und der DDR, weil der der Respekt gegenüber Menschenrechten und zwischenmenschliche Kontakte für durch den eisernen Vorhang getrennte Familien nicht nur für die Sicherheit Europas unabdingbar waren, sondern sich auch als essentiell für das Vertrauensverhältnis zwischen den Blöcken erwiesen.

35 Kennan (1985): S. 206

36 Barya (1993): S. 16ff

Die Einheitliche Europäische Akte hat das Europäischen Parlament derart gestärkt, so dass sich dieses als „norm entrepreneur“, an individual or organization that sets out to change the behavior of others³⁷ von der Kommission emanzipieren konnte. Als sich 1987 und 1988 das Europäische Parlament weigerte Verträge zwischen der Europäischen Gemeinschaft und der Türkei bzw. Israel zu ratifizieren, weil Bedenken wegen der Menschenrechtssituation laut wurden, wurde es zu einem aktiven Förderer politischer Konditionalität³⁸.

Mit dem Zusammenbruch des Ostblocks und der damit einhergehenden Demokratisierung schien sich die Wahrung der Menschenrechte und politischer Freiheiten als nachhaltiger politischer Weg bestätigt zu haben. Demzufolge gewannen politische Bedingungen in diesen Bereichen bei der Bereitstellung von Hilfgeldern an Legitimität und wurde zugleich zu einem globalen Konsens³⁹.

Im Juni 1991 wird die Förderung von Menschenrechten ein integraler Bestandteil aller Verhandlungen mit Drittländern.

„Der Europäische Rat tritt entschlossen dafür ein, dass die Gemeinschaft ihre Rolle bei der Verbesserung der wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse der Entwicklungsländer vollauf wahrnimmt. Das Abkommen von Lomé IV, das in allernächster Zeit in Kraft treten wird, sowie die neuen Programme für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Unterstützung zugunsten von Ländern in Asien und Lateinamerika sowie den Mittelmeerländern eröffnen eine neue Ära. Der Europäische Rat bekräftigt seine Überzeugung, dass bestimmte Aspekte, die in diesen Beziehungen eine wichtige Rolle spielen, wie die Ausweitung der Demokratie, die Achtung der Menschenrechte und die Sanierung der Wirtschaft, sich noch weiter entwickeln werden. [...] Sie [die Gemeinschaft und ihre Mitgliedsstaaten] [verpflichten] sich, [und] ihre Politik zur Durchsetzung und zum Schutz der Menschenrechte und der Grundfreiheiten überall in der Welt fortzusetzen“⁴⁰.

Die EU entnimmt ihre Definition von Menschenrechten wie sie in der „Charta der Grundrechte der Europäischen Union“ 2000 festgehalten wurden, aus bereits bestehenden

37 Florini (1996): S. 375

38 Greilsammer (1991): S.311ff

39 Lister (1998): S.31 nach Elgström (2008): S.4

40 Europäische Rat (1991): S.17

Verträgen und Konventionen wie z.B.

- der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte (1948)
- der Europäischen Menschenrechtskonvention (1950)
- der Amerikanischen Menschenrechtskonvention (1969)
- der Afrikanischen Charter für Menschenrechte und Rechte der Völker (1981)⁴¹
- den Statuten des Internationalen Strafgerichtshofes (1998),
- den Schlußfolgerungen der Wiener Menschenrechtskonferenz (1993)

wobei auch innerhalb der EU nicht alle Richtlinien, welche von der gemeinsamen Außenpolitik berücksichtigt werden auch Teil des nationalen Rechts aller Mitgliedsstaaten sind. So haben Griechenland, Belgien und Luxemburg das Rahmenabkommen zum Schutz nationaler Minderheiten nicht ratifiziert, Frankreich die Konvention nicht unterschrieben, während beides von Mitgliedsanwärttern verlangt wird⁴².

Europäische Menschenrechtsstandards sind demzufolge von sich aus internationale und universelle Werte, unabhängig von der Position der einzelnen Mitglieder.

Seit 1994 wird europäische Finanzhilfe für die Förderung von Demokratie und Menschenrechten durch ein Instrument, die Europäische Initiative für Demokratie und Menschenrechte – EIDHR – organisiert, wobei auch dieses Instrument sich nicht ausschließlich mit Menschenrechten *per se* befasst sondern sich auf vier Hauptpunkte konzentriert:

- Förderung von Justiz und Rechtsstaatlichkeit

Die finanzierten Maßnahmen betrafen die effiziente Funktionsweise des Internationalen Strafgerichtshofs und weiterer internationaler Strafgerichte, die Abschaffung der Todesstrafe sowie die Stärkung der internationalen Instrumente zum Schutz der Menschenrechte.

- Förderung einer Kultur der Menschenrechte

Die bereitgestellten Mittel wurden u.a. zur Stärkung von zivilgesellschaftlichen Organisationen beim Schutz der Rechte benachteiligter Gruppen, zur Förderung

41 Europäische Kommission (1998): S.5

42 Lerch/Schwellnus (2006): S.315

internationaler Instrumente im Menschenrechtsbereich und zur Bekämpfung von Folter verwendet.

- Förderung des demokratischen Prozesses

Die Mittel dienen zur Förderung demokratischer Wahlen und zur Schaffung bzw. Stärkung der Grundlage für einen demokratischen Dialog innerhalb der Zivilgesellschaft.

- Förderung von Gleichheit, Toleranz und Frieden

Die finanzierten Maßnahmen betrafen die rechtliche und tatsächliche Gleichstellung von Angehörigen von Minderheiten, die Gewährleistung der Rechte indigener Völker und die Beteiligung der Zivilgesellschaft bei der Konfliktverhütung und -beilegung.⁴³

Das Budget betrug 1,104 Mrd € für die Periode von 2007-2013.⁴⁴

Durch diese Verknüpfung ist es quasi unmöglich, die Unterstützung der Europäischen Union für Demokratie und verantwortungsvolle Regierungsführung von der Rhetorik und Praxis des Menschenrechtsdialoges zu trennen. Im Folgenden wird insofern unterschieden als dass die Hütung der Menschenrechte ein soziales Anliegen ist, d.h. Menschenrechte sind die ideologische, Demokratie und verantwortungsvolle Regierungsführung die institutionelle Seite der Medaille darstellen welche als „würdevolles Leben“ subsummiert werden kann.

4.2.3 Demokratie und verantwortungsvolle Regierungsführung

Die Europäische Union sieht ihre Rolle nicht im Umsturz undemokratischer Regime und deren Ersetzen durch demokratisch gewählte Volksvertreter, sondern sieht sich als „democratization producing democracy aid“⁴⁵. Ihr Part ist die Unterstützung bereits bestehender nationaler Demokratieanstrengungen. Auch herrscht die Überzeugung vor, dass Demokratie nicht nur für eine nachhaltige wirtschaftliche Entwicklung, sondern auch für die Einhaltung von Menschenrechtsstandards einerseits unabdingbar ist, andererseits aber auch die Vorbedingung für die Ausübung letzterer darstellt, denn „die Wahrung der Menschenrechte [ist] die Voraussetzung für die volle Entfaltung des einzelnen [...], so ist die demokratisch geordnete Gesellschaft die Voraussetzung für die Ausübung dieser Rechte, denn

43 Europäische Kommission (2001) (2): S.18f

44 Europäische Kommission (2012): EIDHR Website

45 Carothers (1999): S.44

nur sie ist der Ort, an dem diese Entfaltung sich vollziehen kann; indes bedingen wiederum die Menschenrechte die demokratische Ordnung der Gesellschaft, da diese ihre Existenz auf den vom einzelnen freiwillig und persönlich geleisteten Beitrag zur Gemeinschaft gründet“⁴⁶.

Seit 1998 verfolgt die Europäische Union die Promotion folgender vier demokratischer Prinzipien:

- das Recht der Wahl und Abwahl der Volksführer und -vertreter in freien und geheimen Wahlen
- die Trennung von Legislative, Judikative und Exekutive
- das Recht auf Versammlung, Meinungs-, Informations- und Versammlungsfreiheit
- das Recht auf die Gründung einer politischen Organisation.

Die Definition einzelner Elemente einer demokratischen Ordnung ist flexibler und in der Praxis ist die Verfolgung einzelner Ziele einfacher, da es auch in semi- bis undemokratischen Regimen die politische Selbstverwirklichung des Individuums garantiert und es Staaten erlaubt „das politische und wirtschaftliche Leben nach einem eigenen Modell zu gestalten“⁴⁷.

Die Definition von "verantwortungsvolle Regierungsführung" geht auf eine Mitteilung der Europäischen Kommission vom 12.3.1998 zurück:

„Unter Staatsführung ist im Allgemeinen die Ausübung der politischen, wirtschaftlichen und administrativen Macht bei der Verwaltung der Angelegenheiten eines Landes zu verstehen. In diesem Sinne zeichnet sich eine verantwortungsvolle Staatsführung durch Transparenz, Verantwortungsbewusstsein, Partizipation, Gerechtigkeit und Achtung der Menschenrechte und der Rechtsstaatlichkeit aus. Sie umfasst das gesamte staatliche Handeln gegenüber der Zivilgesellschaft, einschließlich der Schaffung günstiger Rahmenbedingungen für die wirtschaftliche und soziale Entwicklung und der gerechten Verteilung der Ressourcen“⁴⁸.

Hierbei wird Korruption „als Haupthindernis für eine verantwortungsvolle Staatsführung“ identifiziert da diese „zu qualitativen Einbußen bei der Auftragsvergabe“, zu „beachtlichen

46 Europäische Kommission (1995)(2): S.12

47 Europäische Kommission (1998): S.5

48 Ebenda S.9

Mehrkosten“⁴⁹ welche die Volkswirtschaft belasten, zur Verhinderung von Transparenz, Gerechtigkeit, Rechtsstaatlichkeit und Partizipation, wirtschaftlicher Reformen und der Öffnung und der Liberalisierung der Wirtschaft beiträgt.

Während in den frühen 1990er Jahre Direktzahlungen vor allem in Wahlüberwachung und in Institutionen zur Förderung politischer und ziviler Freiheit flossen, konzentriert sich seit 2000 das Budget des EIDHR auf die in den Bezieherstaaten ansässige NGOs, welche durch Mikroprojekte die Rolle der Zivilbevölkerung beim Entscheidungsfindungsprozess zu stärken versuchen. Doch auch diese Finanzierungsform ist nicht problemlos. So verläuft auch bei NGOs viel finanzielle Hilfe im Sand und in Staaten in welchen die Menschenrechtslage besonders kritisch ist, so auch in den zentralasiatischen Staaten, kann die Arbeit für verbotene NGOs – auch wenn diese weltweit ein hervorragendes Ansehen genießen – strafrechtliche Konsequenzen nach sich ziehen⁵⁰.

4.2.4 Konfliktprävention

Nach dem Ende des Kalten Krieges und der somit verschwundenen stabilisierenden Macht des Ost-Westkonflikts, entwickelten sich in den frühen 1990er Jahren nicht wenige inner- wie zwischenstaatliche bewaffnete Konflikte welche auch durch die entstandenen Flüchtlingsströme die Innen- und Außenpolitik der EU beeinflussten. Eine Konsequenz aus diesen Konflikten ist die Formulierung einer gemeinsamen Antwort auf derartige Bedrohungen. Diese setzt sich aus kurzfristigen Maßnahmen um die Eskalation von Krisen zu verhindern und langfristigen Programmen um Voraussetzungen für dauerhaften Frieden zu schaffen. Nachdem die EU an sich als Teil eines Friedensprozesses versteht, versucht sie durch ihre Erweiterung und durch die Zusammenarbeit mit Drittstaaten diesen Prozess zu globalisieren:

„Die EU ist selbst ein Friedensprojekt, und zwar ein überaus erfolgreiches. Sie hat im vergangenen halben Jahrhundert die Aussöhnung und friedliche Entwicklung Westeuropas untermauert, die Demokratie festigen und den Wohlstand sichern helfen. Jetzt ist sie bestrebt, im Rahmen des Erweiterungsprozesses, ihrer Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik, ihrer Entwicklungszusammenarbeit und ihren Hilfeprogrammen die Stabilität

49 Ebenda S.10 ff

50 Carothers (2006)

auch über ihre Grenzen hinauszutragen.“⁵¹

Wenn es um einen direkten militärischen Friedensbeitrag geht, unterstützt die EU die Maßnahmen der VN und OSZE, sieht ihre eigenen Stärken jedoch auf einem anderen Gebiet.

„Many conflicts and tensions are rooted in political, social and economic instabilities, the Union is much better equipped than any other international organisation to address related problems“⁵².

Konfliktprävention wurde wiederholt als eines der wichtigsten außenpolitischen Ziele proklamiert,

„preserving peace, promoting stability and strengthening international security worldwide is a fundamental objective for the Union, and preventing violent conflict constitutes one of its most important external policy challenges“⁵³,

da Konflikte die ökonomischen Interessen der EU untergraben können.

„Conflict bears a human cost in suffering and undermines economic development. It also affects EU interests by creating instability, by reducing trade and putting investments at risk, by imposing a heavy financial burden in reconstruction and ultimately by threatening the security of its citizens. The financial costs of preventing conflict are small compared to the cost of addressing its consequences“⁵⁴.

Als Definition von Konfliktprävention dient eine gemeinsame Position vom 14. Mai 2001:

„Die EU wird ihre Politik darauf ausrichten, den Ausbruch und die Ausbreitung von gewaltsamen Konflikten durch rechtzeitiges Handeln zu verhindern und auch ein Wiederaufflammen solcher Konflikte zu verhindern. Dabei werden sich die Maßnahmen der Europäischen Union auf Folgendes erstrecken:

- Konfliktverhinderung, indem versucht wird, auf die eher strukturell bedingten Grundursachen einzugehen, gleichzeitig aber auch die

51 Europäische Kommission (2001): S.5

52 Jopp (1994): S.67 nach Smith (2000): S.23

53 Europäische Kommission (2000): S.3

54 Ebenda

unmittelbaren Ursachen — Auslösefaktoren — gewaltsamer Konflikte gezielt angegangen werden;

- Krisenbewältigung durch Eingehen auf die akuten Krisenphasen, und Unterstützung der Bemühungen um Beendigung der Gewalt, wobei alle möglichen Maßnahmen, einschließlich politischer und praktischer Unterstützung regionaler und subregionaler Initiativen, ergriffen werden, um ein Waffenstillstandsabkommen zwischen allen beteiligten Parteien zu erreichen und zu unterstützen, und gegebenenfalls eine Krisenmanagementoperation eingeleitet wird;

- Friedenskonsolidierung durch den Versuch der Förderung von Initiativen zur Eindämmung gewaltsamer Konflikte sowie der Vorbereitung und Aufrechterhaltung friedlicher Lösungen dieser Konflikte;

- Wiederaufbau durch Unterstützung der wirtschaftlichen, politischen und sozialen Umstrukturierung der Staaten und Gesellschaften nach einem Konflikt, um das Wiederaufflammen der Gewalt zu verhindern und einen dauerhaften Frieden zu fördern.⁵⁵

4.2.5 Der Kampf gegen international organisierte Kriminalität

Der koordinierte Kampf gegen internationale Kriminalität durch die Staaten der EG begann mit der Gründung der TREVI Gruppe 1976, welche auf intergouvernementale Gespräche der Jahre 1971-72 und 1975 folgte. Diese entstand um die innereuropäische Polizeiarbeit zu koordinieren und effektiver terroristischen Gefahren zu begegnen. Sie bestand aus den Treffen der damaligen 12 Innenminister sowie der Polizeigeneräle und war unabhängig sowohl von der europäischen Kommission als auch vom Europäischen Parlament⁵⁶.

Unter dem Vertrag von Maastricht fiel diese Arbeit der „Dritten Säule“, der Zusammenarbeit im Bereich Justiz und Inneres, zu, doch hatte die EU keine Rechtssetzungsvollmacht in diesem intergouvernemental organisierten Politikbereich. Der Vertrag von Amsterdam transferierte 1997 innenpolitische Kompetenzen von der dritten Säule zu den Europäischen Gemeinschaft

55 Rat der Europäischen Union (2005): Artikel 2

56 Bunyan (1993): S.1

(EG), einzig die polizeiliche und justizielle Zusammenarbeit in Strafsachen verblieb. Diese wurden im Vertrag von Lissabon (2007) in die polizeiliche Zusammenarbeit und die justizielle Zusammenarbeit in Strafsachen aufgeteilt und dem Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union unterstellt. Seitdem folgt die Gesetzgebung in diesem Bereich den ordentlichen Verfahren.

Internationale Kriminalität, sowohl innerhalb der EU als auch zwischen der EU und Drittstaaten wird in der europäischen Sicherheitsstrategie als eine der Schlüsselbedrohungen für die Sicherheit der EU bezeichnet:

„Organisierte Kriminalität: Europa ist ein primäres Ziel für organisierte Kriminalität. Diese interne Bedrohung für unsere Sicherheit hat auch eine wichtige externe Dimension: Der grenzüberschreitende Handel mit Drogen, Frauen, illegalen Einwanderern und Waffen machen einen wichtigen Teil der Machenschaften krimineller Banden aus, und bisweilen bestehen Verbindungen zu terroristischen Bewegungen“⁵⁷.

Dabei wird auch auf die staatenschwächende Macht organisierter Kriminalität hingewiesen da die Einnahmen dazu verwendet werden um das staatliche Machtmonopol, den Rechtsstaat und die soziale Ordnung zu unterminieren.

Vor allem muss der Kampf gegen die organisierte Kriminalität auf der europäischen außenpolitischen Agenda stehen, um dieser schon in den Entstehungsländern zu begegnen und somit die EU als Raum der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts⁵⁸ abzusichern.

Die Evolution der europäischen Zusammenarbeit in Strafsachen kann in zwei Etappen eingeteilt werden : in den 1970ern musste durch den zunehmenden freien Kapital-, Menschen-, Dienstleistungs- und Güterfluss innerhalb der Gemeinschaft staatenübergreifende Strafverfolgung verbessert werden und nach dem Zusammenbruch des ehemaligen Ostblock wurde vor allem der Zustrom der organisierten Kriminalität aus Zentral- und Osteuropa als Gefahr betrachtet.

57 Rat der Europäischen Union (2003): S.4

58 Europäische Union (2012): Titel V, S.73

4.3 Die Instrumente der europäischen Außenpolitik

Als Instrumente der Außenpolitik unterscheidet David Baldwin vier Kategorien:

- Propaganda
- Diplomatie
- Ökonomie
- Militär⁵⁹

Wenn wir jedoch von der europäischen Außenpolitik sprechen, sprechen wir vor allem von den diplomatischen und ökonomischen Instrumenten. Weder Propaganda noch militärische Machtdemonstrationen und/oder Interventionen gehören zum standardisierten europäischen außenpolitischen Kanon, ein Umstand welcher durch multiple Ursachen hat.

Zum einen ist Propaganda keine Option, da das Konzept der massiven Monopolisierung des politischen Informationsflusses einen Teil der Grundidentität autoritärer und absolutistischer Regime darstellt, von welchen sich die EU ideologisch entschieden distanzieren will.

Als militärische Komponente der europäischen Außenpolitik soll das Eurokorps dienen welches aus der 1989 gegründeten deutsch-französisch Brigade hervorging. Neben den EU Mitgliedern Deutschland, Frankreich, Spanien, Belgien, Österreich, Luxemburg, Griechenland, Italien und Polen entsendet auch die Türkei ein Truppenkontingent. Neben Einsätzen auf dem Balkan (im Rahmen der SFOR und KFOR Missionen im Kosovo und in Bosnien-Herzegowina) war das Eurokorps auch Teil der ISAF Truppen in Afghanistan. In Afghanistan bildete das Eurokorps dabei einen Teil der NATO Response Force (NRF) und übernahm vornehmlich generalstabliche Aufgaben. Im Folgenden wollen wir davon absehen von einer militärischen Komponente in der europäischen Außenpolitik zu sprechen da die Einsätze von ihrer Natur her eher zivilgesellschaftlichen Aufgaben der Friedenssicherung und des Wiederaufbaus zuzurechnen sind und im Weiteren in Zentralasien nicht angewendet werden.

Die Intensität und Verbindlichkeit der von der EU genutzten diplomatischen Instrumente ist weit gefächert: öffentliche Erklärungen, Gespräche auf unterschiedlichen diplomatischen Ebenen, die Unterstützung internationaler Organisationen, diplomatische Sanktionen, Einreiseverbote/Visaverweigerung, diplomatische Anerkennung, politischer Dialog,

59 Baldwin (1985): S.13f

Bestellung von Sonderbeauftragten (im Fall von Zentralasien ist dies seit Juni 2012 Patricia Flor), Wahl- und Waffenstillstandsbeobachtern, Waffenembargos und dem Angebot eines EU-Beitritts. Des Weiteren können auch zivile Spezialisten entsendet werden, wie z.B. die Rechtsstaatlichkeitsmissionen der EU: seit Juni 2000 kann die EU Anwälte, Staatsanwälte, Richter und Haftbeamte entsenden um lokales Personal auszubilden⁶⁰.

Die ökonomische Stärke der EU, dem größten Handelsblock der Welt, und ihre Fähigkeit zur finanziellen Unterstützung von Drittstaaten (sowohl in Handelsbeziehungen als auch durch Hilfsleistungen), sind die leistungstärksten Instrumente der europäischen Außenpolitik. Die EU hat die Möglichkeit Handels-, Kooperations- und Partnerschaftsabkommen abzuschließen. Hierbei ist das Allgemeine Präferenzsystem (APS) bei Handelsabkommen auch für Zentralasien von außerordentlicher Wichtigkeit, denn somit sind Importe aus diesen Staaten weitestgehend zollfrei.

Die EU verbindet dabei ökonomische Verträge mit politischen Bedingungen, seit 1992 mit den Staaten Europas und seit 1995 mit allen Drittstaaten durch die sogenannte „Menschenrechtsklausel“. Diese Klausel ermöglicht es der EU Handelsabkommen mit Drittstaaten auszusetzen oder aufzukündigen wenn der Handelspartner sich Menschenrechtsverletzungen schuldig gemacht hat. Auch die Europäische Bank für Wiederaufbau und Entwicklung ist das weltweit einzige Finanzinstitut welches formal Demokratieförderung und die Wahrung der Menschenrechte als Voraussetzung versteht, um Kredite beantragen zu können⁶¹.

Europäische Direkthilfe ist mit 6% (8,3 Mrd. €) des Budgets der Europäischen Kommission zwar nur ein kleiner Posten aber dennoch sieht sich die EU als „Global Player“ unter dem Motto „Global Challenges – Global Responsibilities“⁶².

Die negativen ökonomischen Waffen welche die EU einsetzen kann, sei es ein Embargo, der Boykott unterschiedlicher Waren, Aufkündigung oder Aussetzung von Verträgen, Tarifierhöhungen, Quotenreduzierung, das Einfrieren von Vermögenswerten o.ä. müssen einstimmig im Rahmen der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik beschlossen werden bevor legislative Schritte eingeleitet werden können. Meist werden Schritte speziell gegen Individuen (durch z.B. das Einfrieren von Vermögenswerten) oder einzelne Export- und Importprodukte eingeleitet um unbeteiligten Teilen der Bevölkerung keine unnötigen

60 Europäischer Rat (2000): Anlage I, Punkt III

61 Europäischen Bank für Wiederaufbau und Entwicklung (2013): Kapitel I, Artikel 1

62 Europäische Kommission (2014): Haushalt 2014 in Zahlen

ökonomischen Bürden aufzuerlegen. Des Weiteren können auch Hilfgelder in politische Reformprojekte umgeleitet werden (damit sich keine Verstöße mehr gegen die Menschenrechtsklausel ereignen) oder zur Sicherung von Grundbedürfnissen (welche kaum einen Wirkungshebel für Menschenrechtsverletzungen bieten) verwendet werden⁶³.

Zum einen gebietet die europäische „Logik der Vielfältigkeit“⁶⁴ dass außenpolitische Mandate zumeist wenig umfassend und robust ausfallen, weil sie den kleinsten gemeinsamen außenpolitischen Nenner aller Mitgliedsstaaten der EU darstellen.

Weiteres ist das Fehlen einer starken militärischen Komponente in der Außenpolitik ein kritischer Makel wenn die Effizienz eben dieser beurteilt werden soll, weil dieser Hebel der *hard power* schlichtweg unersetzlich ist, wenn die EU ihren diplomatischen Bemühungen nicht durch (angedrohte) Waffengewalt Nachdruck verleihen kann, sie nie „a complete, not merely a civilian power“⁶⁵ sein kann.

Auch fehlt aus der Sicht einiger Autoren die wichtigste Grundlage für eine gesamteuropäische Außenpolitik: das Gefühl einer gemeinsamen gesamteuropäischen Identität welche die Verteidigung ihrer Interessen durch eine gemeinsame Außenpolitik sicherstellen muss. Hierzu meint Guéhenno:

„If there is to be a European foreign policy, it is not enough to overcome the national interests of the Member States. Common European interests are as much political constructs as the national interests they are expected to supersede: national interests were produced by national polities therefore a European foreign policy requires a European polity, which will produce European interests“⁶⁶.

Im folgenden Kapitel wollen wir sehen wie die einzelnen Themenkomplexe in der europäischen Zentralasienstrategie aufgearbeitet wurden.

63 Agnoletto (2005): S.2ff

64 Hoffmann (1966): S.163

65 Smith (2008): S.11

66 Guéhenno (1998): S.30

5 EU und Zentralasien: Strategie für eine neue Partnerschaft

5.1 Die Genese

Die Strategie für eine neue Partnerschaft zwischen der EU und Zentralasien wurde unter der Ägide der deutschen Ratspräsidentschaft des ersten Halbjahres 2007 erarbeitet und obwohl viele Experten sich überrascht zeigten dass ausgerechnet dieser Region eine Priorität zugewiesen wurde, so war „bereits zur ersten Halbzeit der Ratspräsidentschaft klar, dass sich die Zentralasienstrategie als der solideste Baustein im Konzept einer erneuerten EU-Ostpolitik erweisen würde“⁶⁷.

Die erwarteten Schwierigkeiten hingen mit der

„militärstrategische[n] Aufwertung der Region im Gefolge des Krieges gegen den Terrorismus zusammen da diese den regierenden Eliten einen willkommenen Vorwand [bot], das staatliche Gewaltmonopol konsequent für ihre einenen Machterhalt zu instrumentalisieren. Mit den «Farbrevolutionen» verstärkten sich die autoritären Tendenzen und kumulierten in dem Massaker von Andischan im Mai 2005“⁶⁸.

Deutschland war wohl am geeignetsten um ein Statement zu den zentralasiatischen Republiken abzugeben, zum einen weil sie

„einen Luftwaffenstützpunkt zur logistischen Versorgung des in Afghanistan stationierten Bundeswehrkontingents unterhält, [und sich] für eine signifikante Abmilderung der Sanktionen [wegen der Weigerung Usbekistans eine unabhängige Untersuchung zu den Vorfällen in Andischan im Mai 2005 zuzulassen] ausgesprochen [hatte] und deshalb im In- und Ausland – von Vertretern der Opposition, von Menschenrechtsorganisationen und Europarlamentariern, aber auch von den Vertretern einiger Mitgliedstaaten im Rat – heftig kritisiert worden [war]“⁶⁹

und somit zum einen die Leitlinien der europäischen Außenpolitik neu definieren konnte, zum anderen ist sie das einzige EU-Mitglied welches in allen fünf zentralasiatischen Republiken diplomatische Vertretungen unterhält.

Dieser Umstand ist der geschichtlichen Verwobenheit zwischen Zentralasien und Deutschland

67 Schmitz (2007): S.75

68 Schmitz (2006): S.41f

69 Schmitz (2007): S.75

zu verdanken. Ab dem frühen 13. Jh ist die Einwanderung Deutscher in das alte Russland dokumentiert, doch ab erst ab der Herrschaft Katharinas der Großen (1729-1796, Zarin zwischen 1762 und 1796) wurden etliche Siedler nicht nur in Städten, sondern auch im weitläufigen ruralen Raum angesiedelt. Durch ihr Manifest vom 22. Juli 1763 schenkte die Kaiserin den Siedlern nicht nur staatliche Ländereien, welche sie als Kolonien nutzen konnten, sie lässt auch armen Siedler die Reisekosten erstatten. Hierzu kommt noch das Recht auf Selbstverwaltung, was einen immensen Freiheitsgewinn gegenüber ihrer deutschen, vom Siebenjährigen Krieg zerrütteten, Heimat darstellte.

Die Siedlungspolitik wurde unter Katharinas Nachfolgern bis 1842 offiziell unterstützt, ehe ab 1871 der Zar die „Russifizierung“ der Deutschen vorantrieb. Die feindliche Atmosphäre führte bis 1912 zur Emmigration von 300.000 Deutschrussen nach Amerika. Dennoch lebten zu diesem Zeitpunkt nach wie vor 1,621 Mio. Deutsche (Zensus 1914) in Russland. Der Erste Weltkrieg verschlimmerte die Situation weiterhin und obwohl 300.000 Deutsche für die Armee des Zaren kämpften, kam es am 27. Mai 1915 in Moskau zu Pogromen. Die Schwarzmeerdeutschen wurden aus ihren Siedlungsgebieten vertrieben und ihr Besitz eingezogen.

Die bolschewistische Revolution, die Entkulakisierung und die Säuberungen unter Stalin führten zur massiven Deportation und zum Tod von zahlreichen männlichen Deutschen. An der Wolga und am Schwarzen Meer sank die Anzahl der Deutschen von 1,3 Mio 1914 auf 725.000 1926. In der ab 1924 sogenannten Autonomen Sozialistische Sowjetrepublik der Wolgadeutschen erlebten sie eine letzte agrarische, industrielle und kulturelle Blüte, sie wurde gar „Stalins blühender Garten“ genannt⁷⁰ doch die in den 1930ern von Stalin organisierten politischen Säuberungen und die Kollektivisierung der Landwirtschaft trafen die sowjetischen Minderheiten besonders hart. Um die Quoten an enttarnten politischen Feinden zu erfüllen, bedienten sich die Autoritäten dieser, um die russischen Bevölkerungsteile zu schützen.

Der Überfall Deutschlands auf die Sowjetunion markierte einen weiteren Tiefpunkt für die Deutschen in der UdSSR. Ab Juli 1941 wurden Deutsche als Vaterlandsverräter nach Sibirien und nach Zentralasien in Arbeitslager umgesiedelt, deren harsche Bedingungen weitere 300.000 Todesopfer forderten, doch der rasche Vormarsch der Wehrmacht gen Osten rettet die Deutschen westlich von Dnjepropetrowsk vor der Verbannung. Beim Rückeroberungsfeld der Roten Armee wurden diese dann im Reichsgau Warthburg (heute Posen) angesiedelt, von wo sie beim weiteren Vormarsch der SU erst enteignet und dann nach Sibirien und Zentralasien

70 Von der Zarin gerufen, von Stalin verschleppt - Deutsche aus Russland

verbannt wurden.

Erst nach Stalins Tod wurden die Restriktionen des am 26. November 1948 erlassenen Dekrets des Obersten Sowjet zur Verbannung auf „Ewige Zeit“ allmählich gelockert. 1954 wurde ein Dekret vom Obersten Sowjet erlassen welches die Reisebeschränkungen für einige Aussiedler zum Zwecke des Studiums aufhob. Auf Adenauers historischen ersten Besuch in Moskau vom 9. bis zum 13. September 1955 folgte umgehend die „Amnestie für sowjetische Staatsbürger welche im großen Patriotischen Krieg mit den Okkupationskräften kollaboriert haben“ vom 17. September 1955⁷¹. Am 13. Dezember folgte das Dekret „Über die Aufhebung der Beschränkungen in der Rechtsstellung der Deutschen und ihrer Familienangehörigen, die sich in der Sondersiedlung befinden“ welches jedoch zur Legitimation des Verbleibs der Deutschen an ihrem Verbannungsstandort diente.

Die Öffentlichkeit sollte wissen, dass „the German population took deep root at the new places of residence [...] and their native places are occupied“⁷². Ab 1958 wurde die deutsch-sowjetische Familienzusammenführung unter der Schirmherrschaft des Roten Kreuzes vereinbart, was zu 14.086 Immigranten aus der UdSSR nach Deutschland zwischen 1956 und 1960 führte, wobei der Zensus von 1959 von 1,6 Mio. Deutschen in der SU spricht⁷³, von denen knapp die Hälfte in Zentralasien lebte (alleine 600.000 in Kasachstan). Der im Jahr 1966 verhandelte und von der UdSSR 1973 ratifizierte „Internationaler Pakt über bürgerliche und politische Rechte“ der VN welcher das Recht auf freie Ausreise und Minderheitenschutz garantieren sollte sowie die KSZE-Vereinbarung von Helsinki ließen die Emigrationszahlen kurzzeitig ansteigen doch bis Mitte der 1980er sanken sie bis auf ein Minimum von 460 (1985). Dies beunruhigte auch den deutschen Bundestag welcher mit dieser Abnahme in seiner Debatte vom 8. November 1984 beschäftigte. Der Abgeordnete Jäger (CDU) beklagt die Missachtung ihrer Menschenrechte, zu welchen „die Pflege der kulturellen Eigenart der deutschen Volksgruppe, der Gebrauch der deutschen Sprache und Bekenntnis und Ausübung des christlichen Glaubens in unterschiedlichen Religionsgemeinschaften“⁷⁴ gehören. Diese den Russlanddeutschen zuzugestehen würde einen mühelosen vertrauensbildenden Akt zwischen West und Ost darstellen und sollte als Gesprächspunkt bei Russlandreisen ins politische Programm deutscher Politiker aufgenommen werden. Dr. Hupka (CDU) unterstrich in der gleichen Sitzung die bürokratischen Hürden welche die SU den ausreisewilligen

71 Polian (2004): S.194ff

72 Ebenda S.202

73 A People on the Move: Germans in Russia and in the Former Soviet Union: 1763 – 1997

74 Jäger (1984): S.7063

Sowjetbürgern deutscher Nationalität in den Weg stellte:

„Wenn ein Arbeitnehmer die Ausreise betreibt, muss sich zuerst sein Betriebskollektiv einverstanden erklären. Damit das geschehen kann, muss der Ausreisewillige eine Betriebsvollversammlung beantragen und sich dieser wie in einem Schauprozess stellen. Für eine Hausfrau ist das Einverständnis der Straße oder des Hochhauses, in dem sie wohnt, zu beschaffen. Dass dies einem Spießrutenlaufen gleichkommt, versteht sich.“⁷⁵.

Der Appell an die Bundesregierung sich für die Russlanddeutschen weiterhin einzusetzen sowie die glücklichen politischen Veränderungen in der SU durch Glasnost und Perestroika scheinen gefruchtet zu haben, da in den Folgejahren ein Emigrationsboom zu verzeichnen war. 1987 emigrierten 14.488; 1988, 47.572; 1989, 98.134; 1990, 147.950; 1991, 147.320 und 1992, 195.576 Russlanddeutsche in die BRD. Diese Entspannungspolitik führte u.a. zu einer störungslosen Wiedervereinigung zwischen der BRD und der DDR.

Als Dank dafür erkannte Deutschland bereits am 31. Dezember 1991, sechs Tage nach Michail Gorbatschows Rücktrittsrede die fünf Republiken Zentralasiens als souveräne Staaten an. Auf Initiative des damaligen Außenministers Hans-Dietrich Genscher entsandte Bonn innerhalb kürzester Zeit Botschafter in alle Länder. Kein anderes europäisches Land hat bis heute eine solche politische Präsenz vorzuweisen⁷⁶.

Die folgende Periode war gekennzeichnet durch die Dankbarkeit Deutschlands gegenüber der ehemaligen Sowjetunion für die Unterstützung bei der Wiedervereinigung. Die 15 souveränen Nachfolgerepubliken sollten auf ihrem schweren Weg des Wandels von deutschen und europäischen Erfahrungen und Werten profitieren. Deshalb die ungewöhnlich hohe Dichte von deutschen Diplomaten in Zentralasien. Doch daneben engagiert sich eine Vielzahl unterschiedlicher deutscher Organisationen wie

„die Deutsche Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit (GTZ), der Deutsche Akademische Austauschdienst (DAAD), der Deutsche Volkshochschulverband (DVV), der Deutsche Entwicklungsdienst (DED), die Welthungerhilfe, das Goethe-Institut, die Konrad-Adenauer-Stiftung (KAS) und die Friedrich-Ebert-Stiftung (FES) in der Region. Ein ähnliches Netzwerk in allen Ländern der Region kann kein anderes Land

75 Hupka (1984): S. 7073

76 Krumm (2007): S. 9

vorweisen⁷⁷.

Soweit die symbolisch-historische Ebene der deutschen Arbeit an der Strategie für eine neue Partnerschaft. Politisch war vor allem die Frage wichtig ob die EU gewillt sein würde, im Namen von Demokratie und Menschenrechten China und Russland in Zentralasien die Stirn zu bieten. Diese beiden Grossmächte kontrollieren „das Gros der zentralasiatischen Infrastruktur für den Export von Öl, Gas und Elektrizität und damit weitgehend die Energieexporte der Zentralasiaten“⁷⁸. Für Russland ist diese Kooperation vital um Exportverträge mit europäischen Partnern zu erfüllen und China sucht auf diesem Weg die Diversifizierung der Energieimporte. Die Umgehung Russlands durch den Direktimport zentralasiatischer Energieträger nach Europa wäre auch eine Antwort auf die russisch-ukrainische Gaskrise des Jahres 2006 gewesen und würde das ökonomische und strategische Druckmittel des russischen Gasoligopols mindern.

Ein erstes Treffen der EU-Troika mit den zentralasiatischen Partnern fand am 28.3.2007 statt, die Delegation der Europäischen Union wurde von Bundesaußenminister Dr. Frank-Walter Steinmeier geleitet. An den Troika-Konsultationen nahmen darüber hinaus die EU-Kommissarin für Außenbeziehungen und Nachbarschaftspolitik, Dr. Benita Ferrero-Waldner, und der damalige Sonderbeauftragte der Europäischen Union für Zentralasien, Pierre Morel, teil. Kasachstan, Kirgisistan, Usbekistan und Tadschikistan waren auf Außenministerebene vertreten, Turkmenistan durch seinen Vizeaußenminister⁷⁹. EU-Kommissarin Ferrero-Waldner unterstrich bei der abschließenden Pressekonferenz, dass die Staaten Zentralasiens als „Nachbarn der Nachbarn“ der Europäischen Union immer näher rückten und dass die EU ihre Zentralasienstrategie in den identifizierten Bereichen mit einer beträchtlichen Steigerung ihres finanziellen Engagements auf etwa 750 Millionen Euro für den Zeitraum 2007-2013 unterlegen werde. Der EU-Sonderbeauftragte Morel betonte die Langfristigkeit des europäischen Ansatzes: Der erklärte Wille der nachfolgenden Ratspräsidentschaften aus Portugal, Slowenien und Frankreich zur Fortentwicklung der Initiative sei eine „gute Ausgangsbasis“ für die beabsichtigte umfassende Zusammenarbeit.

Walter Steinmeier identifizierte die Erarbeitung der Strategie für eine neue Partnerschaft als großen, gemeinsamen Erfolg den die europäischen Gemeinschaft feiern konnte, und dies lag an drei Gründen: „der günstigen Ausgangslage, der effizienten Kooperation der

77 Ebenda S.10f

78 Schmitz (2006): S.41

79 Erstes Außenministertreffen der Troika der Europäischen Union mit den fünf Staaten Zentralasiens

Hauptbeteiligten (Vorsitz, Hoher Repräsentant, Ratssekretariat und Kommission) und dem Fehlen ernsthafter Irritation“⁸⁰.

Als günstige Ausgangslage werden die politischen Umstände, d.h. die erst kürzliche Entsendung eines Sonderbeauftragten für Zentralasien (diese Position erfüllte 2005-2006 Ján Kubiš⁸¹, seit Juni 2012 erfüllt diese Position Patricia Flor), die notwendige Erneuerung der Regional Strategy Paper 2002-2006 sowie die öffentliche Debatte über die Diversifizierung der europäischen Energiesicherheit im Zuge des russisch-ukrainischen Gaskonfliktes 2005-2006 gezählt.

Mit der effizienten Kooperation umschreibt Steinmeier den Umstand, dass die Strategie selbst keine inhaltlich neue Initiativen beschreibt, sondern eher ein Koordinationspapier darstellt, welches die vielfach als inkohärent, fragmentiert und als wirkungslos kritisierten europäischen Programme und Projekte konzeptuell zusammenfasst und ihnen eine normative Grundlage bietet. Was einige EU-Mitglieder verärgerte und der deutschen Ratspräsidentschaft den Vorwurf der Intransparenz beibrachte war, war die Tatsache dass „die Mehrzahl der Vorlagen von der Ratspräsidentschaft selbst erarbeitet wurde und das Ratssekretariat dabei nur eine untergeordnete Rolle spielte. Bei Ratssitzungen etwa wurde das Thema in einer Weise eingebracht, die es erlaubte, inhaltliche Diskussionen weitgehend zu vermeiden und den Vorgang somit reibungsfrei an die Arbeitsebene zu delegieren“⁸².

Die reibungslosen Abstimmungen, welche die neue Strategie ermöglichten sind zu einem nicht unerheblichen Teil der Teilnahmslosigkeit einzelner Mitgliedsstaaten der EU zu verdanken, welche die fünf Staaten Zentralasiens kaum als Ziel gemeinschaftlicher Politik sehen, sondern eher bilaterale Beziehungen zu diesen Staaten pflegen⁸³. Da es jedoch keine politischen Widerstände gegen die Strategie seitens der EU-Mitglieder gab, demonstrierte die deutsche Ratspräsidentschaft Führung ohne nennenswerte Strahlekraft.

Die Dokumente deren Analyse die zentrale Aufgabe dieser Arbeit darstellt beschränken sich selbstverständlich nicht auf die „Strategie für eine neue Partnerschaft“. Diese stellt wie schon zuvor erwähnt bloß den politischen Überbau für detaillierte Pläne und Maßnahmen dar welche in konkrete Projekte münden oder münden sollen. Die funktionale Ebene unter der Strategie nimmt das „Regional Strategy Paper for Assistance to Central Asia 2007-2013“ ein.

80 Schmitz (2007): S.75

81 Europäische Kommission (2006): S.1

82 Schmitz (2007): S.78

83 Ebenda

Dieses präzisiert die Implementierung der strategisch dargelegten Pläne der EU für die Region. Darin werden die zu verteilenden Gelder und Prioritäten definiert. Diese finden dann in den Central Asia Indikative Programme 2007-2010 sowie 2011-2013 weitere Präzisierung sowie genaue Aufschlüsselungen der Programme welche von der EU bereits implementiert wurden, initiiert wurden oder werden sowie national Programme welche durch die EU politische, finanzielle und/oder technische Unterstützung finden. Je nach Relevanz dieser Programme werden diese im Detail betrachtet. Eben diesen Hierarchien nach werden die Dokumente auf ihre Maßnahmen in die zuvor erwähnten Kategorien geframed. Hier gilt es zu beachten, welche Maßnahmen ein direktes altruistisches Ziel, welche ein utilitarisches Mittel und welche Indikatoren darstellen. Wir müssen auch in Betracht ziehen, dass nicht alle Staaten die gleiche Hilfe benötigen, wenn die Themenbereiche gleich oder ähnlich sein sollten, einige Aufgaben müssen länderspezifisch bestritten werden. Zuerst wollen wir uns die Finanzierung und der rechtlichen Grundlage europäischen Engagements in Zentralasien widmen.

Diese wurden seit der Unabhängigkeit der fünf Zentralasiatischen Republiken Anfang der 1990er Jahre sowohl bi-als auch multilateral, sowohl ad hoc als auch strategisch angegangen. Diese Teilung wird auch in den aktuellen Hilfsprogrammen weiter beibehalten wobei sich die Prioritäten durch die Entwicklung der Region verschoben haben. Während 1992 das Verhindern humanitärer Katastrophen und politischer Zersplitterung der Vorrang genoss, so ist es in der aktuellen Strategie die Konvergenz an die EU welches das Ziel der Zentralasienstrategie der EU darstellt, da sie als der erweiterte Arm der ENP (Europäische Nachbarschaftspolitik) gesehen werden kann, die wiederum die Erweiterung der europäischen Ostweiterung versinnbildlicht. Die Basis der bilateralen Beziehungen bilden nach wie vor die „Partnership and Cooperation Agreements“, welche auf den drei Säulen politischer Dialog, Handel und ökonomische Beziehungen sowie Kooperationen in unterschiedlichen Sektoren beruhen. Multilateral sieht die Beziehungswelt zwischen der EU und Zentralasien bedeutend komplexer aus, in den Programmen und der Geldervergabe sind manche Maßnahmen komplementär, andere supplementär. Eine Bereinigung dieser Umstände fand tatsächlich erst mit der Strategie und der dazugehörigen Dokumente statt. Die multilaterale Hilfe für Zentralasien betrug zwischen 1991 und 2006 etwa 1 Mrd. € wobei sich diese Gelder zum Großteil in TACIS, EIDHR und das ECHO Programm einteilten. Auf ECHO entfielen in diesem Zeitraum 200 Mio. €, wovon alleine 170 Mio. € aufgewendet wurden um während des tadjikischen Bürgerkrieges (1992-1997) eine minimale Grundversorgung der

Zivilbevölkerung aufrecht zu erhalten. Unter TACIS, welches 2006 beendet wurde, entfiel ein Großteil der technischen Hilfe für die Transition von einer Großteils von Moskau subventionierten Gesellschaft zu unabhängigen und emanzipierten Staaten, wobei dieses Prädikat nach wie vor kaum weiter als im Sinn der territorialen Integrität der Staaten genutzt werden sollte. Unter TACIS fiel eine Bandbreite thematisch konzipierter Programme wie TRACECA, INOGATE, TEMPUS, IBPP etc. welche nun direkt unter die Indikative Programme fallen. Die „Central Asia Indicative Programmes“ 2007-2010 und 2011-2013 basieren auf der Entscheidung des Rates EC 1905/2006 DCI, ersteres (2007-2010) wurde also vor dem „CA Regional Strategy Paper 2007-2013“ (vom 27/4/2007) und vor der „Strategie für eine neue Partnerschaft“ (verabschiedet am 22/6/2007) im Bewegung gesetzt. Dies lässt nur zwei mögliche Schlussfolgerungen zu: entweder werden politische Grundsätze in der europäischen Außenpolitik den technischen und finanziellen Möglichkeiten angepasst oder es sind unterschiedliche Entitäten welche nur lose durch gewisse Grundprinzipien der europäischen Außenpolitik verbunden sind, sich aber nicht zwangsläufig bedingen und nur die Auffassungen der Ersteller widerspiegeln. So oder so lassen beide Schlüsse erkennen weshalb zu weil die europäische Außenpolitik inkohärent erscheint.

5.2 Regionale Kooperation

Die ungeheure Expertise, welche die EU auf dem Gebiet der regionalen Kooperation angesammelt hat, soll auch den zentralasiatischen Republiken zugutekommen. Zudem ist regionale Kooperation ein politisches Instrument, welches die Arbeit in einer breiten Anzahl an Bereichen erleichtern oder gar erst ermöglichen soll. Diese Überlegung erklärt auch den hohen Budgetrahmen in diesem Bereich. Da neben der intraregionalen auch die interregionale Kooperation gefördert wird, ist hier außerdem die wohl höchste politische und ökonomische Dividende für die EU zu erwarten.

In einer Position vom 14/2/06 der Europäischen Kommission werden die finanziellen Mittel für regionale Kooperation für die Periode 2007-2010 mit 30% des Gesamtbudgets für Zentralasien beansprucht, dies entspricht 94,2 Mio. €, der Prozentsatz stieg für die Periode 2011-2012 auf 33%, d.h. 105 Mio. €.

Bei einer genaueren Aufschlüsselung fällt auf dass ins besonders der Bildungssektor enorm an

Wichtigkeit zunimmt, was darauf hindeutet dass das Bewusstsein vorhanden ist, dass die qualifizierte Weiterverarbeitung natürlicher Rohstoffe sowie Dienstleistungen nicht nur den einen höheren Wertschöpfungsgrad aufweisen als die dominierenden Wirtschaftsaktivitäten der Region (d.h. Landwirtschaft und der Abbau von Energieträgern). So wollen wir uns auch erst mal der regionalen Kooperation im Bildungsbereich widmen.

Tabelle 1: Finanzielle Mittel der EU für regionale Kooperation in Zentralasien 2007-13

	Indicative Programme 2007-10	Indicative Programme 2011-13
Bildung	25 Mio €	45 Mio €
Grenzschutz, Zoll	16 Mio €	10 Mio €
Umwelt	16,2 Mio €	20 Mio €
Energie	22 Mio €	25 Mio €
Transnationale Netzwerke	15 Mio €	5 Mio €
Total	94,2 Mio €	105 Mio €

Quelle: Europäische Auswärtige Dienst: Central Asia Indicative Programme 2007-2010 S.4 sowie Central Asia DCI Indicative Programme 2011-2013 S.14f

Bildung

Wenn wir am Beispiel Zentralasien über europäische Hilfe in der Bildungspolitik sprechen, dann sprechen wir vornehmlich über den sekundären und tertiären Bildungsbereich. Die sowjetische Vergangenheit hinterließ ein zwiespältiges Bild: zum einen ist die Analphabetenrate im Vergleich im ökonomisch ähnlich gestellten Staaten extrem niedrig⁸⁴, während die Qualität und Quantität weiterführender Bildungseinrichtungen mittlerweile als mangelhaft bewertet werden kann. Für die kommunistische Führung erwies es sich als vorteilhaft Studenten v.a. aus den ländlichen Gegenden der UdSSR in Moskau und St. Petersburg zu platzieren anstatt die Universitätsbildung zu dezentralisieren, da dies die

⁸⁴ List of countries by literacy rate

Kontrolle pädagogischer Standards und der politischen Gesinnung des Lehrpersonals sowie der Studierenden erleichterte.

Um einen Weg aus der vielerorts herrschenden Armut zu bieten, soll das Bildungssystem nicht nur qualitativ internationalen Standards angepasst werden, sondern auch institutionell in das internationale System eingebunden werden, damit Vergleiche und Kooperationen ermöglicht werden. Dabei soll sich das Bildungswesen einerseits am Bolognaprozess und an der europäischen „Higher Education Modernisation Agenda“ orientieren, andererseits soll die Ausbildung des Lehrpersonals das Bildungswesen der marktwirtschaftlichen Realität näherbringen. Austauschprogramme im tertiären Bildungssektor werden u.a. zur Bildung von Netzwerken genutzt, welche nicht nur die fachliche Ausbildung sondern auch, wenn nicht gar vor allem, das gegenseitige kulturelle Verständnis fördern sollen.

Die Modernisierung findet dabei auf drei Ebenen statt. In der Verwaltung muss zum einen mehr Transparenz, sowohl bei der Vergabe von Studienplätzen, als auch Stipendien geschaffen werden, wobei gleichzeitig der Drahtseilakt zwischen der Autonomie, politisch sowohl pädagogisch und wirtschaftlicher Nachhaltigkeit gemeistert werden muss.

Fachlich bietet die Konvergenz an den Bolognaprozess die relativ einfache und rasche Übernahme international anerkannter Curricula, Lehrmethoden und Personalausbildung. Um diese Konvergenz zu unterstützen, sind mehrere Programme ins Leben gerufen worden oder wurden auf Zentralasien ausgeweitet. Zu diesen gehören das „7th Framework Programme for Research and Technological Development“, TEMPUS IV, ERASMUS MUNDUS, CAREN, ESG, NREN, sowie die „European Education Initiative for Central Asia“. Auf Basis dieser Programme soll der technische, wissenschaftliche und menschliche Austausch mit der EU vorangetrieben werden, wobei auch die Zahl und Verfügbarkeit von EU-Stipendien an zentralasiatische Studenten bedeutend erhöht werden soll.

Diese öffentlichen Leistungen sollten dabei mit Weitsicht an das Wirtschaftsleben angepasst werden, und *vice versa*. So muss die Ausbildung den wirtschaftlichen Notwendigkeiten entsprechen, doch die wirtschaftliche und soziale Entwicklung darf den Ausgebildeten nicht hinterherhinken. Die Strategie erwähnt hier die Zahl der Hochschulabsolventen die beruflich in ihrem Fachgebiet Fuß fassen als einen kruzialen Indikator für den Erfolg der Reformen. Als strategisches Ziel werden die direkte wie auch indirekte Förderung der demokratischen Entwicklung, soziale Stabilität und ökonomische Transition genannt.

Umwelt

Die Umweltbilanz der sowjetischen Politik in Zentralasien kann nicht anders als verheerend charakterisiert werden, wobei sich die Missstände in zwei Kategorien einteilen lassen. Zum einen wären die Folgen des exzessiven Baumwollanbaus in der Region, zum anderen die Schäden welche durch den Bergbau, die Weiterverarbeitung und die Nutzung radioaktiven Materials entstanden sind.

Die Austrocknung des Aralsees ist die regionale Umweltkatastrophe, welche international wohl am meisten Beachtung findet. Durch die exzessive landwirtschaftliche Nutzung seiner beiden Zuflüsse Amu-Darya und Syr-Darya ist das einst mächtigste Binnengewässer des eurasischen Kontinents nur mehr ein Schatten seiner selbst, die versalzten und pestizidverseuchten Böden führen zu einem nie dagewesenen Zahlen an Kindersterblichkeit und Missbildungen. Da diese Umweltschäden nationale Grenzen unbeachtet lassen, sind sie selbstverständlich eine Angelegenheit regionaler Kooperation. Die europäische Erfahrung zeigt, dass ein immenser Mehrwert durch regional koordinierten Umweltschutz erzielt werden kann und dass dieser auch durch politische Spannungen kaum behindert wird⁸⁵.

Die Expertengruppe „EU - Central Asia Joint Expert Working Group“ setzt dabei die Prioritäten auf Gewässer, den Waldbestand, Biodiversität und der Abfederung der Konsequenzen des Klimawandels (extreme Winter/trockene Sommer). Dabei darf nicht vergessen werden, dass Umweltschutz nicht nur um seiner selbst Willen in Zentralasien verfolgt wird, sondern von diesem auch die Erfüllung der Millennium Development Goals (MDG) abhängt. So besitzen der Großteil der ruralen Bevölkerung (und ein nicht unerheblicher der urbanen) Zentralasiens keinen oder kaum Zugang zu einwandfreiem Trinkwasser. Auch von einer effektiven landwirtschaftlichen Bewässerung und Nutzwasser für den sekundären Wirtschaftsbereich und einer den modernen Standards entsprechenden Abwasserentsorgung⁸⁶.

Hier setzt die EUCAWI an. Zentralasien besitzt ein sehr empfindliches Ökosystem welches durch die Auswirkungen der globalen Erwärmung auf Grund der sehr schwachen Niederschläge besonders gefährdet ist. Des Weiteren ist der Wasserverbrauch in Zentralasien gegenüber anderen Entwicklungsländern extrem hoch, die Weltbank schätzt dass das vor allem an der desolaten landwirtschaftlichen Bewässerung liegt, etwa 79% des Wassers geht

85 Europäische Gemeinschaften (2007): S.28

86 Europäischer Auswärtige Dienst (2007): S.11 und S.21

durch Verdunstung und Versickerung verloren bevor es die Felder erreicht⁸⁷.

Deshalb basiert die europäische Umweltinitiative auf der EU Wasserinitiative (EUWI), welche 2002 gestartet wurde um die Millenniumziele der VN zu erreichen. Hierzu stärkt die EUWI die Politik und die institutionellen Rahmenbedingungen in den Partnerstaaten und entwickelt Pläne auf diesem Sektor sowie Finanzierungsstrategien⁸⁸.

Der Wasserdiallog begann 2008 mit Kirgisistan und wurde 2009 auf Tadjikistan und Turkmenistan erweitert.

Die EU unterstützt dabei Projekte auf folgenden Gebieten:

- Unterstützung des regionalen Wassermanagments und die Sicherung von Wasserqualitätsstandards
 - Sicherung der Kooperation der fünf zentralasiatischen Staaten bei drei Projekten
- a) Grenzüberschreitendes Grundwassermanagment
 - b) Klimaanpassung
 - c) Maßnahmen zur regionalen hydrologischen Risikoreduktion im Hinblick auf den Klimawandel
- Aufbau von Kapazitäten zur Erzeugung erneuerbarer Energien sowie zur Verbesserung der Energieeffizienz⁸⁹

Italien hat hierzu die Führungsrolle in der Koordination der europäischen Bemühungen im Bereich Wasser und Umwelt übernommen⁹⁰.

Die internationale Gemeinschaft hat sich zu zahlreichen Abkommen und Willenserklärungen den Umweltschutz und den Klimawandel betreffend, doch hapert es global gesehen an der Umsetzung. In Zentralasien zählen hierzu das Kyoto-Protokoll und die Aarhus-Konvention, Envsec-Initiative, CAREC, die VN-Übereinkommen über biologische Vielfalt (CBD.int) und Bekämpfung der Desertifikation (CCD), Hyogo Framework, UNFCCC, „Strategy environmental assesment“ und dem „Environmental Impact assesment“⁹¹.

Neben der Stärkung des Bewusstsein für Umweltfragen und dem Verständnis für die Effekte des Klimawandels, d.h. unvorhersehbarere Wetterphänomene mit teilweise desaströsen Konsequenzen (Dürren, überharte und lange Winter usw.) soll Präventivarbeit im Bereich der

87 Europäische Kommission – Auswärtige Beziehungen (2007): S.1

88 Ebenda S.1

89 Ebenda S.2

90 Rat der Europäischen Union (2010): S. 5

91 Europäische Rat (2007) S.13

Erhaltung der Biodiversität u.a. durch das Verhindern illegalen Holzschlags⁹² geleistet werden. Die Koordination wird durch die „High-Level Conference on Environment and Water“ und die Expertengruppe der „Working Group on Environmental Governance and Climate Change“ übernommen wobei das Regional Environmental Centre for Central Asia lokal sowohl die notwendigen Umweltdaten sammelt und als auch die Hilfsleistungen koordiniert⁹³. Als mindere aber auch zu betrachtende Problematik ist die Klimamigration, doch existieren hierzu weder konkrete Daten noch politische Pläne.

Energie

Laut der Strategie für eine neue Partnerschaft soll Energie die wichtigste Quelle regionaler Kooperation werden. Der Verkauf und eine effektive Nutzen von fossilen Brennstoffen und von Uran sollen den Lebensstandard der Bevölkerung erhöhen und langfristig die Transition zu erneuerbaren Energien hin finanzieren. Eine Strategie, sollte sie denn erfolgreich sein, die eine Premiere darstellen würde. Das Negativbeispiel für eine Verschlimmerung der Menschenrechtssituation, der Einkommensschere und der Rechtsstaatlichkeit durch den Ausbau der Energiewirtschaft bilden Nigeria und Angola, da die Energieträgerindustrie arbeits- aber kaum bildungsaufwändig ist und somit die erzielten Gewinne kaum in die Taschen der Arbeitskräfte wandern.

Regionale Kooperation im Energiesektor wird als Voraussetzung für eine nachhaltige soziale und ökonomische Entwicklung angesehen und soll so zu Friede, Sicherheit und Wohlstand beitragen⁹⁴. Hierzu wird es notwendig sein die rechtlichen und technischen Standards der nationalen Energiemärkte anzugleichen. Die Basis der europäischen Konvergenzstrategie bildet KOM (2006) 590. Sie definiert die europäischen Energieziele in punkto Energiesicherheit, d.h. der Diversifikation der Energiequellen und Ursprungsländer; Transparenz des Energiemarktes und der Preispolitiken; dazu gehören auch Rechtsnormen und die statistische Auswertung sowie die Suche nach einer nachhaltigen Entwicklung im Energiesektor durch die Förderung der Energieeffizienz, erneuerbarer Energien und der Nachfragesteuerung⁹⁵. Die finanzielle Unterstützung wird in KOM (2007) 1 festgelegt. Diese

92 Europäische Auswärtige Dienst (2007): S.14

93 Europäische Gemeinschaft (2007): S.28

94 Europäische Auswärtige Dienst (2007): S.8

95 Europäische Kommission (2006) (2): S. 2ff

zielen v.a. auf den Ausbau des Energietransportnetzes ab⁹⁶. Dass hier die Staaten Zentralasiens mit ihren immensen Energieträgerreserven als Zielländer dienen ist völlig logisch, bedürfen sie ebenso immenser Investitionen um Erzeuger, Transitländer und Abnehmerstaaten zu verbinden⁹⁷ bevor die Gewinne aus den Verkäufen reinvestiert werden können. Da die notwendigen Budgets weder direkt von der EU gestellt werden können noch sollen, ist die Schaffung von günstigen Voraussetzungen für Investitionen durch IFIs das Ziel. Dabei muss zwischen politischen und technologischen Maßnahmen unterschieden werden, wobei die Baku-Initiative als Blaupause dienen soll. Die Implementation des „Memorandum of Understanding on Energy“ würde den politischen Weg ebnen, die Konvergenz der Energiemärkte Zentralasiens vorantreiben. Hierzu gehören auch nationale Unterstützungsprogramme für erneuerbare Energien, sowie die Umsetzung des „Covenant of Mayors“, der europäischen Klimabündnisinitiative welche auf lokaler Gemeindeebene die saubere Produktion und Nutzung von Energie umsetzen soll.

Um diese Vorhaben zu finanzieren müssen die Einnahmen durch den Verkauf fossiler Energieträger steigen. Dies kann nur durch zwei Maßnahmen geschehen. Zum einen sollen die Zwischenhändler zwischen den zentralasiatischen Produzenten und den finanzstarken Abnehmern Europas zwar nicht ausgeschaltet, aber einer marktwirtschaftlichen Konkurrenzsituation ausgesetzt werden, um einerseits die politische Hebelwirkung der Transitländer (hier ist vornehmlich Russland gemeint) als auch Profiverluste zu mindern. Deshalb ist die erhebliche Modernisierung und Aufbauarbeit der Transportinfrastruktur, d.h. der Pipelinebau und Umfüllanlagen für Tanker, insbesondere im Hinblick auf den südlichen Korridor, durch Afghanistan und Pakistan, erforderlich. Zum anderen muss die Effizienz in der Produktion und im Transport gesteigert werden. Dafür sollen durch moderne Überwachungsmechanismen Daten zur statistischen Auswertung gesammelt werden, welche Schlüsse über die notwendige Technologietransfers in der Energieproduktion erlauben. Die gesteigerte Effizienz (im Vergleich zu 2010) in Produktion und Verbrauch soll auch die Umweltschäden mindern und das Bewusstsein für die Notwendigkeit eines mittel- und langfristigen Umstiegs auf erneuerbare Energien zu bilden⁹⁸.

Diese Ausführungen erscheinen sehr diffus und wenig konkret, was an der wenig präzisierten Position der EU liegt. Das politische Machtspiel um die Energieressourcen der Region mit

96 Europäische Kommission (2007): S.6ff

97 Europäische Gemeinschaft (2007): S.5

98 Europäische Auswärtige Dienst (2010): S.21

den Anrainergroßmächten China und Russland, welche große Summe in Projekte investieren beherbergt immense Konfliktpotentiale, welche die EU nicht notwendigerweise eingehen kann. Übrig bleibt die Erkenntnis dass ein Mangel an Energie die Situation der Armen verschlimmere und soziale und ethnische Spannungen schüre. Unterbrechungen von Strom und Gaslieferungen werden als politisches Druckmittel genutzt, welche wiederum Handel und regionale Integration behindern.

Transnationale Netzwerke

Der Aufbau und Pflege transnationaler, transregionaler und zwischenmenschlicher Netzwerke ist ein vielfältiger und vielschichtiger Teil der europäischen Zentralasienstrategie. Dieser erstreckt sich über den Ausbau und Anbindung von Transportmöglichkeiten, wirtschaftlichen Beziehungen von kleinen und mittleren Unternehmen (KMU) bis zur Informationsinfrastruktur, der sogenannten E-Seidenstraße⁹⁹.

Die technischen und rechtlichen Standards der zentralasiatischen Luft und Seefahrt sowie des Straßen und Schienenverkehrs entspricht kaum internationalen Normen¹⁰⁰. Vor allem gilt es eine qualitativ und quantitativ adäquate Anbindung an die TEN-T Achse (Transeuropean Network) zu schaffen, welche bereits die EU und die ENPI-Ost Staaten verbindet. Dadurch könnte ein paneuropäischer Transportkorridor entstehen, welcher bis an die chinesische Grenze reicht und symbolisch sowie praktisch die Seidenstraße wiederbeleben soll. Dabei sollen nicht nur das Transportvolumen und Transportwert steigen sondern auch die Implementierung internationaler Sicherheitsstandards wie die der ICAO, der IMO, der UNECE, der WCO und der ILO erreicht werden¹⁰¹. Dies wird nur möglich sein, wenn das Bewusstsein für den Einfluss der EU Erweiterungen, sowohl vergangener als auch zukünftiger, auf den Warenfluss zwischen der EU, den Nachbarstaaten, den Staaten des Schwarzen und Kaspischen Meeres und deren Nachbarstaaten geschaffen werden kann. Die geografischen und klimatischen Umstände in Zentralasien werden insbesondere in den Wintermonaten durch das Pamir-Gebirge bestimmt, welches etliche Passagen unmöglich macht und so den Ausbau regionaler und internationaler Flugverbindungen, auch zur Förderung des Tourismus und Fremdenverkehrs, notwendig macht.

99 Europäische Rat (2007): S.8

100 Europäische Gemeinschaft (2007): S.28

101 Europäische Auswärtige Dienst (2007): S.9

Die „High Level Group on the extension of the large trans-european transport axis to neighbouring countries and regions“ diskutiert Infrastrukturprogramme zu denen auch das satellitengestützte Positionierungssystem Galileo gehört.

Um aus diesen Transportnetzwerken auch lokale Dividenden erzielen zu können, soll die Rolle der KMUs durch regionale Kooperation gestärkt werden. Die im Jahr 2008 einsetzende Wirtschaftskrise hatte und hat erhebliche Auswirkungen auf alle Felder der Privatwirtschaft in der Region. Sowohl die Binnennachfrage nach Konsumgütern als auch ausländische Direktinvestitionen sind stark zurückgegangen. Die Förderung von KMUs soll dabei nicht nur lokale ökonomische Aktivität stimulieren, sondern bietet auch Ausbildungs- und Arbeitsplatzmöglichkeiten in Regionen die ansonsten kaum berufliche Perspektiven bieten. KMUs solle die Möglichkeit kostengünstiger Beratung erhalten welche die Verwaltung und Produktionsprozesse optimieren und Partner, Zulieferer und Kunden zu einem intensiveren Dialog ermutigen soll.

Dieser Dialog soll zu einem intensiveren Technologie- und Expertisenaustausch führen welcher die lokale Produktion wettbewerbsfähig, sowohl qualitativ als auch ökonomisch, machen soll, was wiederum den Handel und die Beziehungen zwischen den KMUs der EU, der ENPI Staaten und der zentralasiatischen Republiken intensivieren¹⁰² wird. Der Erfolg regionaler Projekte hängt kruzial von Informationsaustausch zwischen den Akteuren ab. Auf Grund der geographischen und menschlichen Ausdehnung der Programme ist Kommunikation die entscheidende Größe. Um diese zu verbessern wird vermehrt auf die regionalen Kooperationsinitiativen und -mechanismen der „ENPI Regional Strategy (East) 2007-2013“ zurückgegriffen¹⁰³ sowie die E-Seidenstraße, ein modernes Kommunikationsnetzwerk aufgebaut.

Grenzschutz und Zollaufgaben

Die Vereinfachung von Grenzübergängen durch die Verträge von Schengen und die Zollunion der EU bilden zwei Säulen, welche aus der europäischen Gemeinschaft den dynamischsten Wirtschaftsraum der Welt erwachsen ließen. Diese Vereinfachung des Waren-, Menschen- und Dienstleistungsverkehrs zwischen den fünf zentralasiatischen Republiken gestaltet sich derzeit nach wie von schwierig, gilt doch der Schutz der territorialen Souveränität und deren

102 Europäische Auswärtige Dienst (2010): S.24

103 Europäische Gemeinschaft (2007): S.22

aggressive Verteidigung unter den alten Eliten zu den Kardinalsaufgaben der Staatsmacht, zumindest offiziell. Deshalb wird der Grenzschutz in Zentralasien nach wie vor durch militärische oder paramilitärische Einheiten bewältigt. Doch sind diese Truppenteile nicht auf die spezifischen Aufgaben des Grenzschutzes spezialisiert, sondern sie werden von jungen Wehrpflichtigen erledigt oder als Strafmision von erfahrenen Soldaten verstanden, was wiederum zur Anfälligkeit für den Schlendrian, zur Korruption oder Willkür führt. Dies hemmt Handel und interregionalen Austausch und erleichtert kriminelle Aktivitäten.

Auch die Zollregime sind äußerst ineffektiv. Die Verwaltung und bürokratischen Hürden sind hoch und undurchsichtig, was Importe und Exporte gleichermaßen verteuert und somit als nicht ganz versteckter Protektionismus dient, was wiederum Missgunst schürt und die ökonomische Entwicklung der Region behindert.

Demzufolge sind die Prioritäten für die EU die Vereinfachung des legalen Handels und Transits und die Verhinderung illegaler Migration und Schmuggels.

Hierfür soll die BOMCA-Initiative den Grenzschutz modernisieren und in einen der Polizei ähnlichen Dienst transformieren. Dabei baut BOMCA auf die bereits zuvor bestehende Kooperation der kasachischen, kirgisischen und tadjikischen Behörde auf¹⁰⁴.

Das BOMCA Programm, welches von der EU in Kooperation mit dem UNDP finanziert wird hat folgende Ziele:

- die zentralasiatischen Staaten dabei bestärken sich den Prinzipien und Praktiken des „European Integrated Border Management“ (IBM) anzunähern
- Erleichterung legalen Transports und Transits
- Verminderung der illegalen Bewegung von Mensch und Material

Um das BOMCA Programm effektiv zu implementieren, wurde es in einzelne Phasen unterteilt:

- BOMCA 1 : April-August 2003 : erste Untersuchung der Grenzschutzkapazitäten
- BOMCA 2 : Juli-Dezember 2003 : erstes Training von Grenzschutzoffizieren, Erstellung von Trainingsmodulen, train-the-trainer Seminare in Wien
- BOMCA 3 : Dezember 2003-Mai 2004 : präzise Identifizierung des zu unterstützenden Sektors
- BOMCA 4 : Januar 2004 - Dezember 2007 und BOMCA 5 : November 2005-

¹⁰⁴ Europäische Gemeinschaft (2007): S.21

Dezember 2008 : Hilfe bei Gesetzes- und Institutionsreformen, Stärkung der nationalen Ausbildungskapazitäten und -strukturen, Bereitstellung von Ausrüstung und Infrastrukturausbau (Grenzposten, an See- und Flughäfen)

- BOMCA 6 : Oktober 2007-März 2010 : Institutionelle Reformen in Kasachstan, Kirgisistan und Tadjikistan, Stärkung der Infrastrukturkapazität entlang der Transport und Transitkorridore in Zentralasien, Hilfe bei der Sicherung der tadjikisch-afghanischen Grenze bei Gorno-Badakhshan
- BOMCA 7 : Januar 2009-2010 : Fortsetzung von BOMCA 6 mit verstärktem Fokus auf illegalen Drogenhandel
- BOMCA 8 : Juli 2011-2014 : Weitere Intensivierung der Ausbildung von Grenzschützern sowie die Vernetzung nationaler, regionaler und internationaler Nutznießer verbesserter Grenzregime¹⁰⁵.

Unter dem BOMCA Programm wurden alleine bis 2008 1500 Grenzschützer und Zollbeamte ausgebildet, die Spürhundstaffelkapazitäten erhöht und etliche Grenzposten ausgebaut und/oder ausgerüstet¹⁰⁶. Insgesamt wurden für das BOMCA Programm 2013 – 2014 36,5 Mio € veranschlagt von denen die Kommission 33,655 Mio € bereitgestellt¹⁰⁷.

Da der Drogenhandel durch Zentralasien eine der Haupthandelsrouten in die EU darstellt, arbeitet das CADAP (Central Asia Drug Action Programme) eng mit BOMCA zusammen. CADAP unterstützt die jährliche Ausarbeitung von Drogenreports, Einführung moderner Drogenbehandlungsmethoden in Gefängnissen, Aufklärung der Bevölkerung über die Gefahren von Drogenmissbrauch sowie die Schulung von Flughafen- und Bahnhofspersonal¹⁰⁸.

Die Harmonisierung mit dem EU International Border Management soll in der EU Central Asia Border Security Initiative, CABSI, einem als Forum entstandenen, zuletzt zur Kommunikationsplattform angewachsenen österreichischen Initiative, für Vertreter der zentralasiatischen Staaten, der EU, internationaler Organisationen und Interessensvertreter anderer Staaten dienen. Die Koordination mit Europol, Eurojust, EUMS, EMCDDA, ECDC, CARICC und Interpol durch Verbindungsoffiziere ist wichtig um zeitnah die Strafverfolgung aufnehmen und Prävention leisten zu können. Die Zollbestimmungen sollen den internationalen Standards der „World Customs Organisation’s Framework of Standards“

105 Ebenda S.2

106 Europäische Kommission – Auswärtige Beziehungen (2008): S.12

107 Border Management Programme in Central Asia (BOMCA)

108 Europäische Kommission – Auswärtige Beziehungen (2008): S.12

angepasst werden. Dazu werden die Zollbestimmungen der EU als Blaupausen genommen um den nationalen Legislaturen die Ausformulierungen der Bestimmungen zu erleichtern¹⁰⁹.

Die bilaterale Kooperation beansprucht $\pm 70\%$ der finanziellen Hilfe für die Region. Dabei fällt auf dass das Budget für 2007-2010 nur grob zwischen der Armutsbekämpfung und der Förderung verantwortungsvoller Staatsführung unterschied, während im CAIP 2011-2013 pro Staat drei Sektoren aus den Themenfeldern definiert werden, welche gefördert werden. Die bilaterale Kooperation betrug 2007-2010 219,8 Mio. € wovon 64% zur Armutsbekämpfung und 36% der Verbesserung der verantwortungsvollen Staatsführung dienten¹¹⁰, das bilaterale Budget für 2011-2013 beträgt 216 Mio. € und ist wie folgt aufgeschlüsselt:

Tabelle 2: Bilaterale Budgets zwischen der EU und den Staaten Zentralasiens

	2007-2010	2011-2013
Kasachstan	44 Mio. €	Regionale Entwicklung / Lokalverwaltung 8 Mio. € Justizreform 10 Mio. € Verbesserung der öffentlichen Verwaltung 12 Mio. €
Kirgisistan	55 Mio. €	Reform des Sozialwesens 19 Mio. € Bildungsreform 18 Mio. € Justizreform und Rechtsstaatlichkeit 14 Mio. €
Tadjikistan	66 Mio. €	Sozialer Schutz und Arbeitsmarkt 20 Mio. € Reform des Gesundheitswesens 20 Mio. € Entwicklung der Privatsektors und der öffentlichen Finanzen 22 Mio. €
Turkmenistan	22 Mio. €	Soziale und ökonomische Entwicklung ländlicher Gebiete 9 Mio. € Fortbildungsmaßnahmen 14 Mio. € Entwicklung nachhaltiger Energieressourcen 8 Mio. €
Usbekistan	32,5 Mio. €	Steigerung des Lebensstandards in ländlichen Gebieten 17 Mio. € Justizreform und Rechtsstaatlichkeit 15 Mio. € Verbesserung des Handels- und Geschäftsklimas 10 Mio. €

Hierzu kommen noch 40 Mio. € DCI AAP 2009/2010.

Quelle: Europäische Auswärtige Dienst: Central Asia Indicative Programme 2007-2010 S.5 sowie Central Asia DCI Indicative Programme 2011-2013 S.16f

109 Europäische Gemeinschaft (2007): S.28

110 Europäische Auswärtige Dienst (2007): S.5

5.3 Menschenrechte

Menschenrechte und das Recht auf fundamentale Freiheiten – wie z.B. die freie und offene Religionsausübung, Versammlungs- und Redefreiheit – waren mitunter die großen Hoffnungen der zentralasiatischen Bevölkerungen nach der Unabhängigkeit von der Sowjetunion. Die Europäische Union zählt auch Meinungsfreiheit, die Entwicklung einer pluralistischen Zivilgesellschaft¹¹¹ durch Bildung und persönliche Sicherheit, sowohl physischer, psychischer als auch materieller Natur zu den Menschenrechten. Auf internationaler Ebene wird deshalb der Menschenrechtsdialog zwischen der EU und den fünf zentralasiatischen Republiken in bi- und multilateralen Foren gesucht, Informationen werden gesammelt und ausgetauscht sowie Initiativen zur Verbesserung der jeweiligen nationalen Menschenrechtslage diskutiert und beschlossen¹¹².

In der ersten Dekade der Unabhängigkeit konnte zwar kaum eine aktive Förderung des Menschenrechtsdialoges seitens der zentralasiatischen Institutionen und Akteure beobachtet werden; waren doch diese damit beschäftigt die neuen politischen Paradigmen und ihre Rollen innerhalb dieser zu konsolidieren und auch heute dient er eher dem Machterhalt als der realen Verbesserung der Lebensqualität der Bevölkerung. Der Mangel an freien Medien und ungeschönten Informationen katapultierte die zentralasiatischen Staaten mit an die Spitze der restriktivsten Regime der Welt¹¹³. So finden wir in der Rangliste des Jahres 2010 der Organisation „Reporter ohne Grenzen“ Kasachstan und Usbekistan auf den Rängen 162. und 163. umringt von Somalia (161.) und Tunesien (163.), Kirgisistan auf Platz 159. zwischen Sri Lanka und Libyen, Tadjikistan auf der 115. Rang zwischen der DR Kongo und Madagaskar und das Schlusslicht der Region bildet Turkmenistan auf dem 176. Platz, hinter dem Iran und vor Nordkorea.

Obwohl die Presse- und Meinungsfreiheit seit der Unabhängigkeit einen schweren Stand gegen die autoritären politischen Praktiken hatte, lässt sich nach den farbigen Revolutionen in Kirgisistan, Georgien und der Ukraine und den Ereignissen von Andischan eine weitere Verschärfung der Repressalien feststellen. Als einziger Lichtblick erscheint die immer intensivere Nutzung des Satellitenfernsehempfangs, dessen Gebrauch die Rezeption internationaler Fernsehsender wie Euronews (auf Russisch), der BBC, der Deutschen Welle und CNN ermöglicht. Diesen wurde keine Lizenz zur terrestrischen Übertragung gewährt

111 Europäischer Rat (2007) S.7

112 Ebenda S.6

113 Reporters without Borders for Freedom of Information (2013): S. 23f

wurde. Auf die Frage wieso der Staat den Einsatz der gut sichtbaren Satellitenschüsseln nicht sanktioniert¹¹⁴, können nur spekulative Antworten gegeben werden, doch scheint es am wahrscheinlichsten, dass hier eine Form der „Zuckerbrot und Peitschen“-Politik ausgeübt wird, welche es den Regierungen erlaubt durch das Aussetzen von Sanktionen informell einige Aspekte der Informationsfreiheit zu tolerieren ohne die Macht des Staates durch offizielle Zugeständnisse zu schwächen.

In ihren Repressalien können wir die Staaten in Zentralasien in zwei Gruppen einteilen: Kasachstan, Kirgisistan und Tadjikistan nutzen rabiante Methoden um kritische Pressestimmen in Scheinprozessen wegen Verleumdung zu ungeheuren Schadensersatzzahlungen und Arbeitsverbot zu verurteilen, ausländische Akkreditierungen werden solange verschleppt, bis sie in Vergessenheit geraten.

Uzbekistan und Turkmenistan ersticken jegliche freie und unabhängige Politikpresse im Keim, was zu einer völligen Verwüstung der Zeitungs- und Zeitschriftenlandschaft beiträgt, nur belanglose Mode-, Sport-, Auto-, und Klastschblätter sind *en masse* erhältlich¹¹⁵.

In Kasachstan gehören die meisten Blätter der regimenahen Alma Media und solange Skandale politische Protektion genießen, schweigen diese. In Kirgisistan gibt es seit der Revolution 2005 eine bunte und kritische Medienlandschaft, doch der Präsident kontrolliert durch den Rundfunkrat das Staatsfernsehen. In Tadjikistan gibt es nur eine nicht-staatliche Mediengruppe, Asiaplus, welche auch über Korruption und Machtmissbrauch berichten, doch hüten sie sich davor Kritik an Präsident Rachmon oder seiner Familie zu üben, was zu einem allzu positiven Image für diese führt. Usbekistan hat keine unabhängigen Printmedien, Radio- oder Fernsehsender, lokale Mitarbeiter der BBC, von Radio Free Europe und der Deutschen Welle wurden nach den Ereignissen von Andischan des Landes verwiesen. Seit 2006 ist es Journalisten verboten ohne staatliche Genehmigung mit ausländischen Medien zu kooperieren. Unter Präsident Niasow gab es schlicht keine Presse die nicht als Propaganda bezeichnet werden muss¹¹⁶. Sein Nachfolger Berdymuchammedov änderte dies nicht, stattdessen errichtete er seinen eigenen Personenkult und bestraft Medienanstalten die es versäumen ihm ausreichend leidenschaftliche Ehrerbietung entgegen zu bringen. Doch das sind bereits obsolete Schlachtfelder und obwohl klassische Internetzugänge noch unvorstellbar kostspielig (6821 \$ monatlich, bei einem Durchschnittslohn von etwa 200 \$) sind und zensiert werden, so mausern sich mobile Internetzugänge zur Hoffnung von

114 Bensmann (2007): S. 533f

115 Bensmann (2007): S. 533f

116 Ebenda S.536 ff

Dissidenten¹¹⁷.

Als primäres materielles Menschenrecht zählt die Abwesenheit von Armut, sowohl in relativer Hinsicht (Wohlstandsschere) als auch in absoluter Hinsicht (Kaufkraft), da sich diese direkt auf die Menschenrechte, welche sich teils in staatlicher teils in privatwirtschaftlicher Form des Gesundheitswesens, der Ernährungsversorgung, des Bildungswesens, grundlegender zivilgesellschaftliche Faktoren und des Konfliktmanagments auswirkt.

Auf der technisch-praktischen Ebene heißt dies, die Bevölkerung von der Armut, welche immense Landstrich Zentralasiens beherrscht, zu entlasten und den Lebensstandard zu erhöhen, um menschliche Ressourcen freizusetzen, welche die gesellschaftliche Entwicklung positiv beeinflussen sollen.

In Zentralasien leben rund 50% der Bevölkerung unter der Armutsgrenze, d.h. mit einem Budget von wenigem als 2,14 US\$/Tag, in ruralen Gegenden ist dieser Zustand bedeutend drastischer als in den Städten. Das CAIP 2007-2010 begrüßt die nationalen Armutsbekämpfungsprogramme (Kirgisistan und Tadjikistan: Poverty Reduction Strategy Paper 2006; Usbekistan: National Living Standard Strategy 2004; Turkmenistan: National Development Plan to the year 2020; Kasachstan: Road to Europe), doch werden weitere Reformen im Agrar- und Sozialsektor und eine Landreform gefordert. Diese Aufgaben wurden von 2007-2010 in Kirgisistan, Tadjikistan und Turkmenistan in Angriff genommen, die Fortsetzung dieser Anstrengungen im CAIP 2011-2013 deutet darauf hin dass die Entwicklung, Implementation und Kontrolle effektiver Anti-Armut-Politik, sozialer Sicherheitsnetze wie Arbeitslosengeld, Kranken- und Altersversicherung und Lebensmittelsicherheit noch keine Selbstverständlichkeit darstellen. Die regulatorischen Reformen und die Verbesserung der Staatsstrukturen bedürfen Zeit um greifbare Resultate hervorzubringen. So verwundert es nicht, dass das Erreichen der MDG, Minderung der Mangelernährung oder die positive Entwicklung anderer humanitärer und sozio-ökonomischer Stressindikatoren weiterhin auf sich warten lässt¹¹⁸.

In Kirgisistan, Tadjikistan und Usbekistan wurde bis 2010 die Entwicklung regionaler und lokaler Gemeinschaften in ruralen Gebieten durch die Modernisierung der Landwirtschaft, KMUs und der Infrastruktur vorangetrieben. Hierzu gehört der Ausbau des Straßennetzes, Frischwasser-, Abwasser- und Sanitäranlagen, der Zugang zu Dienstleistungen im Bereich

117 Reporters without Borders for Freedom of Information (2011)

118 Europäischer Auswärtige Dienst (2010): S.19

Landwirtschaft, Marketing, Bildung und Gesundheitswesen sowie eine verbesserte Partnerschaft zwischen Produzenten, KMUs im Dienstleistungsbereich, Bildungseinrichtungen und staatlicher Autoritäten¹¹⁹. Geographisch konzentriert sich die Armutsbekämpfung auf das Ferghana Tal im Grenzgebiet zwischen Usbekistan, Kirgisistan und Tadjikistan – wir werden uns mit dem Ferghana Tal später näher befassen – und baut auf der CAIP 2002-2006 auf¹²⁰.

Die bilaterale Programme die 2011-2013 liefen und hier dem Themenkomplex Menschenrechte hinzugerechnet werden, laufen unter den Begriffen Gesundheitswesen, Bildungs- und Sozialwesen. Effiziente Strukturen und Prozesse in diesen Bereichen staatlicher Aktivität sowie der effektive Zugang zu diesen Dienstleitungen bilden die Basis um die aktive Verfolgung der eigenen Menschenrechte und der fundamentalen Freiheiten aufnehmen zu können. Dass ökonomischer Erfolg in Bilanzen nicht bedeutet, dass sich auch gleichzeitig die Lebensbedingungen der Gesamtbevölkerung verbessern, zeigt die Lieblingsschüler der EU in der Region, Kasachstan. Obwohl der Primus der Region in ökonomischer Hinsicht, zeigt die folgende Tabelle auch dass sich dieser gewonnene Reichtum nicht positiv auf die Lebenserwartung der Bevölkerung ausgewirkt hat.

Tabelle 3: Lebenserwartung und Tuberkuloseerkrankungen in Zentralasien

Lebenserwartung in Jahren	Männer		Frauen		Tuberkuloseerkrankungen / 100000 Einwohner	
	1980	2005	1980	2005	1990	2004
Kasachstan	61,5	60,4	72	71,7	65,8	175,6
Kirgisistan	61,2	63,8	70	71,9	52,9	123,9
Tadjikistan	64,5	71,2	69,4	76,3	46,4	67,5
Turkmenistan	60	60,8	67	65	63,6	67,9
Usabekistan	63,6	68,2	70	73	46,1	78,4

Quelle: Gilster/ Hättich (2007):S.513

119 Ebenda S.18

120 Europäische Gemeinschaft (2007): S.30

Diese Verschlechterung des allgemeinen Gesundheitsbefindens lässt sich durch die schlechten sozioökonomischen Faktoren der Region (niedriges Einkommen, schlechte Gesundheitsvorsorge, Nahrungsmittelknappheit, Alkohol, Tabak, bewaffnete Konflikte) als auch durch die Herausforderungen der Transformation (Privatisierung, Abschaffung staatlicher Preisgarantien – so übersteigen die Nahrungsmittelimporte bereits den Exportwert der produzierten Baumwolle – und der Abbau staatlicher Gesundheitsvorsorge) erklären. Im Vergleich sank die Zahl der Tuberkuloseerkrankungen pro 100000 Einwohner in der EU von 21,3 (1990) auf 17,6 (2005) während sie in allen zentralasiatischen Staaten stieg. Die Steigerung der tadjikischen Lebenserwartung führen Experten auf die starke Präsenz des Islam in der Lebensführung der Bevölkerung zurück und den damit verbundenen Verzicht auf alkoholische Lebensmittel¹²¹.

Die wohl wichtigste Rolle in der negativen Beeinflussung der menschlichen Gesundheit spielt die schlechte Trinkwasserqualität, die den zahlreichen Umweltschäden der Region zu verdanken ist. Dass regional zwischen 70% und 97%¹²² der Frauen an Anämie leiden, liegt an den Brunnen, die in versalzene Böden getrieben werden, den Pestiziden und Düngemitteln von den Baumwollfeldern, die durch Erosion in den Amudarja und den Syrdaja, die Lebensadern der Region, gelangen. Sie führen zu Infektionen des Magen-Darm-Traktes, Typhus, Hepatitis, Tuberkulose, Malaria, Leber-, Nieren- und Speiseröhrenkrebs. Die Ironie des Baumwollexportes ist, dass er *cashcrop* längst nicht mehr Devisen einbringt als der Nahrungsmittelanbau schaffen würde.

Die Gesundheitsversorgung hat insbesondere in der ersten Dekade der Unabhängigkeit gelitten. Zum einen ging die Zahl der Krankenhäuser drastisch zurück, da die wirtschaftliche Situation der Region (die Reallöhne fielen je nach Land bis 1999 auf 8-30%¹²³ der Werte von 1990) durch den Wegfall sowjetischer Zahlungen sowie interne Probleme sich rapide verschlechterte.

121 Ebenda S.513ff

122 Gilster/ Hättich (2007):S.517

123 Gilster/ Hättich (2007): S.515ff

Tabelle 4: Anzahl der Krankenhäuser in Zentralasien pro 100000 Einwohner

Krankenhäuser/100000 Einwohner	1985	2005
Kasachstan	11	7
Kirgisistan	7	2,85
Tadjikistan	7	6,5
Turkmenistan	8,8	2,5
Usbekistan	7,9	3,7
EG/EU	3,8	3

Quelle: Gilster/ Hättich (2007): S.518

Wobei auch hier die Zahlen von 1985 nicht unkritisch gelesen werden dürfen, war doch das Verschönern von Statistiken eine gängige Praxis um zentralisierte Zahlungen zu erwirken. So scheint es wahrscheinlich, dass etliche Krankenhäuser nur auf dem Papier oder als funktionsuntüchtiger Gebäudekomplex existierten.

Zum anderen mussten bis zu 70% der Gesundheitsausgaben privat finanziert werden, weil Medikamente, nicht-akute Behandlungen usw. nicht mehr vom Staat übernommen wurden, oder schlicht als Schmiergeld genutzt wurden um eine bevorzugte Behandlung zu erhalten.

Obwohl das BIP Zentralasiens sich im 21. Jh. positiv entwickelte und der prozentuale Anteil des Gesundheitsbudgets stabil blieb, verhindert die nach wie vor in den Köpfen lebendige sowjetische planwirtschaftliche Tradition, „dass Krankenhäuser mit ihren Mitteln vernünftig haushalten“¹²⁴. Die Direktoren und Chefarzte sollen zu Managern umfunktioniert werden, doch mangelt es ihnen nach wie vor an Erfahrung.

Schulanmeldungen als auch die Bildungsausgaben gelten als quantitativen Indikatoren für die Qualität der Bildung.

Von 1990 bis 2000 sank die Zahl der Anmeldungen für Vorschulen um 30-80%, also je nach Land auf 20-8% der Gesamtkinderzahl, da die wichtigsten Betreiber solcher, die Kolchosen und anderen staatlichen Produktionsstätten, nach der Privatisierung oder Schließung diese Dienstleistung nicht mehr erbrachten und der Staat aus Geldmangel keinen Ersatz schaffen

124 Ebenda S.521

konnte. Die Zahlen entwickeln sich mittlerweile wieder positiv.

Tabelle 5: Einschreibungen in die Vorschule in % der Kinder im entsprechenden Alter

	1990	2000	2012
Kasachstan	75%	14%(1999)	54%
Kirgisistan	34%	9%	25%
Tadjikistan	16%	7%	9% (2011)
Turkmenistan	k.A.	k.A.	k.A.
Usbekistan	56%	23%	25% (2011)

Quelle: Weltbank (2014) (1)

Die Zahl der Einschreibungen in den Grundschulen erreichte in dieser Zeit trotz leichter Rückgänge nach wie vor 85-95% der Kinder, ein Umstand der die hervorragende Alphabetisierungsrate aus der Sowjetzeit konstant hoch hält. Hingegen sanken in dieser Periode die Anmeldungen für Ober- und Berufsschulen (Bildungseinrichtungen für 15-18-Jährige) um mehr als die Hälfte, doch spätestens seit 2002 steigen diese wieder. Das gleiche Bild zeichnet sich für den tertiären Bildungsbereich ab¹²⁵.

Die ökonomischen Daten zu den Bildungsausgaben sind wegen der galoppierenden Inflation, der Umstrukturierung der Staatshaushalte oder wegen der mangelnden statistischen Erfassung wenig zahlreich und kaum vertrauenswürdig, weshalb hier eher Trends denn Realitätsabbildungen vorgeführt werden können. Da wäre zunächst der ökonomische Zustand des Lehrerberufs. Dieser verdient in Kasachstan und Tadjikistan 25%, in Kirgisistan 42% und in Usbekistan 10% weniger als den nationalen Durchschnittslohn. Am Schulmaterial mangelt es ebenfalls, je nach Schule und Fach sind oftmals nur 10-33% der Lehrbücher verfügbar, auch Internetanschlüsse fehlen¹²⁶.

Kirgisistan hat die Auswirkungen der Weltwirtschaftskrise außerordentlich heftig zu spüren bekommen, da ein Drittel der Haupteinnahmen der Bevölkerung und des Staates aus äußerst volatilen Niederqualifikationsbeschäftigungen besteht. Zum einen werden die Hauptexporte Kirgisistans, Aluminium und Baumwolle kaum verarbeitet als Rohstoffe exportiert. Zum

125 Weltbank (2014) (2)

126 Gilster/ Hättich (2007): S.525ff

anderen bestehen 25% des kirgisischen GDP aus Kontributionen von Auslandskirgisen, von den 90% in Russland und Kasachstan arbeiten, wohin auch 40% der kirgisischen Exporte verkauft werden. Als die Energieträgerpreise 2008-2009 einbrachen, fiel das kirgisische Wirtschaftswachstum von 7,5% auf 2%, weil die Arbeit für kirgisische Tagelöhner in Russland und Kasachstan knapper wurde und diese auch weniger in Kirgisistan investierten. Daraufhin wurden die „Country development strategy 2009-2011“ und die „Education Development Strategy 2011-2020“ verabschiedet, welche durch die „Joint Country Support Strategy“ der Europäischen Kommission, Schwedens und Deutschlands sowie die CAIP 2011-2013 unterstützt wird.

Die CAIP 2011-2013 greift auch in der Armutsbekämpfung in den Bereichen Bildung und Soziales ein. Hierzu müssen sowohl das Lehrpersonal als auch die Bildungseinrichtungen modernisiert und quantitativ aufgestockt werden. So sollen 2015 30% mehr Bildungseinrichtungen verfügbar sein als 2011. Gleichzeitig muss das Prestige des Lehrerberufs steigen, zum einen durch transparente und national standardisierte pädagogische Abschlüsse (ab 2015) sowie moderne Fortbildungsmöglichkeiten. Administrativ ist dies nur mit einer Erhöhung des Bildungsbudgets und der ständigen Qualitätskontrolle des Bildungssystems machbar. Doch auch die Privatwirtschaft wird in die Bildungsdebatte mit einbezogen. Die Bildungs- und Ausbildungsdebatte soll den regionalen Arbeitsmarkt in Betracht ziehen und sich danach richten. Um dies zu erreichen sollen Arbeitgeberorganisationen zusammen mit den Ausbildungsstätten Ausbildungsplätze schaffen.

Insgesamt soll die Zahl an Hochschulabsolventen, Schülern und Studenten in höheren Bildungsbereichen steigen, Abbrüche sinken.

Die sozialen Sicherungsnetze haben sich nach dem Wegfall der Moskauer Zentralsubventionen im Zuge der Unabhängigkeitswerdung, insbesondere in ruralen Gebieten, *de facto* desintegriert. Das Wohlfahrtssystem muss in seiner gesamten Breite bessere Resultate erzielen. Dazu gehört neben der Erhöhung der Mittel ein vereinfachter und verbesserter Zugang für die ärmsten und gefährdetsten Teile der Gesellschaft (Frauen, Alleinerzieher, Kinder und Alte) sowie das Monitoring und systematische Sammeln sozio-ökonomischer Informationen.

Die ökonomischen Daten Tadjikistans lesen sich noch etwas negativer als die Kirgisistans, so leben in Tadjikistan 53% der Bevölkerung unterhalb der Armutsgrenze (in Kirgisistan 40%), die Hauptexporte sind die Rohstoffe Aluminium und Baumwolle, die Direktinvestitionen aus

Russland und Kasachstan brachen 2009 um 40% ein. 47% des GDP werden durch Überweisungen von Auslandstadjiken generiert. Die „National Development Strategy“ (2007-2015) sowie die „Poverty Reduction Strategy“ (2007-2009, 2010-2012) werden vom IMF durch die „3-year Poverty Reduction and Growth Facility Programme“ zur Minderung des Auswirkungen der Weltwirtschaftskrise und der „Joint Country Partnership Strategy“ unterstützt.

Das CAIP 2011-2013 setzt in Tadjikistan zur Armutsbekämpfung auf das Gesundheits- und Sozialwesen sowie auf die Schaffung von Niedrigqualifiziertenarbeitsplätzen durch ein positives Investitionsklima. Der Finanzsektor Tadjikistans ist kaum bis gar nicht ausgeprägt da die Kosten, Risiken und Bürokratie den Zugang erheblich erschweren. Die „200-Tage-Reform“ sollte hier etwas Erleichterung schaffen, doch läuft die Legislation nur schleppend voran¹²⁷. Ebenso könnte die Baumwollschuldenresolution¹²⁸ das Wirtschaftswachstum antreiben, indem ein Teil der 60% der Bevölkerung, welche in der Landwirtschaft arbeitet aus der ökonomischen Leibeigenschaft befreit werden könnte.

Ein positives Investitionsklima kann nur geschaffen werden, wenn Statistiken und Daten zu Armut, Arbeitsmarkt und Sozialgefüge zur Verfügung stehen, die klare Entscheidungen in der Arbeits-, Migrations- und Wirtschaftspolitik erlauben und die Kapazitäten und Nöte des Landes widerspiegeln sowie die Kompetenzverteilung sowohl horizontal als auch vertikal regeln. Da diese noch nicht gewährleistet ist, fehlt es an Effizienz in sozialen Dienstleistungen und dem Pensionswesen.

Der schon erwähnten kritische Stand des tadjikischen Gesundheitswesens soll national durch die „National Health Strategy and Action Plan 2010-2020“ verbessert werden. Die EU versucht die Gesundheitsvorsorge u.a. der armen Bevölkerung durch eine Verbesserung der medizinischen Prävention zu verbessern. Hierzu zählt eine modernere Verwaltung, höhere finanzielle Mittel, besser ausgebildetes Fachpersonal und ein zeitgemäßes Informationssystem. Die Ziele, die durch das CAIP 2011-2013 gesteckt wurden, ist die Rate an werdenden Müttern welche pränatal diagnostische Untersuchungen genießen auf über 90% zu steigern und dadurch die Mutter- und Kindersterblichkeit zu senken. Die Zahl an Impfungen gegen vermeidbare Krankheiten soll steigen und gleichzeitig die Eigenbeteiligung im Gesundheitswesen von derzeit 79% auf unter 60% sinken¹²⁹.

Um die ökonomischen Ziele der MDG zu erreichen schlägt auch das CAIP 11-13 den

127 Europäischer Auswärtige Dienst (2010): S.44

128 Lerman (2008): S.6

129 Europäischer Auswärtige Dienst (2010): S.47

gleichen Weg ein. Lokale ökonomische Aktivität soll aus der Steigerung der Wertschöpfung landwirtschaftlicher Produktion entstehen.

5.4 Demokratie und verantwortungsvolle Staatsführung

Der Aufbau demokratischer Strukturen ging in den Dekaden der Unabhängigkeit in Zentralasien nur äußerst schleppend voran. Dabei waren demokratische Reformen und eine Abkehr vom Diktat der Exekutive über Judikative und Legislative sowie vom Amtshandel die große politische Hoffnung für die Nachfolgestaaten der Sowjetunion und des Warschauer Paktes. Die Länder westlich Moskaus haben diese Transition größtenteils geschafft, wie auch die zahlreiche Beitritte zur EU bezeugen.

Doch sind die Vorbedingungen für eine derartige Transition in Zentralasien ungleich schwieriger. Zum einen gibt es keine präsovjetsche nationale demokratische Tradition, die Region war politisch geteilt sowie patrimonial hierarchisiert. Familie – Clan – Stamm - Islam so könnte vereinfacht die klassische Loyalitätsstruktur in Zentralasien skizziert werden. Der Kommunismus hat diese Strukturen nicht etwa aufgelöst sondern ihre erarbeiteten Machtstrukturen ins politische System integriert und der Ämterhandel machte aus den Gesellschaftsstrukturen ein ökonomisches Klientelismus-Netzwerk, welches dem sozialen Aufstieg dient. Der Kauf eines politischen Amtes war ein immenser wirtschaftlicher Kraftakt der kaum von Einzelpersonen gestemmt werden konnte, und so waren es oft eine Familien- oder gar Dorfinvestition, welche auch eine Dividende hervorbringen sollte. Die Verwandten der Investoren konnten dann auf hohe Verwaltungsposten, unabhängig ihrer Qualifikation hoffen. Durch Korruption und das Anzapfen der Subventionswirtschaft der SU wurde die Refinanzierung dieser Ämter erreicht. Dieses System wird nach wie vor aufrechterhalten, was insbesondere eine unabhängige Justiz vereitelt und somit den Begriff der Rechtsstaatlichkeit, also des Legalitätsprinzips für die Politik, als leeren Begriff hinterlässt.

Hier sollte die Rechtsstaatlichkeitsinitiative der EU greifen. Politisch haben sich die fünf zentralasiatischen Staaten durch ihre Mitgliedschaft in der OSZE den demokratischen Werten und der verantwortungsvollen Staatsführung der EU bekannt. Doch bevor der erhoffte Pluralismus sich einstellen kann, bedarf es Reformen in der Administration, der Verwaltung öffentlicher Gelder und in der Transparenz der Regierungsarbeit. Daneben stehen auch sicherheitspolitische Aspekte von Demokratie und verantwortungsvoller Staatsführung zur Debatte. So spricht die Europäische Sicherheitsstrategie von der Notwendigkeit „darauf

hin[zu]arbeiten, dass östlich der Europäischen Union und an den Mittelmeergrenzen ein Ring verantwortungsvoll registrierter Staaten entsteht, mit denen wir enge, auf Zusammenarbeit gegründete Beziehungen pflegen können¹³⁰. Es verwundert also nicht dass etwa 25% der vom DCI genehmigten Mittel und 34% aller Projekte in Zentralasien auf diesem Gebiet umgesetzt werden. Auch in der Performance Wertung führen Projekte, welche Demokratie und verantwortungsvolle Staatsführung fördern. Auf der von der Zentralasienstrategie genutzten Skala von 0 bis 5, gelten Projekte mit einem Score ab 2,5 als erfolgreich. Programme im Bereich der Demokratie und verantwortungsvolle Staatsführung erreichen 2,71 Punkte, mehr als alle anderen Projekte der Europäischen Union¹³¹.

Doch besitzt dieses Analyseinstrument kaum wissenschaftliche Güte, so lassen sich manche sozio-ökonomischen Effekte kaum mit den zur Verfügung stehenden Informationen messen¹³². Deshalb soll neben einer *Top-Bottom* Strategie auch in Institutionen der pluralistischen Zivilgesellschaft investiert werden um Erfolge und Misserfolge in der Öffentlichkeit diskutieren zu können und somit das Bürgerrecht der Staatskontrolle durch die Bevölkerung zu verwirklichen. Die öffentliche Partizipation in politischen, ökonomischen und sozialen Angelegenheiten, die allgemeine Aufwertung der Bürgerpartizipation im öffentlichen Leben zusammen mit der Dezentralisierung der politischen Macht, der Budgetentscheidungen sowie der Judikative sind entscheidende Schritte auf dem Weg zum demokratischen Rechtsstaat.

In den Jahren bis 2010 lagen die Prioritäten von Rechtsstaat- und Justizreform in Kasachstan, Kirgisistan und Usbekistan, bedingt auch in Turkmenistan.

Zur Emanzipation der Justiz und des Rechtsstaats gehört ein robustes Gesetzeswerk, welches an internationale Menschenrechtsstandards und an die Pariser Prinzipien, an die ILO Arbeitsstandards, an die Steuergesetzgebung der EU-Staaten sowie der Prozessordnung der EU angepasst ist. Hierzu gehört auch die Entsendung von Rechts- und Verwaltungsexperten welche Fortbildungsmöglichkeiten anbieten und die Zusammenarbeit der zentralasiatischen Staaten mit der Venedigkommission koordinieren¹³³. Die Fortbildung dient der Verbesserung der Ausbildung der Sicherheitsorgane und aller im Justizsystem arbeitender Parteien, was wiederum die Effizienz und Integrität des Systems verbessert. Dadurch erhöht sich die Unabhängigkeit der Gerichte, die Unbefangenheit der Strafverfolgung und die Achtung der

130 Europäische Gemeinschaften (2003): S.8

131 Europäische Gemeinschaften (2007): S.23

132 Europäische Gemeinschaften (2007): S.24

133 Europäischer Rat (2007): S.7

Menschenrechte. Diese Zusammenhänge sollen durch Studien von Prozessanwälten, verbesserten Kapazitäten, transparenten Anhörungen, beschleunigten Gerichtsverfahren und durch Berichte von Ombudsmännern bezeugt werden¹³⁴.

Die Kontrolle des Rechtsstaates durch die Bevölkerung gestaltet sich schwer- und langwieriger, ist es doch dazu notwendig die Stärkung der Rolle der Zivilgesellschaft im Entscheidungsfindungsprozess sowohl bei eben jener noch zu prägenden Zivilgesellschaft durch eine freie Medienlandschaft und fundamentale Freiheiten zu erreichen, als auch in den Institutionen die Werte Demokratie, Rechtsstaatlichkeit, Menschenrechte und fundamentale Freiheiten¹³⁵ zu festigen, Kritikfähigkeit aufzubauen und so den Dialog zwischen privaten, öffentlichen und zivilgesellschaftlichen Akteuren zu ermöglichen. Als Indikatoren für eine positive Entwicklung dienen eine sinkende Anzahl von Berichten internationaler Organisationen und Medien über Menschenrechtsverletzungen, Fallstudien über Visibilität öffentlicher Partizipation in politischen Prozessen sowie die Reporte der EU und anderer internationaler Partner¹³⁶.

Die öffentliche Verwaltung und die Verwaltung öffentlicher Gelder war in der Periode 2007-2010 eine Aufgabe in Kasachstan, Tadjikistan und Kirgisistan. Hier galt es öffentliche Dienstleistungen für die Bevölkerung und wirtschaftliche Akteure zu verbreitern und deren Qualität zu optimieren, bei gleichzeitiger Reform der öffentlichen Finanzen¹³⁷.

Hier ist ein integriertes Verwaltungskonzept von Nöten, welches für transparente, vorhersehbare und nachvollziehbare Budgets lokaler Behörden sorgt, zu dem auch die Bekämpfung der Korruption gehört¹³⁸.

Prinzipiell werden diese Programme 2011-2013 weitergeführt, wenngleich ein verstärktes Augenmerk auf staatliche Dienstleistungen für Privatunternehmen gelegt wird. In Kasachstan liegen die Prioritäten in der Konvergenz in *de facto* allen Bereichen des wirtschaftlichen Lebens zu denen Steuern, Wettbewerb, Investitionen, Zoll, Energie, Transport, Gesundheit, Wohlfahrt, KMUs und dem Sanitärwesen, ein Weg, der bereits mit dem „Path to Europe 2009-2011“ initiiert wurde. Durch die Dezentralisierung sowohl der Justiz als auch der Verwaltung wird mehr Bürgernähe, erzielt was die Legitimität beider Institutionen fördert, und die Emanzipation der Ombudsmänner, Richter und Staatsanwälte ermöglicht. Die Standards der EU (Qualität, Effizienz, Transparenz) in den regionalen und lokalen Legislativ- und

134 Europäischer Auswärtige Dienst (2007): S.22

135 Europäische Gemeinschaften (2007): S.30

136 Europäischer Auswärtige Dienst (2007): S.22

137 Ebenda S.23

138 Europäische Gemeinschaften (2007): S.30

Verwaltungseinheiten soll durch die Umsetzung der „European Charta of local Selfgovernment“ erreicht werden.

In Kirgisistan werden Reformen im Strafvollzug und im Bewährungssystem sowie im Straf-, Zivil und Verwaltungsrecht unterstützt. Dazu gehört auch eine bessere Ausbildung von Richtern, Staatsanwälten, Beamten im Justizministerium, Bewährungshelfern und Strafvollzugsbeamten. Imperativ dazu muss eine präzisere Dokumentation legislativer Dokumente folgen. Weniger Berufungen und Urteilsannullierungen durch höhere Gerichte dienen hier der Fortschrittskontrolle.

Die extreme Leistungsschwäche der tadjikischen Wirtschaft erfordert es, die Entwicklung des Privatsektors von staatlicher Seite voranzutreiben. Dazu gehört auch eine höhere Wertschöpfung aus der landwirtschaftlichen Produktion durch die weiterverarbeitende Industrie. Dies soll neben der nationalen Lebensmittelsicherheit auch die Verdienstmöglichkeiten der ruralen Bevölkerung erhöhen. Hierfür soll die Finanzierung KMUs vereinfacht und der Aufbau von Kooperationen und die Restrukturierung bestehender Grossbetriebe ermöglicht werden. Sicherlich ist es hier ein Ziel junge Arbeitskräfte im Land zu halten anstatt diese als Wanderarbeiter und Tagelöhner in Russland beschäftigt zu sehen, welche Devisen heimschicken und somit im wirtschaftlichen Würgegriff russischer Visapolitik zu stehen.

Turkmenistan besitzt eine breite Anzahl akademischer Einrichtungen welche die administrative Elite des Landes ausbilden sollen, *inter alia* der Akademie für öffentlichen Dienst, dem Institut für Menschenrechte und Demokratie, dem Institut für Finanzen und dem Institut für internationale Beziehungen. Eine Verbesserung der öffentlichen Verwaltung soll durch die Stärkung dieser Ausbildungszentren, sowohl in der Qualität ihrer Expertise als auch in der Wahrnehmung dieser Expertise in der Öffentlichkeit und in der Politik beigetragen werden. Dennoch wird damit kaum das Hauptproblem der turkmenischen Verwaltung angegangen: die selbst im regionalen Vergleich, sehr kurze Amtszeit von Spitzenbeamten führt zu einem *Braindrain* bei den Behördenspitzen. Diese Wechsel sind bedingt durch die Angst der Staatsführung, Beamte könnten so starke eigene Klientel-Netzwerke aufbauen, so dass sie eigene machtpolitische Ambitionen entwickeln könnten. Der Energiesektor Turkmenistans muss modernisiert werden, um die langfristige und nachhaltige ökonomische und soziale Entwicklung des Landes zu ermöglichen. Dabei stehen die Effizienz des Exportes fossiler Brennstoffe und die Diversifikation des nationalen Bedarfes im Vordergrund. Der Export soll für dringend benötigte ausländische Devisen sorgen, die den Austausch von *know-*

how, den Technologietransfer für erneuerbare Energien und eine verbesserte Stromversorgung finanzieren sollen. Diese Ziele wurden im „Memorandum of Understanding in Energie“ festgehalten und dienen u.a. der Erfüllung der Kyoto- Ziele.

Usbekistan hat mit dem 2008 gegründeten „Research centre for democratization and liberalization of the judicial legislation and guaranteeing the independence of the judicial system“ einen wichtigen Schritt Richtung Rechtsstaatlichkeit getan, es bleibt abzuwarten, inwiefern diese Institution für Resultate sorgen wird. Hierbei sind internationale Helfer behilflich wie Deutschland, die OSZE, die UNODC und die Konrad Adenauer Stiftung, welche sich auf Reformen im Zivil- und Handelsrecht und der Ausbildung von Richtern in Usbekistan widmen. Neben der Dezentralisierung der politischen Macht und der Emanzipation der Justiz, welche mit den gleichen Mitteln wie in den anderen Staaten erreicht werden soll, findet spezifische Reformen im Jugendbereich Erwähnung. Zum einen geht es um die Schaffung der Funktion des Kinder- und Jugendombudsmannes, die Modernisierung des Jugendstrafvollzugs, sowie den besseren Schutz von Kinderrechten. Diese soll auch durch die Aufwertung von KMUs geschehen. Wie in den meisten westlichen Ländern üblich, soll ein neuer Mittelstand entstehen der sowohl sozial als auch ökonomisch das Land tragen soll. Um sich den Qualitätsstandards der EU anzupassen entsteht die European School of Management in Taschkent. Im politischen Bereich zählt der Beitritt zur WTO zu den nächsten Aufgaben. Insgesamt soll die landwirtschaftliche Produktion etwas weg von den gigantischen Baumwollmonokulturen und stattdessen hin zu Lebensmittelindustrie verschoben werden.

5.5 Internationale Kriminalität

Die Themenbereiche der organisierten Kriminalität, welche nur durch die verstärkte Vernetzung von Grenzschutz und nationalen wie internationalen Polizeibehörden bekämpft werden können, lassen sich in drei Kategorien einteilen: Zum einen wäre hier die geographische Rolle Zentralasiens als Drehkreuz der Heroin- und Opiatrouten aus dem goldenen Halbmond (Afghanistan, Pakistan und Iran) und dem goldenen Dreieck (Burma, Laos und Thailand) in die russischen und europäischen Absatzmärkte. Alleine aus dem goldenen Halbmond gelangen Schätzungen zufolge 100t Heroin jährlich¹³⁹ nach Russland. Hier dient der „EU-Central Asia Action Plan on Drugs“ als regionale Ausprägung der „EU

¹³⁹ Europäische Gemeinschaften (2007): S.5

Drugs Strategy 2005-2012“. Dieser Handel führt einerseits zu den Begleiterscheinungen, welche typisch für solche Drogenrouten sind, d.h. steigender Drogenkonsum, Beschaffungskriminalität, infektiöse Krankheiten wie Hepatitis und HIV/Aids etc., andererseits wollen die kriminellen Netzwerke den lukrativen Schmuggel kontrollieren und terroristische Netzwerke finanzieren ihre Aktionen dadurch. So oder so fließt ein Großteil der Erlöse in den Waffenhandel, in die sogenannte SALW Sparte (Small arms and light weapons), Infanteriebewaffnung die nach den beiden Afghanistankriegen (1979-88, 2001-2013) in der Region *en masse* vorhanden ist¹⁴⁰.

Zweitens besteht weiterhin die Gefahr der Proliferation von MVW (WMDs) aus der Region, im Sinne, dass die dafür notwendige Intelligenzija nach wie vor in der Region vorhanden ist und die wirtschaftlichen Schwierigkeiten der Region diese auch auf dem Schwarzmarkt auftauchen lässt.

Als dritter Punkt wäre das Problem der illegalen Migration, wobei die zentralasiatischen Staaten als Start -, Ziel- und Transländer dienen. Der illegalen Wirtschaftmigration (inklusive des organisierten Schleppertums und Menschenhandels) aus Usbekistan, Kirgisistan und Tadjikistan Richtung Russland wird sich nur mit den schon erwähnten Maßnahmen, welche die Wirtschaft der Region kräftigen sollen, nicht eindämmen lassen. Zentralasien als Zielregion für die muslimischen Minderheiten Russlands und Chinas, d.h. Tschetschenen und Uiguren sowie für ethnische Flüchtlinge (z.B. Usbeken) und Kriegsflüchtlinge aus Afghanistan, wird nur dann uninteressanter werden, wenn die politischen sowie sozialen Bedingungen in den Emigrationsstaaten eine lebenswürdige Existenz erlauben. Dennoch gilt es in den zentralasiatischen die vorherrschen Politiken, die die Integration von Migranten in die Gesellschaft verhindern; so ist z.B. der Status des politischen Flüchtlings oder Arbeits- und Aufenthaltsgenehmigungen schwer zu erlangen¹⁴¹, zu beseitigen.

Mit diesen drei Waren – Drogen, Waffen, Menschen – gehen auch die klassischen illegalen Geldflüsse einher welche die schwachen staatlichen Strukturen weiter untergraben.

140 Europäischer Rat (2007): S.14

141 Europäischer Auswärtige Dienst (2007): S.14

5.6 Konfliktprävention

Moderne europäische Konfliktprävention besteht nicht aus der direkten militärischen Intervention, sondern stellt die Dividende aus den in den vorherig beschriebenen Anstrengungen in den Bereichen Demokratie und verantwortungsvolle Staatsführung, Menschenrechte, regionale Kooperation und der Bekämpfung der international organisierten Kriminalität dar. So wird das Vokabel „Konfliktprävention“ in der Strategie für eine neue Partnerschaft nur zweimal erwähnt, obwohl die Region im vergangenen Vierteljahrhundert Schauplatz etlicher politisch, ethnisch, ökonomisch und religiös motivierter Gewalt wurde.

Den blutigsten Konflikt Zentralasiens stellt dabei der Bürgerkrieg in Tadjikistan, welcher von 1992 bis 1996 wütete und erst nach dem militärischen Eingreifen und der politischen Vermittlung Russlands beendet werden konnte, dar. Das Resultat des Friedensprozesses war die erste pluralistische Demokratie der Region, welche auch eine islamistische Partei am demokratischen Prozess teilhaben ließ, nach wie vor ein *unicum* in Zentralasien.

Das Ferghanatal, welches sich über das Grenzgebiet zwischen Usbekistan, Kirgisistan und Tadjikistan erstreckt, wird auch das Herz Zentralasiens genannt. Dieses Prädikat verdiente sich das Tal als islamisches Zentrum vergangener Tage (insbesondere in den Städten Kokand, Samarkand und Bucharä), als Baumwollzentrum (sowohl unter sowjetischer Herrschaft als auch seit der Unabhängigkeit werden auf etwa 50% der landwirtschaftlich genutzten Fläche Baumwolle, teils auch durch Zwangsarbeit, angebaut) und als demographisches Zentrum (etwa 11,3 Mio. Menschen, d.h. ein Sechstel aller Zentralasiaten leben im Tal welches aber nur 3% der Landfläche Zentralasiens ausmacht und dies bei einer Bevölkerungsdichte von 91 Einwohnern/km²; die fünf Republiken als Ganzes haben eine Bevölkerungsdichte von 15 Einwohnern/km²).

Folgende Tabelle verdeutlicht die relative Wichtigkeit des Ferghanatals in sozioökonomischen Faktoren für die einzelnen Staaten¹⁴².

142 Lubin/ Nunn/ Rubin (1999): S.34
72

Tabelle 6: Sozioökonomische Daten des Ferghanatals in % im Verhältnis zum Gesamtstaat

	Kirgisistan	Tadjikistan	Usbekistan
% der Landmasse	40%	20%	4%
% der Bevölkerung	51%	30%	27%
% des agrarökonomisch genutzten Bodens	50%	70%	35%
% des erwirtschafteten BIP	40%	65%	25%

Das Ferghanatal erstreckt sich über eine Breite von 20-70 km und eine Länge von 300 km. Es wird im Norden vom kirgisischen Chatkal-Gebirge, Ferghana im Nordosten, den Kämmen des Alai und Turkestan-Gebirges und dem tadjikischen Zarafshan im Süden von drei Seiten umringt. Viele der Pässe sind nur im Sommer überwindbar, was die Abgeschlossenheit des Tals erklärt. Dort wo keine natürlichen Grenzen das Tal von der Außenwelt absperren, zerteilen die weiterhin bestehenden Grenzen der sowjetischen Machthaber arbiträr eine über Jahrhunderte gewachsene multikulturelle Gemeinschaft. Die Schikane an den Grenzübergängen (Wartezeiten, Korruption und Einreisebeschränkungen) und undurchsichtige Geldwechselkurse erschweren einen einst blühenden und interdependenten Handel und die persönliche Bewegungsfreiheit der Bevölkerung. Diese Schwierigkeiten manifestieren sich besonders für die zahlreichen ethnischen Enklaven, welche sich beim Zusammenbruch der SU gebildet haben. Umgeben von usbekischem Gebiet ist dies das Dorf Barak (etwa 600 Einwohner, Kirgisen) und in Kirgisistan sind die größten die Ortschaft So'x (50.000 Einwohner, 99% Tadjiken), Shohimardon (5.000 Einwohner, 90% Usbeken) sowie die 17 Dörfer im Gebiet Vorukh deren 25.000 Einwohner zu 95% aus Tadjiken besteht. Der Zutritt in diese Enklaven erfordert die Ausstellung eines Visa für Ausländer.

In diesem Kapitel wollen wir uns den Konflikten und Konfliktursachen des Ferghanatals widmen, welche zwischen 1989 und 2011 in etwa 25 Fällen auch Todesopfer forderten¹⁴³. Diese Region, welche sich über Kirgisistan, Tadjikistan und Usbekistan erstreckt, stellt die politisch volatilste Region Zentralasiens dar und bietet besondere sicherheitspolitische Herausforderungen. Wir wollen an einer Auswahl von Fallbeispielen sehen, wie teils triviale

143 Beshimov/Shozimov/Bakhadyrov (2011): S.224

Gründe zu Triggerfaktoren massiver Gewaltausbrüche werden können, welche sich entlang ethnischer, ökonomischer und religiöser Trennlinien zu entladen vermögen¹⁴⁴. Die Identität eines geeinten Ferghanatals wurde Großteils durch eine nationalistisch geprägte Zersplitterung ersetzt wenn ökonomische Unter- und Fehlentwicklungen politisch thematisiert werden. Aus diesem Grund wird vornehmlich die ökonomische Situation des Tals untersucht, um die Ursachen der Gewalt zu identifizieren.

Lange Zeit stellte das Ferghanatal das Zentrum des Islam in Zentralasien dar, eine reiche hanafitische Tradition hielt im abgelegenen Ferghanatal auch den Säkularisierungsversuchen der Sowjetunion stand. Mit dem islamischen Widerstand in Afghanistan gegen die UdSSR, hielt in den 1970ern der Salafismus auch in Zentralasien Einstand. Seitdem hat sich diese Konfession als religiöse Alternativbewegung zum säkularen Staat zu etablieren versucht, leider zumeist in Form terroristischer Vereinigungen. Auch dieses Konfliktpotential wird näherer Betrachtung herangezogen.

In einem Referendum von 1991 befürworteten 94% der Usbeken, 95% der Kirgisen, 96% der Tadjikien und 70% der Turkmenen einen Verbleib in der UdSSR¹⁴⁵. Insbesondere den Bewohner des Ferghanatals erschien das nationalstaatliche Konzept völlig unnütz. Zwar waren sich die unterschiedlichen Ethnien ihrer Unterschiede bewusst, doch stellten diese keinen Grund für politische oder soziale Spannungen dar. Interethnische Ehen und ökonomische Kooperation waren bis zur Unabhängigkeit der Staaten der Normalzustand. Dies änderte sich schlagartig als auf ethnischer Basis die Grenzen gezogen wurden, „as new states, the three countries of the Ferghana Valley were swept up in issues of ethnic identity in a monoethnic society, a notion that was not only alien to their heritage but already an obsolete prototype“¹⁴⁶. Während die globale politische Vernetzung immer weiter zunahm, wurde im Ferghanatal das Gegenteil erarbeitet, sowohl im administrativen Bereich als auch im ökonomischen, da es so aufgeteilt wurde, dass Usbekistan die landwirtschaftlich nutzbare Fläche, Kirgisistan das hydroelektrische Potential und Tadjikistan die Verkehrswege in das sehr schwer zugängliche Tal kontrolliert¹⁴⁷. Der politische Wandel, welcher sich bereits 1989 abzeichnete, führte zu den ersten Ausbrüchen ethisch ausgetragener, doch ökonomisch motivierter Gewalt.

Im Juni 1989 vandalisierte ein Mitglied der türkischen Minderheit der Meschteken in Kuvasi,

144 Starr (2011): S.393

145 Beshimov/Shozimov/Bakhadyrov (2011): S.205

146 Ebenda S.206

147 Bobokulov (2011): S.373

Usbekistan den Marktstand einer Usbekin, angeblich wegen ihrer hohen Erdbeerpreise. Daraufhin folgten Pogrome gegen Meschteken in Ferghana, Namangan, Kokand und Marghilan. Die zweiwöchige Gewalt endete mit der vollständigen Vertreibung der Meschteken aus der Region. Die Ursache für diesen Gewaltausbruch war die ökonomische Disparität zwischen den relativ wohlhabenden Meschteken und den unterprivilegierten Usbeken in Ferghana. Viele der in die Gewalt verstrickten Usbeken waren der tiefen Überzeugung, dass die Vertreibung der Meschteken die unvermeidliche Verbesserung der sozioökonomischen Umstände für die eigene Ethnie nach sich ziehen würde¹⁴⁸.

In der kirgisischen Stadt Osch stand neben der Verteilung von Land die Frage der politischen Repräsentation im Zentrum der gewalttätigen Auseinandersetzungen zwischen Kirgisen und Usbeken. Obwohl 40% der Bevölkerung Oschs und 25% der Region um Osch aus Usbeken bestand, so stellten sie nur 4% der ersten und zweiten Parteisekretäre und 11% der Bürgermeister. Im Frühjahr 1990 bildete sich die säkulare Gruppe Adolat (usbekisch für „Gerechtigkeit“, nicht zu verwechseln mit der usbekischen, islamistischen Gruppe gleichen Namens) mit dem Ziel die usbekische Sprache und Kultur zu fördern. Als die Zukunft der Ländereien einer usbekischen Kolchase diskutiert wurden, besetzte neben Adolat die kirgisisch-nationalistische Gruppe Aymaghi mit dem Kampfspruch „Land und Wohnungen“ das Land. Beide Gruppierungen wollten das gesamte Land für die eigene Ethnie in Anspruch nehmen. Nachdem die Autoritäten einen Kompromissvorschlag präsentierten, kam es zu gewalttätigen Auseinandersetzung während welchen 200-500 Kirgisen und Usbeken ums Leben kamen. Augenzeugenberichten zufolge nahm der Konflikt eine äußerst morbide Form an, so wurden Leichen, welche in den Straßen lagen, mit den Schildern „usbekisches Fleisch – Gratis“ dekoriert. Erst das Eingreifen der Roten Armee und geistlicher Führer konnte der Gewalt Einhalt gebieten.

Doch nicht immer wirkte die Einmischung geistlicher Führer in die Politik beschwichtigend. Im Dezember 1991 besetzte die islamistische Gruppierung Adolat (Gerechtigkeit) unter ihrem Anführer Tohirjon Yuldaschew, einem 24-jährigen Universitätsabbrecher, das regionale Büro der kommunistischen Partei in Namangan, Usbekistan, um gegen die Unterstützung geistlicher Führer für Präsident Karimov zu protestieren¹⁴⁹. Im Verlauf der folgenden zwei Monate etablierten die angeblichen 50.000 Adolatanhänger (einige Quellen sprechen von wenigen Hundertschaften) die Selbstverwaltung bevor staatliche Sicherheitskräfte im Februar

148 Lubin/Nunn/Rubin (1999):S.46

149 Ebenda S.48

1992 einschritten¹⁵⁰, die Bewegung auflösten und 71 Anführer verhafteten. Augenzeugen berichteten dass während der Herrschaft der Adolat die Sicherheitslage in Namangan außergewöhnlich gut gewesen sei.

Dieser Protest hielt Karimov jedoch nicht davon ab, den Glauben an den Islam neben der Verehrung nationalistischer Symbole zur Legitimation seines Machtapparates und Erscheinungsbildes zu nutzen. Karimov hielt bei seiner Vereidigung 1991 die Verfassung in der einen, den Koran in der anderen Hand, 1992 beteiligte er sich an der Hadj. Moscheen, Koranschulen und Sakralbauten werden vor allem in Buchara und Samarkand, den intellektuellen, religiösen und spirituellen Zentren des Spätmittelalters in der Region, aufwendig restauriert. Die Akteure und Inhalte werden strengstens vom staatlich kontrollierten Muftiyat, der höchsten religiösen Instanz im usbekischen Sunnismus diktiert. Nur die Lehren des offiziellen staatlichen Islam werden toleriert, was jedoch nicht bedeutet, dass die Repressionen die Bildung unabhängiger Gruppen verhindern können. Daneben wird aber auch revisionistische Geschichtsschreibung betrieben um mächtige nationalistische Symbole zu erschaffen. So werden die mongolischen Reiternomaden und Eroberer Timur (1336-1405) und sein Enkel Ulugh Bek (1394-1449) zu usbekischen Nationalhelden stilisiert und erscheinen als Wandgemälde in U-Bahnstationen, als Statuen und auf Geldscheinen¹⁵¹.

Nachdem der tadjikische Teil des Ferghanatal weitestgehend von den militärischen Operationen des Bürgerkrieges verschont blieb, wurden ausgerechnet die in den Friedensverhandlungen erreichten Kompromisse zur Ursache gewaltvollen Ressentiment. Von 1943 bis 1996 wurde die tadjikische Führung von Nordtadjiken dominiert, nach der Bildung der Einheitsregierung wurde das bevölkerungsreiche Südtadjikistan federführend. Im Mai 1996 entflammten in den Städten Khujand und Ura-Teppe Proteste gegen die politischen Führer, welche durch die Zentralregierung einberufen wurden. Der Polizeieinsatz zur Beendigung der Unruhen forderte fünf Todesopfer, unzählige Verletzte und 500 Verhaftungen. Yuldaschew floh nach der Niederschlagung Adolats 1992 nach Tadjikistan und engagierte sich im dortigen Bürgerkrieg. Nach dessen Ende war er im Drogenhandel aktiv bevor er 1998 zusammen mit dem wahabitischen Prediger Namangani die IMU (Islamic Movement of Uzbekistan) gründete. Ihr erklärtes Ziel war die Vernichtung des usbekischen Staatsapparates, weshalb sie mit den Bombenanschlägen in Taschkent von 1999 in Verbindung gebracht werden. Ihre Operationsbasis verblieb jedoch in Tadjikistan, von wo sie jeweils im Sommer

150 Stein (2012): S.30

151 Kurzman (1999): S.82

1999 und 2000 Angriffe in der Provinz Bakten im kirgisischen Teil des Ferghanatals verübte. Seitdem konzentriert sich die Gruppe jedoch auf Aktivitäten in Afghanistan und in der pakistanischen Provinz Waziristan¹⁵².

Neben der IMU und der Hizb-ut-Tahrir sieht die usbekische Führung die Gruppe Akromiya als stabilitätsgefährdende Organisation. 2005 wurden in Andischan im usbekischen Teil des Ferghanatals 23 Geschäftsleute¹⁵³ wegen ihrer angeblichen Mitgliedschaft in dieser Organisation verurteilt. Nach Protesten gegen die Urteile griffen am 12. Mai 2005 bewaffnete Protestierende die Sicherheitstruppen des Innenministeriums in Andischan an, töteten dabei zwei Sicherheitskräfte und stürmten mit den erbeuteten Waffen das Gefängnis in welchem die Verurteilten ihre Strafe verbüßten. Insgesamt konnten 500 von 700 Insassen fliehen, ein Teil von ihnen besetzte daraufhin die Gebäude der Lokalverwaltung. Es folgten Proteste welche die Abdankung des Präsidenten und der Regierung forderten. Karimow reiste persönlich nach Andischan um die Verhandlung zwischen dem damaligen Verteidigungsminister Almatow und dem Provinzgouverneur Begaliew mit den Aufständischen zu beaufsichtigen. Während der Gespräche kam es in der nervösen Atmosphäre zu weiteren Protesten auf dem Babur-Platz und zu mehreren Schusswechseln. Nachdem sich die Regierung weigerte, die Forderungen der Rebellen zu erfüllen, die angeblichen Akromyat-Mitglieder freizulassen beschloss man die besetzten Gebäude gewaltsam zu stürmen, woraufhin die Aufständischen versuchten aus der Stadt zu flüchten. Bei der Erstürmung starben laut offiziellen Angaben 170 der protestierenden Zivilisten, da diese von den Sicherheitskräften des Innenministeriums und des Geheimdienstes als islamistischer, menschlicher Schutzschild klassifiziert wurden. Eine alternative Interpretation sieht die Geschäftsleute an der Spitze einer möglichen „farbigen Revolution“¹⁵⁴.

Nachdem die Polizei das traditionelle Fest zum Ende des Ramadan aus Furcht vor Ausschreitungen verboten hat, wurde die kirgisische Stadt Nookat im Oktober 2008 von einer Protestwelle erfasst. Innerhalb einer Woche verhafteten die Sicherheitskräfte 32 angebliche Hizb-ut-Tahrir Mitglieder, welche innerhalb eines Monats zu neun- bis zwanzig-jährigen Haftstrafen verurteilt wurden. Diese Strafen wurden innerhalb kürzester Zeit auf zwei bis fünf Jahre verkürzt und deuten somit auf politisch motivierte Verhaftungen hin¹⁵⁵. Den Verwandten der Verurteilten wurden von Mitarbeitern des staatlichen Sicherheitskomitees (dem

152 Stein (2012): S.31

153 OSCE/ODIHR (2005): S. 9ff

154 Burnashev/Chernykh (2007): S.69

155 Drucker (2009): S.2

tadjikischen Inlandsgeheimdienst) ans Herz gelegt, auch die Mitgliedschaft bei der Hizb-ut-Tahrir zuzugeben und ein Gnadengesuch an Präsident Bakijev zu richten¹⁵⁶. Am 26. April 2009 wurde den Verurteilten eine Amnestie gewährt, drei Wochen später kamen die ersten zehn Gefangenen frei. Da von den 32 Verurteilten 29 Usbeken und nur drei Kirgisen waren liegt der Verdacht nahe, dass durch die Aktion der usbekische Teil der Bevölkerung Kirgisistans hat eingeschüchtert werden sollen.

Am 10. Juni 2010 entfachte ein Konflikt zwischen kirgisischen und usbekischen Jugendlichen bei einem Kasino gewalttätige Auseinandersetzungen zwischen Usbeken und Kirgisen in Osch und Jalalabad im südlichen Kirgisistan. Die Unruhen dauerten bis zum 16. Juni und bestanden aus Gewaltverbrechen wie Mord und Vergewaltigungen sowie Plünderungen und Diebstahl. Zehntausende usbekische Flüchtlinge flohen über die Grenze nach Usbekistan, was die usbekische Führung dazu verleitete die Grenzen zu schließen, da sie sich nicht fähig sah weitere Flüchtlinge aufzunehmen. Die offizielle Zahl der Toten liegt bei 400 wobei einige Schätzungen diese Zahl verdoppeln¹⁵⁷.

Wir sehen also, dass eine aktive Konfliktprävention in der internationalen Region von absoluter Unabdingbarkeit ist. Die sozialen, politischen und ökonomischen Probleme werden in Gewalt und nicht im Dialog und in Reformen aufgelöst.

Das Ferghanatal steht in der zentralasiatischen Machtstruktur derart an der Peripherie, dass es im tadjikischen Bürgerkrieg keinen Schauplatz für Kampfhandlungen darstellte, und dennoch erschütterten mehr als 25 größere gewalttätige Unruhen das Tal seit der zentralasiatischen Unabhängigkeit. Einige dieser Konflikte wurden hier als Beispiele für die Verquickung zwischen der sozioökonomischen Realität, nationaler und religiöser Identität und einem schwachen Staat, dessen Hauptaugenmerk auf dem Machterhalt liegt und ihre blutige Auflösung erläutert um einen Überblick über die Spannungsfelder im Ferghanatal zu bieten, da diese sowohl als Einzelszenarios humanitäre Tragödien bilden aber auch in einer bürgerkriegsähnlichen Situation enden können.

Diese Konflikte werden dabei zumeist entlang ethnischer Grenzen ausgefochten, eine Entwicklung, welche erst durch die stalinistische Nationenschaffung geschaffen wurde, und dies mit der vollen Absicht die Solidarität unter den Völkern Zentralasiens zu schwächen und somit eine Emanzipation der Völker von der Zentralmacht Moskaus zu unterbinden. Zuvor spielten Ethnizität und Sprachgebrauch kaum eine politische Rolle. Die Bewohner und

156 Ferghana.ru (2009)

157 Stein (2012): S.50

Administration waren bi- oder trilingual und interethnische Eheschließungen keine Seltenheit. Dynastie, Klan, Religion und Territorium waren die Streitpunkte. Land und der Zugang zu sozialen und ökonomischen Ressourcen bilden weiterhin den Kern der modernen Konflikte, doch die Wahrnehmung des politischen Gegners verschwimmt unter dem diffusen Schleier plumper Xenophobie.

In den ersten zwei Dekaden ihrer Unabhängigkeit haben die zentralasiatischen Republiken erhebliche menschliche und materielle Ressourcen aufgewendet, um den Machterhalt der Regime und die Staatssicherheit zu gewähren. Dabei wird der Fokus immer stärker auf die tatsächliche oder möglicherweise nur wahrgenommene Bedrohung, welche vom islamistischen Terrorismus und Extremismus ausgeht, gesetzt¹⁵⁸.

Die im Ferghanatal beheimatete IMU und Hizb-ut-Tahrir versuchen mit unterschiedlichen Mitteln die Staatsmacht in Frage zu stellen und präsentieren den islamischen Staat als lebensfähige Alternative. Sowohl politisch als auch militärisch wurden diese Optionen auch bereits unter Beweis gestellt. Dabei lässt sich die Rolle, welche eine Organisation in der Gesellschaft spielt aus unterschiedlichen Perspektiven betrachten: die Organisationen sehen sich zumeist als legitime politische Akteure, die Staatsmacht erkennt in ihnen einen Staatsfeind, die Frage nach der Sichtweise der lokal betroffenen Zivilbevölkerung ist die bedeutendste Unbekannte.

Die Legislative bietet das direkteste Sichtfenster auf die unterschiedlichen Perspektiven. So ist eine „vorsätzliche Handlung“ laut dem europäischen Rahmenbeschluss zur Bekämpfung von Terrorismus nur dann ein terroristischer Akt, wenn sie in „einzelstaatlichen Rechtsvorschriften als Straftaten“ definiert ist und „durch die Art ihrer Begehung oder den jeweiligen Kontext ein Land oder eine internationale Organisation ernsthaft schädigen“¹⁵⁹ kann. In Usbekistan wurde 2000 im Terrorismusgesetz Terrorismus hingegen als jegliches „socially dangerous wrong doing“¹⁶⁰ beschreiben. So werden Verstöße gegen Artikel 229 § 2, welcher religiöse Unterrichtung ohne theologisches Diplom und staatliche Genehmigung untersagt, und gegen Artikel 244 § 1, welcher „publishing, storing and distributing materials containing ideas of religious extremism and fundamentalism“¹⁶¹ verbietet, als terroristische Akte gehandhabt. Dabei bleibt es juristische Interpretationsangelegenheit wie die Begriffe Extremismus und Fundamentalismus ausgelegt werden, was seit der Einführung des Artikels

158 Horsman (2005): S.199

159 Rat der Europäischen Union (2002): Artikel 1

160 Horsman (2005): S.201

161 International League for Human Rights (2005): S.6

1999 zu tausenden Verurteilungen führte.

Der moderne Kampf islamisch ideologierter Zentralasiaten gegen säkulare nationalstaatliche Kräfte reicht bis in die 1920er Jahre zurück, in denen die Basmachi-Bewegung die Verstaatlichung religiösen Eigentums durch die Bolschewiken zu verhindern versuchte. Den Enteignungen von Moscheen, Maktab und Madrasahs (Grund- und höhere, Moscheen zugehörige Schulen) wurde mehr Gegenwehr entgegen gesetzt als der Diskreditierung religiöser Führer, deren hohe soziale Stellung sie in der Bevölkerung unbeliebt machte. Die kommunistische Losung, dass Religion „von den herrschenden Klassen [...] in der Klassengesellschaft ideell wie institutionell der Festigung ihrer Macht und der Lähmung der revolutionären Aktivität der unterdrückten Volksmassen dienstbar gemacht“¹⁶² wurde fand in der Bevölkerung breite Zustimmung im Kontext der strengen Hierarchien des traditionellen Islam in Zentralasien.

In den späten 1970er Jahren traten Prediger auf die Bühne, welche in Gästezimmern (arab. Hujra) im Ferghanatal durch arabische Geistliche mit der salafistischen Ausprägung des Islam in Berührung gekommen sind. Diese Auslegung lehnt Innovationen (bid'a) und den Einfluss Nichtgläubiger im Islam ab und stand somit dem zentralasiatischen Hanafismus, welcher etliche animistische und schamanistische Elemente einschließt, gegenüber. Die salafistischen Reformer wurden Wahabiten getauft, was so viel wie „für den politischen Islam Kämpfer der“¹⁶³ bedeutet.

Während die Traditionalisten gelernt hatten, sich mit kommunistischen und atheistischen politischen Strukturen zu arrangieren, lehnten die wahabitischen Theologen unislamische Autorität kategorisch ab. Wichtige symbolische Unterstützung erfuhren die Reformer durch die islamische Revolution im Iran 1979 und im Widerstand der Mudschahedin in Afghanistan ab 1980, wobei bei Zweiterem ein nicht unbedeutender Teil der Kämpfer und Kommandanten aus ethnischen Usbeken, Kirgisen und Tadjiken bestand.

Das größte Problem für die Wahabiten stellte der Mangel an fachlich ausgebildeten Theologen dar. Während die erste Generation in bedeutenden islamischen Zentren im nahen und mittleren Osten fundierte Koran- und Schariakenntnisse erwarb, wurden ab Mitte der 1970er mangels Kommunikationskanäle vornehmlich Audio- und Videoaufnahmen ausländischer Wahabiten zu Schulungszwecken genutzt. Dadurch wurde die Ideologie zunehmend von analphabetischen und bildungsfernen Teilen der Bevölkerung rezipiert. Somit wurde eine

162 Buhr/Klaus (1972): Stichwort Religion

163 Lubin/ Nunn/ Rubin (1999): S.307

Transition vom Wissen über den Islam zur Emotionalisierung des Islam initialisiert¹⁶⁴. Dies führte zu zahlreichen gewalttätigen Auseinandersetzungen in Namangan und Kokand, den religiösen Zentren des Ferghanatals. In den 1980er und 1990er Jahren waren die Familienmitglieder hanafitischer Imame besonders von Entführungen bedroht. Nicht selten endeten diese tödlich.

Diese Gewalt muss aber in den allgemeinen gesellschaftlichen Wirren der spätsowjetischen und frühen postsowjetischen Periode betrachtet werden. Die ökonomischen und sozialen Turbulenzen im Heckwasser des Zusammenbruchs der Sowjetunion führten zu einem Anstieg der organisierten Kriminalität, welche makroökonomische Dimensionen annahm. Kriminelle Gruppierungen erpressten unter dem Schutzmantel eines korrupten Polizeiapparates bis zu 30% der Einnahmen klein- und mittelständischer Betriebe. Dagegen stemmten sich einige islamistische Gruppen wie die Adolat, Islom militsiyasi (Islamische Miliz) und Islom Lashkarlari (Islamische Krieger).

In diese Umgebung wurde 1989 von Abdurashid Kosimov im usbekischen Andischan die erste zentralasiatische Zelle der Hizb-ut-Tahrir (HuT) gegründet. Kasimov lernte die 1952/53 in Palästina entstandene Gruppe bei einer Hadsch kennen. Die Hizb-ut-Tahrir al-Islami kämpfte zu Beginn ihrer Geschichte gegen den israelischen Staat, doch der Mangel an Solidarität der muslimischen Weltbevölkerung radikalisierte die Mitglieder und weitete das Feindbild von Juden und Christen auch auf Amerikaner, Imperialisten, Kommunisten, Polytheisten, kurz alles unislamische aus. Somit wurde „the only salvation for Muslims [...] to restore the caliphate as a religious and political entity“¹⁶⁵. Dementsprechend wurden auch die Regierungen der unabhängigen Republiken als die Henker von Juden und Kommunisten betitelt. Zunächst war die HuT nur im usbekischen Teil des Ferghanatals und in Taschkent mit der Taktik der „peaceful propaganda, the penetration into civil society, the 'fixing' of the political consciousness of Muslims, and the creation of conditions under which Muslims will be ready to transfer power to the caliphate“¹⁶⁶ aktiv, doch die restriktive Gesetzeslage in Usbekistan war mitunter ein Grund zur Ausbreitung in ganz Zentralasien.

Der Weg in die usbekischen Enklaven im kirgisischen Teil des Ferghanatals war der erste Schritt, die HuT versuchte die Auslandsusbeken für die Opposition gegen Präsident Karimov zu gewinnen. Die Organisation erkannte jedoch alsbald, dass weder der kirgisische Staat, noch die Institutionen des kirgisischen Steppenislam die Nöte der Bevölkerung ansprechen konnten

164 Lubin/ Nunn/ Rubin (1999): S.310

165 Ebenda S.328

166 Ebenda S.328

und weitete die Kalifatsidee sukzessive auf Kirgisistan, Tadjikistan und Kasachstan aus. Im Zuge der Rekrutierung kirgisischer Geschäftsleute zu ihrer Finanzierung, erstarkte auch die gemäßigte politische Linie innerhalb der HuT. Aktivisten dieser unterstützten bei der vorgezogenen Präsidentenwahl 2005 den Ombudsmann und Prediger Tursunbay Bakir Uluu. Islamistische Opposition hat sich in den vergangenen Jahren als einzig relevante organisierte Regimealternative in der Region etabliert und geht den Weg von militärischen Militantismus zur politischen Fraktion. Ob und wie diese Entwicklung tatsächlich Reformen anstreben kann und ob diese friedlich vonstattengehen kann bleibt abzuwarten.

6 Länderanalyse

Als nächstes soll hier die allgemeine politische Situation in den einzelnen zentralasiatischen Situationen betrachtet werden um die Strategie für eine neue Partnerschaft in den jeweiligen nationalen Kontext bringen zu können.

6.1 Die politische Situation Kasachstans

In den 20 Jahren zentralasiatischer Unabhängigkeit, hat sich Kasachstan aus drei Gründen zum erfolgreichsten Akteur der Region aufgeschwungen. Diese Gründe sind a) die Konsolidierung einer ethnisch gespaltenen Gesellschaft zu einem kasachischen Volk b) die steigenden Einnahmen aus dem Erdölexport finanzieren die Reformen des Sozialsystems c) die Wandlung des sowjetisch geprägten neopatrimonialen Staates in einen bürokratischen Entwicklungsstaat¹⁶⁷.

Vor dem 2. Weltkrieg lebten 2 Mio. Russen in Kasachstan, heute sind es etwa 6 Mio.¹⁶⁸. Auch Deutsche stellten einen nicht unbeträchtlichen Anteil der kasachischen Bevölkerung dar, nachdem diese aus der deutschen Wolgarepublik unter Stalin nach Zentralasien (zwangs)umgesiedelt wurden, diese sind aber zumeist nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion nach Deutschland rückgewandert. Insgesamt hat Präsident Nursultan Nasarbajew, seit 1989 an der Spitze der kommunistischen Partei Kasachstans, seit 1990

¹⁶⁷ Geiß (2007): S.155

¹⁶⁸ Lubin/ Nunn/ Rubin (1999): S.89

Präsident der Unionsrepublik und seit der Unabhängigkeit Präsident des unabhängigen Kasachstans, es geschafft, die Differenzen zwischen Kasachen und Russen (welche 2012 24% der Bevölkerung ausmachten) und zwischen Muslimen und russisch-orthodoxen Christen (70% bzw. 26% der Bevölkerung)¹⁶⁹ aus der Politik größtenteils fern zu halten und alle Bevölkerungsgruppen in ein gemeinsames, kasachisches Projekt der Nationenbildung zu integrieren. Somit blieben innenpolitische Konflikte, aber auch Konflikte mit Russland, welches sich als „Schutzmacht der Russen im nahen Ausland“ (und dies im Sommer 2008 in Georgien unter Beweis gestellt hat), aus und „Kasachstan etablierte sich als nachsowjetischer Nationalstaat letztlich besser als ethnisch homogenere Nachbarn in Zentralasien“¹⁷⁰.

Der Ölsektor ist der strategisch wichtigste Wirtschaftszweig Kasachstans und ist erwirtschaftet seit 2000 37% des BIP, die Erlöse aus dem Öl- und Gasgeschäft machen seit 2004 65%-85% der staatlichen Einnahmen aus. Um dieses Niveau nicht durch zu viele ausländische Investitionen zu gefährden, fallen seit 2005 mindestens 50% an allen Projekten dem staatlichen Kasmaunaigaz Konzern zu. Diese Massnahme kann auch als Reaktion auf die chinesischen Engagements in Kasachstan gesehen werden, welche seit 1997 in großem Stil aktiv sind und auf die Übernahme der kanadischen Petrokasachstan, welche 12% an der kasachischen Ölproduktion hält, durch den chinesischen Staatskonzern CNPC im August 2005¹⁷¹.

Präsident Nasarbajew sieht, obwohl seine eigene, mittlerweile schon zwanzigjährige, Präsidentschaft einige neopatrimoniale Züge trägt, im Klientelismus und in der mangelnden Professionalität des Sowjetsystems die Hauptgründe für die Korruptionsanfälligkeit der Verwaltung. „Durch diesen Klientelismus wurden – wie es auch verdeckt zu Sowjetzeiten geschah – nachgeordnete Dienststellen mit Vertrauensleuten besetzt. Dadurch orientierten sich Beamte weniger am Gesetz, sondern vielmehr an den Anweisungen ihrer Vorgesetzten“¹⁷². Diese Praktiken wurden mit der 1997 initiierten Verwaltungsreformen erfolgreich behindert, was sich „auch in der Ankurbelung und im Umbau des Sozialsystems bemerkbar“¹⁷³ gemacht hat.

Seine persönliche Macht hat Nasarbajew jedoch im Laufe seiner Herrschaft stetig erweitert. 1995 hat er auf Grund einer Verfassungskrise das Parlament aufgelöst, seine Amtszeit um weitere fünf Jahre verlängert und seine Machtbefugnisse erheblich gesteigert.

169 CIA Factbook 2012

170 Halbach (2007): S.89

171 Westphal (2007) S.467f

172 Geiß (2007): S.166

173 Ebenda S.165

Die Wiederwahl Nasarbajews 2000 und 2005 war eine reine Formalität, die Regierung hat ihre Kontrolle über unabhängige Medien verschärft und die politische Opposition damit geschwächt, so dass sich keine der populären Oppositionsparteien für Wahlen registrieren konnte¹⁷⁴. Seit 2001 ist auch die Internetzensur ein Instrument des Machterhalts Nasabajews. Das Gesetz sieht vor, dass alle Webseiten bei einer Regierungsagentur gemeldet werden müssen und diese bei kritischen Inhalten ohne Vorwarnung abgeschaltet oder der Zugang zu diesen erschwert werden kann¹⁷⁵.

Auch „die Aufhebung der verfassungsmäßigen Begrenzung ihrer Amtszeiten, wie sie das kasachische Parlament Ende Mai 2007 mit einem Verfassungszusatz vorgeschlagen hat, ist eines der Wege zur «Verewigung » der Macht. Das gilt für eine auf Lebenszeit verfügte Amtszeit gleichermaßen. Nachfolgeregelungen dienen in der Regel dem weiteren Verbleiben der Familie im Amt“¹⁷⁶.

Diese ambivalente Strategie, Liberalisierung und Modernisierung einerseits, Stabilität und Machterhalt andererseits sowie die Energieträgereinnahmen haben Kasachstan zur politischen Nummer eins in der Region gemacht, was insbesondere dem bevölkerungsreichsten und militärisch stärksten Staat in der Region, Usbekistan, missfällt. Nach dem Krieg in Georgien 2008 schauten die zentralasiatischen Staaten nach Kasachstan um dem Druck aus Moskau zu widerstehen, die Regionen Abchasien und Südossetien als souveräne Staaten anzuerkennen. Dies hängt möglicherweise auch mit der Präsidentialorder Nr. 653 vom 29.8.2008 „Der Weg nach Europa“ zusammen. Kasachstan will demnach eine strategische Partnerschaft mit den führenden europäischen Nationen eingehen, dies u.a. auf den Gebieten Transport, Energie, Bildung, Rechtsstaatlichkeit und Zivilgesellschaft¹⁷⁷.

Kasachstan ist und bleibt das „europäischste“ unter den zentralasiatischen Ländern, die führende politische und ökonomische Macht und somit auch der Hauptansprechpartner für ein EU-Engagement in Zentralasien. Der kasachische OSZE Vorsitz im Jahr 2010 ist ein Fingerzeig in diese Richtung, auch wenn die EU noch auf weitere Reformen „insbesondere hinsichtlich der Menschenrechte, der Versammlungsfreiheit, der Rolle der Zivilgesellschaft und der NRO sowie der Situation der politischen Opposition und der Medienfreiheit“¹⁷⁸ hofft.

174 Human Rights Watch (2007): S.7

175 Toraliev (2009): S.3

176 Kraa (2007): S.21

177 Boonstra/Melvin (2008): S.6

178 Europäische Gemeinschaften (2008): S.83

6.2 Die politische Situation Kirgisistans

Seit der Unabhängigkeit hat Kirgisistan 3 Phasen politischer Entwicklung durchlaufen : die Erste – von 1991 bis 1994 – vom damaligen Präsidenten Askar Akajew wurde Kirgisistan „Insel der Demokratie“ genannt; von 1994 bis 2005, das Jahrzehnt in welchem Akajew mit Hilfe von Volksentscheiden immer mehr Parlamentskompetenzen in seinem Präsidialamt vereint hat bis sein autoritäres Regime 2005 von durch die „Tulpenrevolution“ gestürzt wurde und die dritte politische Phase einleitete welche seitdem vor allem durch die Interaktionen zwischen Staat und Schattenstaat geprägt ist.

„Kirgisistan wurde lange Zeit als liberaldemokratische Ausnahme unter autoritärer Nachbarn in Zentralasien wahrgenommen. Diese Einschätzung beruhte vor allem darauf, dass der Physiker Akajew der einzige Präsident in Zentralasien war, der nicht bereits zu Sowjetzeiten in hohen Staats- und Parteifunktionen seiner Republik gedient hatte. Akajews schnelle und entschlossene Verurteilung des Moskauer Augustputsches 1991 und Ansätze einer wirtschaftsliberal orientierten Reformpolitik unter Anleitung internationaler Organisationen ergänzten und verfestigten das Bild. Obwohl Kirgisistan und insbesondere Akajew noch lange von diesem Ruf zehren konnten, begann spätestens mit der Selbstauflösung des kirgisischen Parlaments – des Schogorku Kenesch – im September 1994 ein langsamer, aber stetiger Prozess formaler Machtakкумуляtion in den Händen des Präsidenten. Das politische System nahm so immer stärker autoritäre Züge an. Das wichtigste Werkzeug der Machtkonzentration waren Volksabstimmungen über die Verfassung, mit denen nach und nach die Rechte des Parlaments eingeschränkt und die Befugnisse des Präsidenten erweitert wurden.“¹⁷⁹

Jedoch führte diese Form der Staatsführung in Kombination mit dem Mangel an Industrie und Bodenschätzen zu einem stetigen Verfall der zentralstaatlichen Infrastruktur, welche zwar institutionell intakt war, jedoch nicht in der Lage war, Staatsfunktionen effizient wahrzunehmen, sei dies nun im Bereich Bildung, Gesundheitswesen oder Sicherheit. Der

¹⁷⁹ Graubner/Wolters (2007): S.200

laufende Betrieb von Schulen und Krankenhäusern konnte zumeist nur mit der finanziellen Unterstützung ausländischer NGOs aufrecht gehalten werden und auch das Militär und die Polizei, normalerweise die Stützpfeiler autoritärer Regime und dementsprechend finanziert und ausgerüstet, stand immer stärker unter Druck islamistischer Extremisten. „Das wurde im Sommer 1999 und 2000 während der Geiselkrisen in Südkirgisistan sichtbar, als militante Islamisten der Islamischen Bewegung Usbekistans (IBU) von Tadschikistan aus eindrangen, südkirgisische Dörfer besetzten, Geisel nahmen und schlecht ausgerüstete kirgisische Militär- und Polizeitruppen in Schach hielten“¹⁸⁰.

Mit der Erstürmung des Präsidentenpalastes („das Weiße Haus“) in Bischkek am 24. März 2005 endete die Ära Akajew, eines schwachen Präsidenten welcher es nicht schaffte, Staatsinteressen gegen Partikularinteressen politischer Akteure durchzusetzen und die Dominanz nordkirgisischer klientelistischer Netzwerke im Verwaltungsapparat zu brechen. Häufig wird die „Tulpenrevolution“ in Kirgisistan ebenso wie die farbigen Revolutionen in der Ukraine und Georgien von Politikern in Ost und West als Ergebnis westlicher Einmischung gesehen, jedoch unter anderer Prämisse: während die EU und die USA ihr verstärktes finanzielles Engagement nach dem 11. September 2001 in einer positiv verlaufenden Demokratieförderung gut angelegt sehen, betrachten Russland, Kasachstan und andere post-sowjetische Staaten diese als imperiale Einmischung in innere Angelegenheiten und somit eine gewollte Destabilisierung der Region.

„Auch in der westlichen akademischen Literatur wird ein prägender Einfluss westlicher Demokratieförderung auf die Umstürze zumindest implizit angenommen.

In Kirgisistan sind im Gegensatz zu anderen zentralasiatischen Staaten zahlreiche Organisationen tätig, die sich die Förderung der Demokratie und einer offenen Gesellschaft zum Ziel gesetzt haben. Dies ist ein Ergebnis der relativ liberalen politischen Kultur, die zur Zeit der Präsidentschaft Akajews herrschte. Auch die Tatsache, dass Kirgisistan mangels reichhaltiger Bodenschätze finanziell von Geberländern abhängig ist, spielt eine Rolle. Deren Engagement spiegelt sich in der Entwicklung des Umfangs geleisteter Hilfe wider: Von 1992 bis 2005 verzehnfachten sich die Zahlungen, pro Kopf gerechnet, von 5,24 auf 50,7 US-Dollar. 1999

180 Geiß (2007): S.164

erreichte die Unterstützung eine Höhe von 188 Millionen US-Dollar – fast 120 Prozent des regulären Staatshaushaltes. Kirgisistan wurde so zum Stützpunkt von zahlreichen Organisationen und Initiativen, die vor allem ein Ziel verfolgten: den Aufbau von Demokratie und Rechtsstaatlichkeit in Kirgisistan. Die Ergebnisse dieses Feldversuchs sollten nach ganz Zentralasien ausstrahlen.

Der tatsächliche Einfluss externer Akteure auf die politische Mobilisierung, die zur “Tulpenrevolution” führte, ist hingegen als gering zu bewerten. Die wichtigsten Aktivitäten westlicher Geber vor den Parlamentswahlen Ende Februar 2005 bestanden darin, lokale Wahlbeobachter auszubilden, internationale Wahlbeobachter zu entsenden, technische Unterstützung bei der Durchführung der Wahlen zu leisten und oppositionellen Medien mit einer von Freedom House zur Verfügung gestellten Druckerei eine gewisse Autonomie von den durch die Regierung kontrollierten Druckereien zu geben¹⁸¹.

Die Revolutionen konnten also „ nur deshalb erfolgreich sein, weil sie von der Unterstützung durch Eliten und Massenproteste auf den Straßen getragen wurden. Und ohne die stillschweigende Unterstützung der Geheimdienste und Sicherheitskräfte vor Ort wäre es in beiden Fällen zu viel Blutvergießen gekommen, auch wenn die Frage, wie weit die Unterstützung ging, umstritten bleibt“¹⁸².

Nach der Revolution wurde Kurmanbek Bakijew Präsident, die Missstände in Kirgisistan jedoch blieben oder wurden noch verstärkt. Zwar sind die Klientelnetzwerke, welche einen großen Anteil am Kampf um die Macht in Kirgisistan seit 2005 haben, bei weitem kurzlebiger als davor, ob man deshalb von einem wahren Systemwechsel sprechen kann ist zweifelhaft da noch immer in einigen miteinander verwobenen Konflikten um den Zugang zur ökonomischen und politischen Macht gekämpft wird.

Zum einen wird ein Kampf um den Zugang zur profitabelsten Ressource Kirgisistans, Gold (so erwirtschaftet alleine die Goldmine in Kumtor etwa 30 Millionen US-Dollar pro Jahr und trägt damit fast 10 Prozent zum BIP bei¹⁸³) ausgefochten, kriminelle Gruppen versuchen zunehmend auch zu formeller Macht zu gelangen und auch gibt es zwischen Bakijew und

181 Graubner/Wolters (2007): S.205

182 Olcott (2007): S.392

183 Kumtor Gold (2014): Production/ Basic Data

dem kirgisischen Parlament Differenzen in Kompetenzfragen.

Um die politischen Prozesse im aktuellen Kirgisistan korrekt zu interpretieren bedeutet auch sich der Stärke und Wichtigkeit des so genannten kirgisischen Schattenstaates anzuerkennen.

„Formell gesehen hat Kirgisistan alle Attribute demokratischer Staatlichkeit – eine in der Verfassung festgeschriebene Trennung von Exekutive, Legislative und Judikative. Regelmäßige Wahlen, Grund- und Menschenrechte. Die politische Realität sieht allerdings anders aus, als es der Blick auf die formalen Strukturen suggeriert. Hinter ihnen verbirgt sich ein «Schattenstaat». Im Schatten formaler Strukturen und mit ihnen interagierend wirken informale Institutionen bei der Verteilung von Ressourcen, Loyalitäten und Hierarchien im Staatsapparat. Je nach Notwendigkeit kann ein Patron sowohl auf formale wie auch auf informale Modi der Machtprojektion zurückgreifen“¹⁸⁴.

Die Gefahr, dass diese Regierung die Kontrolle über die Institutionen und das Territorium verlieren könnte, sieht auch die EU¹⁸⁵ sehr wohl, was Kirgisistan auch eine besonders schwache Wertung (3,62) in den Bereichen politische Kompetenz und Freiheit im „Index of State Weakness in the Developing World 2008“¹⁸⁶ erklärt.

Unter Freiheit ist in diesem Kontext die Medien-, Meinungs- und Informationsfreiheit gemeint, unabhängige Medien werden in ihrer Arbeit behindert, regimekritische Journalisten drangsaliert und das Versammlungsrecht eingeschränkt.

Im Jahr 2007 wurde Kirgisistan in die Liste der Staaten aufgenommen, in welchen das Leben eines Journalisten in Gefahr ist, wenn er das Recht auf Redefreiheit in Anspruch nimmt, nachdem der Journalist Alisher Saipov, Redakteur der usbekischsprachigen Zeitung Siyesat, welcher, inoffiziellen Quellen zufolge wegen seiner Kritik am usbekischen Präsidenten Islam Karimov, ermordet wurde¹⁸⁷. Die Tat wurde bis heute nicht aufgeklärt.

Des Weiteren mussten 2008 die beiden oppositionsnahen Zeitungen Alibi und De-facto ihre Türen schließen nachdem sie von einem Gericht zu Geldstrafen verurteilt wurden, welche nicht einmal westliche Verlage hätten zahlen können. Eine der Zeitungen hat über einen

184 Graubner/Wolters (2007): , S.196

185 Europäische Gemeinschaften (2007): S.15

186 Patrick/ Rice (2008): S.41

187 Institute for Public Policy (2007): S.2f

Autounfall berichtet, bei welchem der Neffe des Präsidenten ein Todesopfer zu verantworten hat. Das Gericht entschied, dass der Artikel Falschinformationen enthalte und verurteilte die Zeitung wegen Verleumdung. Einer der Redakteure wurde zu Gefängnishaft verurteilt, der andere musste mitsamt seiner Familie aus Kirgisistan flüchten um weiterer Strafverfolgung zu entgehen¹⁸⁸.

Auch wurde im Dezember 2008 Radio BBC und Azattyk Radio (der kirgisische Ableger von Radio Free Europa) die Sendeerlaubnis entzogen. Dies war die Folge des im Juni 2008 verabschiedeten neuen „TV und Radio Sendegesetzes“. Mindestens die Hälfte der Programme muss seitdem selbst produziert werden und in Kirgisisch ausgestrahlt werden, was jedoch auf Grund von Personal- und Finanzierungsmangel kaum zu bewerkstelligen war. Außerdem wurde die „National Television and Radio Broadcasting Corporation“ (NTRC), ein zivilgesellschaftliches Instrument zur Verteilung von Finanzhilfen für öffentliche Medienprojekte abgeschafft. Insgesamt scheint das neue Gesetz die Idee unabhängiger Medien in Kirgisistan zu Grabe getragen zu haben. Es gibt bereits Pläne das Gesetz auch auf das Internet auszuweiten, welches bis dato die einzige verbliebene einigermaßen freie Informationsquelle darstellt¹⁸⁹.

Dass Kirgisistan nicht weiter durch Unruhen destabilisiert wird, liegt auch daran, dass das Hauptpotential dieser – junge, arbeitsfähige Männer – zu einem Großteil im Ausland arbeitet und somit das Protestpotential der Gesellschaft stark vermindert ist. Doch diese Arbeitsmigration ist nicht nur für die Stabilität des Regimes sondern vor allem für die kirgisische Wirtschaft extrem wichtig. „Etwa 700.000 der knapp vier Millionen Bürger [30%-40% des männlichen Arbeiterpotentials¹⁹⁰] Kirgisistans arbeiten in Russland. Hier belaufen sich die Überweisungen auf rund 500 Millionen US-Dollar, doppelt soviel wie das Land Entwicklungshilfe erhält“¹⁹¹ und etwa genausoviel wie das Staatsbudget beträgt¹⁹².

188 Ibraeva (2009): S.236

189 Toralieva (2009): S.3

190 Europäische Gemeinschaften (2007): S.15

191 Matveeva (2007): S.287

192 Europäische Gemeinschaften (2007): S.15

6.3 Die politische Situation Tadjikistans

Von den fünf zentralasiatischen Unionsrepubliken ist Tadjikistan am schwächsten aus dem Zerfall der Sowjetunion hervorgegangen. Dies lag einerseits an der äußerst bedrohlichen Wirtschafts- und Versorgungslage, so wurde „die tadschikische Sowjetrepublik zu 40 Prozent von außen versorgt. Die Autonome Provinz Berg-Badachschan war jedoch zu 85 Prozent von Nahrungsmitteln und Heizmaterial aus anderen Regionen abhängig“¹⁹³ und andererseits an der pluralistisch geprägten politischen Landschaft. In Tadjikistan entwickelten sich während der Perestroika etliche politische Bewegungen, welche sich mit demokratischen, nationalen oder islamischen Leitgedanken gegen das kommunistische Regime stellten und deren Rivalitäten im Bürgerkrieg mündeten. Dieser kostete zwischen 1992 und 1997 je nach Schätzung etwa 20.000 bis 300.000 Menschen der 5,2 Mio fassenden Bevölkerung Tadjikistans das Leben.

„Der machtpolitische Konflikt begann unmittelbar nach der Unabhängigkeit Tadschikistans. Im Kampf um die Präsidentschaft [im November 1991] setzte sich der Ex-Parteichef der Kommunistischen Partei, Rachmon Nabijew, gegen seinen islamisch-demokratischen Konkurrenten Achbarscho Iskandarow und den amtierenden Präsidenten Kadriddin Aslonow durch. Nabijew stammte aus Chodschent und stützte sich auf die mächtige Nomenklatura, die seit den 1930er Jahren alle Parteichefs gestellt hatte. Iskandarow dagegen stützte sich primär auf die Pamiri Berg-Badachschan“¹⁹⁴.

Daraufhin kam es von „Herbst 1991 bis Frühjahr 1992 [...] zu Massendemonstrationen in der Hauptstadt Duschanbe und zur Militarisierung oppositioneller Landesteile“¹⁹⁵. Nachdem Nabijew noch im Laufe des Jahres 1992 von seinem späteren Nachfolger Rachmonow (welcher sich seit dem 26.3.2007 Rachmon, laut eigenen Angaben ein Beitrag zur tadjikischen Identitätsfindung, nennt) entmachtet wurde, dieser am 6.11.1994 seinerseits Präsident wurde und beendete 1997 nach erfolgreichen externen Vermittlungen durch Russland, dem Iran, den Vereinten Nationen und andere internationale Akteure den fünfjährigen Bürgerkrieg gegen die

193 Wiegmann (2007): S.226

194 Ebenda S.228

195 Halbach (2007): S.91

„Vereinigte Tadschikische Opposition“. Als bald begann ein Prozess der nationalen Versöhnung (ähnlich demjenigen in Südafrika nach dem Ende des Apartheidregimes) um die von allen Konfliktparteien begangenen Gewaltextzesse aufzuklären, die Opposition an der Macht zu beteiligen und zwischen den Bevölkerungsteilen die Feindseligkeiten zu schlichten. Dieser Prozess, heute wie ein Wunder erscheinend, konnte nur erfolgreich sein weil alle kämpfenden Parteien selbst zur Einsicht gelangt sind, nämlich „dass die Fortsetzung der Gewalt keiner Seite mehr irgendetwas bringt, und sie aus dieser Einsicht heraus eine Bereitschaft zum Dialog“¹⁹⁶ entwickelt haben. Das Ende des tadjikischen Bürgerkrieges hat sich also aus einer militärischen Pattsituation heraus entwickelt.

Nach dem Krieg wurde 1997 eine Allianzregierung aus allen im Konflikt beteiligten Parteien geformt, Tadjikistan ist das einzige zentralasiatische Land in dem auch eine islamische Partei (die Partei der Islamischen Widergeburt unter Abdullo Nuri) legal am Machtprozess beteiligt wurde, diese pluralistischen Kompromisserfolge wurden im Laufe der Zeit jedoch von Präsident Rachmon immer weiter zurückgedrängt, die Gesellschaft entpolitisiert.

Ein weiteres Problem ist Tadjikistans Wirtschaftssituation. Tadjikistan war das Armenhaus der Sowjetunion und ist heute mit einem GDP/capita von 1800 \$ das Armenhaus der gesamten GUS Region¹⁹⁷. Dabei hat sich die Bildungs- und Versorgungslage seit dem Zusammenbruch der UdSSR bedeutend verschlechtert.

„Die UdSSR hatte die Alphabetisierung der Bevölkerung auch auf dem Lande forciert. Als die Sowjetunion zusammenbrach, waren mehr als 90 Prozent aller tadschikischen Frauen und Männer alphabetisiert. Der Zugang zu Bildung war kostenlos, und es war sehr angesehen, weltlich gebildet zu sein. Die soziale Mobilität war viel höher als heute. Zumindest für städtische Frauen war es durchaus üblich, in Moskau, Leningrad oder Kiew zu studieren. Wehrpflichtige mussten ihren Dienst nicht selten am anderen Ende der Sowjetunion oder gar in Staaten des Warschauer Paktes leisten und verbrachten eine Phase ihrer Adoleszenz in einem anderen Kulturraum“¹⁹⁸.

Die Wirtschaftsleistung Tadjikistans und ihre Aufschlüsselung in einzelne Bereiche bezeugt

196 Halbach (2007): S.91

197 CIA Factbook 2013: Economy of Tajikistan

198 Wiegmann (2007): S.225

dass eine klassische, industrialisierte Wirtschaft in Tadjikistan kaum existiert.

Der Mangel an geeigneten Beschäftigungsmöglichkeiten verursacht inzwischen einen verstärkten Abwanderungsdruck in die größeren Städte, doch bleibt auch dort das Arbeitsangebot weit hinter der Nachfrage zurück, so dass Arbeitsmigration oft als einziger Weg erscheint. Die ungünstige Wirtschaftslage in den Hochgebirgsregionen lässt viele Arbeitskräfte als Saisonarbeiter nach Russland wandern, diese etwa eine Million Arbeiter, ein Siebtel der Bevölkerung, überweisen 600-800 Millionen US-Dollar jährlich, dies ist mehr als das Staatsbudget und bildet 15% des GDP¹⁹⁹, außerdem ist die Arbeitsmigration ein Ventil, welches die Eskalation sozialer Konflikte bislang verhindert. Hinzu kommt noch der negative Effekt des *Braindrain* junger, relativ gebildeter Männer.

Die im Inland erzielte Wirtschaftsleistung wird hauptsächlich durch den Anbau von Baumwolle und die Aluminiumherstellung erreicht. Beide Wirtschaftszweige haben jedoch mit erheblichen politischen, ökonomischen und ökologischen Schwierigkeiten zu kämpfen. Zum einen bereichern sich am vor allem im Südwesten Tadjikistans angesiedelten Baumwollanbau die lokalen Eliten.

„Die breite Bevölkerung, die meist landlos ist, wird von den Großgrundbesitzern zum arbeitsintensiven Baumwollanbau gezwungen. Die Ernte muss meist im Voraus an sogenannte Investoren verkauft werden. Da sich die Bauern in diesem Geschäft meist überschätzen, häufen sie bei den Investoren immer größere Schulden an und begeben sich in immer größere Abhängigkeit, aus der sie nicht entfliehen können.“²⁰⁰

2008 kam hinzu dass die Ernte die Schwächste seit der Unabhängigkeit war. Anstatt der erwarteten 552.500 Tonnen wurden nur 349.500 eingefahren. Aufzeichnungen zufolge wurden in der Sowjetära jährlich eine Million Tonnen produziert (wobei diese Zahlen mit äußerster Vorsicht zu genießen sind). Der Baumwollanbau verbraucht dabei den Großteil der landwirtschaftlichen Ressourcen (60% der tadjikischen Bevölkerung lebt von der Landwirtschaft), produziert aber nur 14% des landwirtschaftlichen Outputs²⁰¹.

Die Aluminiumproduktion verschlingt sehr viel Energie, welche in Form von usbekischem Erdgas angeliefert wird. Da Tadjikistan aber seine Gasschulden nicht tilgen kann, und die

199 CIA Factbook 2013: Economy of Tajikistan

200 Wiegmann (2007): S.230

201 Adriaen (2009): S.7

eigene, vor allem aus Wasserkraft produzierte Energie (Tadjikistan besitzt 4% des weltweiten Hydroenergiepotentials²⁰²), im Winter kaum für die Aufrechterhaltung der normalen Infrastruktur ausreicht, geschweige denn für die Industrie, kann der staatliche Aluminiumproduzent TALCO die volle Produktivität nur sehr selten erreichen. Doch auch das soziale Leben leidet unter der Situation, so mussten während der Energiekrise im Winter 2007-2008²⁰³ Bars, Restaurants, aber auch Suprmärkte und Apotheken schließen, da für den laufenden Betrieb nicht ausreichend Strom aus Turkmenistan und Usbekistan zur Verfügung stand. Um die Situation zu verbessern wurde 1976 mit dem Bau des Rogun Staudammes begonnen, welcher 1989 hätte beendet werden sollen, jedoch auf Grund usbekischer Proteste, aus Angst Tadjikistan könnte den Fluss des Amu Darja als politische Waffe gegen Usbekistans Baumwollproduktion einsetzen und nicht mehr vom usbekischen Gas abhängig sein, noch immer nicht fertiggestellt wurde.

Zu diesen Problemen gesellen sich eine allgemein falsche staatliche Investitionspolitik und die damit einhergehende Schattenwirtschaft.

„Je mehr Profit also aus einer Region aus der, Baumwoll- und Aluminiumproduktion extrahiert werden kann, desto weniger investiert der Staat und desto schlechter ist die lokale Bevölkerung versorgt. Auch die internationalen Organisationen sind in diesen Gebieten kaum präsent“²⁰⁴.

Die wirtschaftlichen Zentren werden ausgebeutet und in Regionen

„die ehemals die Opposition unterstützten, stellen lokale Autoritären, Nichtregierungsorganisationen und internationale Organisationen öffentliche Güter bereit. Schwierig ist die Lage in den Regionen, in denen die Anhänger des Regimes in Duschanbe beheimatet sind. Dorthin gelangt weniger internationale Hilfe,“²⁰⁵

d.h. dass das Paradox entsteht, dass in Regionen in denen der Staat strukturschwach ist und welche relativ arm sind, die Versorgung der Bevölkerung besser ist.

202 Kamolidinov (2009): S.6

203 European Training Foundation (2009): S.2

204 Wiegmann (2007): S.230

205 Ebenda S.225

Aus diesen Gründen ist die Schattenwirtschaft von 1991-2005 um 300% gestiegen. 2004 hatten 7,2% der Arbeiter zwei oder mehrere Beschäftigungen, 19,6% waren auf der Suche nach weiterer Arbeit. Das Lehrergehalt deckt etwa nur 20% der Lebenskosten²⁰⁶, so verwundert es nicht dass die Weltbank schätzt dass 30% des tadjikischen BIP aus dem Drogenhandel (als Transitroute für afghanisches Opium und Heroin) stammt²⁰⁷. Diese Situation behindert dementsprechend massiv die Entwicklung der Rechtsstaatlichkeit, der Menschenrechte, der geschlechtlichen Gleichstellung und das Wachstum²⁰⁸ der Zivilgesellschaft.

6.4 Die politische Situation Turkmenistans

Das heutige Turkmenistan ist das Ergebnis des bizarren Führerkults unter dem Regime des am 21.12.2006 verstorbenen turkmenischen Präsidenten Nursultan Nijasow, welcher sich selbst als überlebensgroße Erscheinung des Turkmenbashi („Vater aller Turkmenen“) inszenierte, und seiner durch Erdöl und -gasexporte finanzierten, isolationistischen Politik.

Nijasow hat nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion die kommunistische Partei Turkmenistans in die „Demokratische Partei Turkmenistans“ umgewandelt, und wurde, nachdem er zuvor schon Parteisekretär gewesen war, turkmenischer Präsident. Diese personelle und strukturelle Kontinuität, welche Nijasow mit Nationalismus und einem Personenkult um sich herum ergänzte, um das ideologische Vakuum, welches der Kommunismus hinterlassen hat zu füllen, führte zu einer Entwicklung, die aus dem gegenwärtigen Turkmenistan eines der repressivsten und isoliertesten politischen Systeme der Welt entwachsen ließ.

Nijasow inszenierte den „One-Man-State“ mit sich an der Spitze nicht nur zur politischen Legitimation seiner Macht, sondern schuf mit seinem Werk Ruchnama ein Buch, welches nahezu in jedem Lebensbereich zu konsultieren war. Ruchnama (Buch der Seelen), ist „ein Versatzstück aus Mystifizierungen der turkmenischen Geschichte, turkmenischem Nationalismus, banalen Alltagsregeln und Gedichten Nijasows“²⁰⁹, welches als gleichwertig zum Koran erklärt und „bald Grundlage und Hauptgegenstand jedweder Bildung in

206 European Training Foundation (2009): S.2

207 Europäische Gemeinschaften (2007): S.15

208 Rat der Europäischen Union (2008): S.169

209 Geiß (2007) S.165

Turkmenistan“²¹⁰ (so z.B. auch bei der Führerscheinprüfung) wurde.

Doch nicht nur bei den Prioritäten in der Bildungspolitik, auch in der Staatsführung wurden unter Nijasow Fehler begangen. Um persönliche Loyalitäten zu stärken, aber keine allzu mächtigen politischen Gegenpole zu schaffen, wurden seit Mitte

„der 1990er Jahre Minister und Gouverneure für immer kürzere Amtszeiten bestellt und seine langjährigen loyalen Mitstreiter durch junge unerfahrene Turkmenen ersetzt.[...]Die extreme Fluktuation von ein-, ab- und versetzten Ministern, Gouverneuren und anderen Spitzenbeamten führte zur vollkommenen Korruption des Verwaltungsapparats und der von diesem kontrollierten Einrichtungen, da die neuen Machthaber entweder ihre Leute in nachgeordnete Dienststellen brachten oder «Geschenke» für die Protektion der verbliebenen Beamten verlangten.[...]Dies führte dazu, dass Bürger staatliche Ressourcen wie etwa die Bildungs- und Gesundheitseinrichtungen, wiederum nur mit entsprechenden «Geschenken» in Anspruch nehmen konnten“²¹¹.

Nijasows Nachfolger Gurbanguly Berdymuchammedow, welcher nach dem Tod Nijasows erst Interimspräsident war, um dann nach einer Verfassungsänderung im Februar 2007 mit dem sowjetdemokratischen Ergebnis von 89,23% gewählt zu werden, führt das „System Turkmenbashi“ fort und stilisiert sich selbst zur „Inkarnation des turkmenischen Volkes“²¹². Auch bei ihm erfüllt dieser bizarre Exzess mehrere Funktionen : Er sicherte Berdymuchammedow die „Macht, den Eliten das Wohlbefinden und den Zugang zu finanziellen Ressourcen und diente der sozialen Integration und politischen Sozialisation der Bevölkerung“²¹³.

Um dieses System aufrecht halten zu können, muss der Zugang zu freien Informationen behindert werden. Turkmenistan hatte unter Nijasow zusammen mit Usbekistan die höchste Anzahl an Verhaftungen von Journalisten, welche für freie ausländische Medien arbeiten, in der Region. Unter Berdymuchammedow setzt sich dieser Trend fort²¹⁴. So wurde auch Sazak Durdymuradov im Juni 2008, Korrespondent für Radio Free Europe/Radio Liberty, kurz vor

210 Ebenda S.165

211 Ebenda S.165

212 Kraa (2007): S.18

213 Denison (2007) S.209

214 Toraliev (2009): S.2

dem Beginn des ersten regulären Menschenrechtsdialog zwischen Turkmenistan und der EU (welcher am 24. Juni 2008 stattfand), verhaftet und gefoltert um ihn daran zu hindern, anlässlich der Tagung Menschenrechtsverletzungen anzuprangern²¹⁵. Die EU trug zwar „ihre Bedenken in Bezug auf Aspekte wie Vereinigungs- und Versammlungsfreiheit, Freiheit der Meinungsäusserung und Medienfreiheit, Gedanken und Religionsfreiheit, Haftbedingungen, Bewegungsfreiheit und verschwinden lassen vor“²¹⁶, konnte aber kaum Forderungen an die turkmenische Führung formulieren.

Die Hoffnung bleibt, dass Berdymuchammedow die im Wahlkampf 2008 versprochenen sozialen und ökonomischen Reformen durchsetzt und dass sich Turkmenistan der EU annähert, obwohl Bedenken bleiben, nachdem er des Öfteren wiederholt hat dass er die Politik Nijasows fortsetzen will und somit der Modernisierung Turkmenistans schwerwiegend im Wege stehen kann²¹⁷.

6.5 Die politische Situation Usbekistans

Nach dem Zusammenbruch des Sowjetunion schien Usbekistan als die zukunftssicherste zentralasiatische Republik hervor zu treten. Demographisch, militärisch und industriell hatte das Land hervorragende Voraussetzungen um eine (im westlichen Sinn) positive politische Entwicklung zu nehmen, doch das Karimovsche Machtmodell der autoritären Stabilitätswahrung schuf neben Turkmenistan das repressivste Regime der Region und somit des gesamten postsowjetischen Raumes.

Karimovs Fähigkeit, seit über zwei Dekaden die Geschicke Usbekistans zu lenken, stützt sich auf drei Faktoren: die Kontrolle über die Medien, über die zentralisierte Verteilung von staatlichen Ressourcen sowie über den ausgedehnten Sicherheitsapparat und die damit einhergehende Kontrolle über politische Entscheidungsträger. Es sind auch diese drei Komplexe, die das politische Leben in Usbekistan bestimmen.

Die Deindustrialisierung, welche Usbekistan seit der Unabhängigkeit erlebt hat, stellt sowohl ein Symptom als auch ein Instrument des Regimes dar. Zum einen führt die Frustration über die wirtschaftliche Stagnation zum Aufstieg oppositioneller und islamistischer Gruppierungen

215 Human Rights Watch (2009): S.427

216 Rat der Europäischen Union (2008): S.168

217 Human Rights Watch (2007): S.8

wie der Hizb-ut-Tahrir zu deren Forderungen, eine Form islamischer Gerechtigkeit in Wirtschaftsfragen gehört und welche wiederum vom Sicherheitsapparat als Staats- und Stabilitätsfeinde verfolgt werden, zum anderen führt der Fokus auf den primären Wirtschaftszweig (den Abbau von Gold²¹⁸ und anderen Metallerzen, den Anbau von Baumwolle und die Ausbeutung von Energieträgern) zu einer einfacheren Zentralisierung der Macht als das in Industrie- und Dienstleistungsgesellschaften der Fall ist, da kaum mittlere Intelligenzia und somit eine soziale Mittelklasse, der Antriebsmotor der Zivilgesellschaft, entstehen kann. Die Staatsverwaltung konserviert die sowjetischen Wirtschaftsstrukturen und verfügt deshalb über das Ankauf- und Exportmonopol auf Gold, Baumwolle, Getreide und andere Ressourcen²¹⁹, was aus ihr den bei weitem wichtigsten wirtschaftlichen Akteur Usbekistans macht und somit Korruption, Vetternwirtschaft und politischer Hörigkeit Tür und Tor öffnet. Obwohl das BNP *per capita* zwischen 1991 und 2009 um 50% stieg, kann das Land bei der Armutsbekämpfung kaum Erfolge vorweisen.

Beim wichtigsten *Cashcrop*²²⁰ des Landes, der Baumwolle, führte die Deindustrialisierung der landwirtschaftlichen und bildungspolitischen Infrastruktur²²¹ neben immensen Umweltschäden auch zu bedeutenden Menschenrechtsverletzungen. Über Jahre hinweg wurde von den internationalen Baumwollverarbeitern die Kinder- und Zwangsarbeit, welche bei der usbekischen Baumwollernte eingesetzt wird, als notwendiges Übel angesehen. Wieso diese Methode keine breite Protestbewegung entfacht, erläutert ein Bauer aus der Provinz Surxondaryo im Süden Usbekistans:

„Millions of Uzbeks, basically rural population with low incomes, to be exact poverty-stricken groups of people, are engaged in the cotton manufacture just for pennies. They remain in this field because of two principal reasons - either under oppression of the state and under the threat of loss of their position, job or studies, or it is the only source of income at the moment“²²².

Doch 2008 änderte sich die Situation. Einige traditionelle Abnehmer wollten auf Grund der eingesetzten Kinderarbeit usbekische Baumwolle boykottieren, was zu einem empfindlichen Verfall der Preise für diese geführt hätte, weshalb die Regierung das Gesetz zur „Garantie der

220 Review of Uzbekistan gold-mining industry

219 Geiß (2007): S.164

220 European Training Foundation (2009)(2): S.1

221 Boonstra/ Melvin (2008): S.6

222 Ergashev/ Ganiev/ Ismoilov (2008): S.1

Kinderrechte“ als auch die Konventionen Nr. 138 über das minimale Kinderarbeitsalter und Nr. 182 über das Verbot und die sofortige Abschaffung der schlimmsten Formen von Kinderarbeit der Internationalen Arbeitsorganisation ratifizierte. Das Ministerium für Arbeit und Soziales wurde beauftragt, einen Nationalen Aktionsplan gegen Zwangsarbeit auszuarbeiten und durchzusetzen sowie darauf zu achten, dass keine minderjährigen Schulkinder bei der Baumwollernte eingesetzt werden würden. Diese Massnahmen wurden von Seiten von NGOs, den Medien und Menschenrechtsaktivisten sehr positiv aufgenommen, da Schulen schriftliche Bestätigungen der Eltern der Schüler verlangten, dass diese die Kinder nicht zur Ernte schicken würden. Doch im September erklärte Präsident Karimov bei mehreren öffentlichen Auftritten, dass das staatliche Ernteziel mit allen Mitteln bis Ende Oktober zu erreichen sei. Die Ernte wurde zuvor unter der Verwendung Minderjähriger und anderer branchenfremde Erntehelfer (zumeist Staatsbeamte) zentral organisiert, 2008 wurde sie lokal organisiert, was aus Mangel an Mitteln und Möglichkeiten zu schwereren Menschenrechtsverletzungen als in vorangegangenen Jahren führte²²³.

Es wurden im Durchschnitt jüngere minderjährige Erntehelfer, mitunter schon Erstklässler, und neue Bevölkerungsgruppen (ganze Malhallas, Arbeiter aus staatlichen Betrieben, Gesetzeshüter) zur Ernte illegal zwangsrekrutiert. Die Administration war mangelhaft, es gab keinen Transport zu den Feldern, staatliche Lebensmittelrationen oder ein adäquates System der Entlohnung für geerntete Baumwolle. Bauern wurden Drohbriefe zugesandt, welche eine strafrechtliche Verfolgung androhten, wenn diese nicht die staatlichen Quoten erfüllen könnten. Damit die eingesetzten Schüler das vorgeschriebene Bildungsprogramm komplett absolvieren konnten, wurde nach der Ernte in zwei Schichten pro Tag gelernt. Die Herbst-, Winter- und Frühlingsferien entfielen. Auch das Lehrpersonal wurde für 15 Tage verpflichtet, ersatzweise musste ein Familienmitglied oder ein Tagelöhner, ein sogenannter *Mardikor*, die Schicht übernehmen. Die Lehrer wurden ihrerseits aber auch in das Verantwortungssystem mit einbezogen. Wenn ein Kind einen Tag auf dem Feld verpasst, muss der Lehrer eine „informelle Strafe“ von 2.000-3.500 Sums (etwa 1€-2,5€) bezahlen. Malhalla Bewohnern wurde die Einbehaltung der stark subventionierten Mehl- und Baumwollsamensrationen, ihren Vorstehern Geldstrafen von 70.000-80.000 Sums (50€-65€) wenn sie nicht 30-40 Bewohner zur Ernte schicken würden, angedroht. Geringe Teile der Bevölkerung weigerten sich dennoch, an der Zwangsarbeit teilzunehmen, doch wurden sie anders als früher nicht persönlich zur Rechenschaft gezogen, sondern ihre Vorgesetzten, welche für die Organisation

223 Ergashev/ Ganiev/ Ismoilov (2008): S.1ff

der Erntehelfer verantwortlich waren. Die lokalen Behörden organisierten während der Erntezeit jeden Abend Versammlungen, zu welchen die Schuldirektoren, Betriebsvorsitzende, Malhalla Vorsteher, Fabrikdirektoren usw. geladen wurden. Bei mangelhaften Ernteergebnissen der von ihnen arrangierten Arbeiter wurden die Verantwortlichen körperlich misshandelt. Dadurch konnten die Menschenrechtsverletzungen von staatlicher Seite her numerisch verringert werden und der Gewaltdipol Staat-Bevölkerung wurde in ein Ressentimentgefühl innerhalb der lokalen Gemeinschaft zwischen den sozialen Schichten umgewandelt²²⁴.

Neben der sozialen Dimension darf nicht die politische Botschaft, welche hier gesendet wird vergessen werden. Laut Politikern gibt es „in Usbekistan «fünf gerechte Ungerechtigkeiten»: den gewünschten Unterschied zwischen Alt und Jung, zwischen Lehrer und Schüler, zwischen Vorgesetztem und Untergebenen, zwischen Mann und Frau und zwischen Vater und Sohn“²²⁵. Durch diesen Antiegalitarismus würden sich die Gesellschaften des Ostens und des individualistischen Westens voneinander unterscheiden und deshalb würden auch westliche Demokratieformen nicht auf die jungen Republiken Zentralasiens übertragbar sein. Diese Abkehr vom westlichen Demokratieverständnis steht in einer Tradition mit der Forderung der Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten. In diesem Sinn wies der usbekische Außenminister, Vladimir Norov, bei dem Besuch einer EU-Delegation am 28.3.2007 interessanterweise das Lehrer-Schüler Verhältnis zurück und forderte beim Dialog über Menschenrechte die jeweilige Kultur zu berücksichtigen²²⁶. Zu diesem Zeitpunkt saßen 13 Menschenrechtsaktivisten in Haft, weil sie öffentlich die offizielle usbekische Aufarbeitung der Ereignisse von Andischan kritisierten. Tausende werden für ihre, dem offiziellen Staatsislam differente, Auslegung des Islam als Extremisten verurteilt²²⁷.

Um eine unabhängige Untersuchung der Vorfälle zu forcieren, belegte die EU Usbekistan im Sommer 2005 mit zahlreichen Sanktionen. Neben einem Waffenexportembargo, der Aussetzung der Partnerschafts- und Kooperationsabkommens wurde ein Einreiseverbot gegen die möglichen Verantwortlichen für das Blutbad verhängt²²⁸. Doch diese wurden bereits im November 2005 aufgeweicht als sich der usbekische Innenminister Sakir Almatow Hannover am Knie operieren ließ. Deutschland argumentierte, die Ausstellung des Visums sei bereits

224 Ebenda

225 Kraa (2007): S.21

226 Ebenda

227 Human Rights Watch (2007): S.5

228 Rat der Europäischen Union (2005)(2): Artikel 1 und Artikel 3

vor der Verhängung der Sanktionen erfolgt, außerdem könnten aus humanitären Gründen Ausnahmen gemacht werden. Daneben war das Waffen- und *Dual-use*-Embargo ein rein symbolisch Akt, da in diesem Bereich Usbekistan vornehmlich mit Russland kooperiert, die Aussetzung der PKA griff nicht in bereits bestehende Programme ein. Dieses zahnlose Druckmittel wurde dann ab Herbst 2007 langsam zurückgefahren, bevor es 2009 nicht mehr erneuert wurde. Daneben stand es auch im krassen Gegensatz zur Strategie für eine neue Partnerschaft. Diese Verwirrung zeigte der usbekischen Seite und der Welt wie wichtig Usbekistan für den Krieg im Afghanistan geworden ist²²⁹ und wie machtlos die gemeinsame Aussenpolitik der EU bei der Implementation von Strafaktionen ist.

Von offizieller Seite wurde das Ende der Sanktionen als vertrauensbildende Massnahme, welche als Antwort auf eine verbesserte Menschenrechtslage in Usbekistan zu verstehen sei, begründet. Und tatsächlich darf das IKRK seit Mai 2007 usbekische Gefangene betreuen, die Todesstrafe wurde abgeschafft, das *habeas corpus* wurde in das usbekische Recht integriert und Menschenrechtsaktivisten wurden aus der Haft entlassen²³⁰.

Der usbekische Staat ist für die Gesellschaft vor allem in Gestalt des Polizei- und Sicherheitsapparats sichtbar. Es gibt staatlich festgelegte Aufklärungsquoten und kaum interne Kontrollen, was, gepaart mit einer schon fast als paranoid gefassten Definition von Terrorismus und staatsfeindlicher Aktivität, zu zahlreichen Übergriffen auf die Bevölkerung führt. Angebliche Staatsfeinde und politische Gegner wie die Menschenrechtsaktivistin Mu'tabar Tojibaeva werden zwangsweise in die Psychiatrie eingewiesen oder es werden Prozesse unter Ausschluss der Öffentlichkeit oder Schauprozesse wie gegen den Oppositionspolitiker Sanjar Umarow geführt. Laut Menschenrechtsberichten ist der systematische Einsatz von Folter, besonders in der Untersuchungshaft, eine gängige Methode zur Informationsgewinnung²³¹.

Die Medienlandschaft wird in Usbekistan durch zwei unterschiedliche Mechanismen kontrolliert: durch die Inhalte und durch die Verfügbarkeit dieser Inhalte. Nach den Ereignissen von Andischan 2005 stieg die Qualität der staatlichen Repression gegen usbekische Journalisten, vor allem gegen jene, welche die offizielle Darstellung bezweifeln, und unabhängige internationale Berichterstatter wurden größtenteils des Landes verwiesen²³².

229 Schmitz (2009)

230 Rat der Europäischen Union (2007): S.1

231 Halbach (2007) (2): S.4

232 Toraliev (2009): S.3

Trotz der Verbesserungen im Bereich der Menschenrechte wurden 2008 sechs Journalisten zu Haftstrafen verurteilt²³³.

Das Internet hat sich im 21. Jahrhundert als das wichtigste Informationsmedium etabliert. Dies liegt sowohl an der Masse unterschiedlichster Endgeräte als auch an der billigen und einfachen Möglichkeit für Individuen, sich sowohl als Konsument als auch als Produzent zu betätigen. Den freien Informationsaustausch betrachtet das Regime als Gefahr, weshalb der Zugang zum Internet stark eingeschränkt wird. Von den 44 Internetanbietern Usbekistans verbindet einzig die staatliche UzPAK den Benutzer ins globale Netz. Die offizielle Begründung hierfür ist die Notwendigkeit „überflüssige Informationen“ heraus zu filtern, ungewollte Quellen zu sperren und den Informationsfluss zu beobachten und zu regulieren²³⁴. Die NGO Reporter ohne Grenzen zählt deshalb Usbekistan (neben Burma, dem Iran, China, Kuba, Saudi Arabien, Turkmenistan, Vietnam und Syrien) zu den Feinden des Internets²³⁵.

Die weitere Verhärtung des Verhältnisses zwischen Staat und Bevölkerung nach Andischan verschärft die Unzufriedenheit in der Bevölkerung, führt zu zahlreichen Protestbewegungen und somit auch zu Paralyse des Regimes²³⁶. Da sich aber keine geeinte, breite Oppositionsbewegung legal aufbauen lässt, hat das Regime sein Ziel der Stabilität durch Bewahrung des *status quo* mittelfristig erreicht. Die misslungenen Sanktionen der EU haben dazu geführt dass sich Karimov der internationalen Kooperation mit Russland, und zukünftig wohl verstärkt mit China sicher sein kann. Die usbekischen Strukturen sind nicht für einen reformistischen Weg ausgelegt²³⁷. Wenn wir die sicherheits- und innenpolitischen Entwicklungen in Europa und in den USA betrachten, kann man auch auf die Idee kommen, dass sich die westlichen Demokratien eher an der usbekischen Stabilitätspraxis orientieren denn umgekehrt.

233 Ebenda S.2

234 Ebenda S.3

235 Reporters without borders (2014)

236 Europäische Gemeinschaften (2007): S.15

237 Boonstra/ Melvin (2008): S.7

7 Konkurrenz um Zentralasien

Die Europäische Union ist selbstverständlich nicht der einzige politische Akteur welcher versucht, auf Zentralasien Einfluss zu nehmen. An dieser Stelle sollen nur die Ambitionen der *global player* Russland, den USA und China erläutert werden, auch wenn Regionalmächte wie die Türkei, der Iran, Indien und Japan ihre eigenen Ziele in Zentralasien verfolgen. Doch die Qualität deren Einflussnahme kann heute noch als zu gering eingestuft werden, als dass sie auf makropolitischem Level mit den zuvor erwähnten *global player* konkurrieren könnten.

7.1 USA

Die Zentralasienpolitik der USA kann eher als notgedrungenes Flickwerk denn als kohärente Strategie gelesen werden, beginnend mit der Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen den neuentstandenen Republiken und Amerika. Die USA betrachteten die Sowjetunion als politischen Monolith und unterhielten diplomatische Kontakte einzig mit Moskau. Daneben fehlte jegliche interkulturelle Tradition zwischen den Vereinigten Staaten und Zentralasien.

Doch auch die Krisen und Herausforderungen gebeutelte geopolitische Landschaft der beginnenden 1990er Jahre erlaubte es Zentralasien nicht, sich ins Rampenlicht der USA zu spielen. Die nukleare Abrüstung der auseinanderfallenden Sowjetunion, die Wiedervereinigung Deutschlands, die Umstürze in Osteuropa, der Krieg im Irak, der Krieg in Jugoslawien, der Putschversuch in Haiti, die humanitäre Krise in Somalia sowie die Nachwehen des Massakers am Tian'anmen-Platz beschäftigten die Kapazitäten des *United States Department of State*.

Neben der Ignoranz für die Nöte und Interessen der zentralasiatischen Bevölkerung, konnte für die neuentstandenen Republiken kein Platz im Rollenverständnis des Schauspiels der Politik gefunden werden. Zentralasien bot keine klaren Möglichkeiten, war kein politischer Konkurrent, war kein Allierter und kein Gegner²³⁸, sondern bot nur Ambivalenz und Unsicherheit.

Einzig Kasachstan gelang auf Grund der dort stationierten 104 SS-18 ballistischen Interkontinentalraketen, 1.400 nuklearen Sprengköpfe und strategischer Bomberkapazitäten

238 Rumer/ Trenin/ Zhao (2007): S.25

auf das Radar der USA. Daneben stand die Gefahr der nuklearen Proliferation von unzureichend gesichertem nuklearen Material wie des 600kg zu 90% hochangereicherten Uran U-235, welches in der metallurgischen Fabrik Ulba nahe Öskemen (Ust-Kamenogorsk) herumlagen und 1994 unter größter Verschwiegenheit in die USA gebracht und vernichtet wurden²³⁹. Nach dem Festhalten Kasachstans am NPT und dem START I Vertrag, erfüllte das Land alle Verpflichtungen und ist seit 1996 atomwaffenfrei.

Internationale Regime sind für die USA ein recht effektives Mittel, um ihre ideologischen Grundsätze in der Welt zu festigen. Die zentralasiatischen Republiken wurden mit Synergieversprechen bei der Bekämpfung des transnationalen Drogen- und Waffenhandels zum Beitritt zur NATO und zur OSZE ermutigt. Die fünf Staaten traten schlussendlich sowohl der OSZE als auch dem „Partnership for Peace“ Program der NATO bei, doch „it appears in retrospective that its [Anm. der Beitritt zur OSZE und dem PfP der NATO] primary goal was to help Europe make itself more secure from Central Asia or get Central Asia to help adress the challenges facing Europe elsewhere rather than help Central Asia proper secure itself from any threats facing it“²⁴⁰.

Die Zentralasiaten sollen durch die Hilfsprogramme nicht dabei unterstützt werden, eine eigene, auf ihre Ansprüche angepasste kollektive Sicherheitsarchitektur aufzubauen, sondern in die bereits bestehende, amerikanisch-europäische eingebunden zu werden. Dadurch wurden Strategiediskussionen zwischen den zentralasiatischen Staaten vermieden und die USA mussten sich nicht auf ein neues „Great Game“ einlassen. 1997 befürchtete der damalige US-Außenminister Talbott eine vietnamkriegsähnliche Situation, sollten die geopolitischen Interessen Russlands, Chinas, des Iran, Indiens, Pakistans und der Türkei in Zentralasien aufeinander prallen und befürwortete ein *Great Power* - freies Zentralasien. Doch zwischen den zentralasiatischen Republiken herrscht politisch der Primat des Nullsummenspiels, was innerzentralasiatische Kooperation be-, wenn nicht gar verhinderte, zusammenfassend, „Central Asian Solidarity was an oxymoron“²⁴¹.

Die Energieressourcen der Region hätten das Potential gehabt, amerikanisches Interesse zu wecken. Die „Energy Information Administration of the Department of Energy“ legte den „Caspian Region Energy Development Report“ vor welcher der Region ein beträchtliches Vorkommen an Öl und Erdgas attestiert.

239 Hoffman (2009)

240 Rumer/ Trenin/ Zhao (2007): S.27

241 Ebenda, S.30

Tabelle 7: Geschätzte Energieträgerreserven in Zentralasien

Land	Geschätzte Ölreserven (in Mrd. Barrel)		Geschätzte Gasreserven (in Mrd. m ³)	
	2005	2011	2005	2011
Kasachstan	9	30	3.000	2.500
Turkmenistan	0,5	0,6	2.100-2.900	7.500
Usbekistan	0,59	0,59	1.850	1.840

Quelle: Gelb, B. A.: CRS Report for Congress - Caspian Oil and Gas: Production and Prospects

Da aber die Transportmöglichkeiten zu nahegelegenen Hochseehäfen nicht existieren, schmolz das Interesse alsbald dahin.

Nach den Anschlägen vom 11. September 2001 wurden die USA zur bestimmenden, fremden Militärmacht in der Region. Der Krieg in Afghanistan nötigte Amerika, Flugbasen in den benachbarten zentralasiatischen Republiken zu pachten. Die Stützpunkte im usbekischen Karschi-Khanabad (genannt K-2) und im kirgisischen Manas waren für die Versorgung und der Luftunterstützung beim (vermeintlich raschen) Sieg über das Talibanregime von herausragender Bedeutung. Die autoritäre Natur der zentralasiatischen Regime kam dabei den USA als taktischer Umstand entgegen. Es mussten keine zivilgesellschaftlichen Debatten und parlamentarische Entscheidungen abgewartet werden, bevor Karimov den USA den Flughafen K-2 überlassen konnte. Die qualitative Steigerung der usbekisch-amerikanischen Beziehungen wurde im März 2002 mit der „United States – Uzbekistan Declaration on the Strategic Partnership and Cooperation Framework“ vertraglich niedergelegt. Darin verpflichtet sich Usbekistan zu freiwilligen demokratischen Reformen, während die USA Sicherheitsgarantien und militärische Kooperation geloben.

Bis 2001 waren die zentralasiatischen Führer diplomatisch zwischen den Polen Moskau und Beijing gefangen, die Militärpräsenz der USA bot den Führungen mehr Spielraum bei der Verfolgung eigener Interessen im Rahmen einer multivektoriellen Außenpolitik. Einen weiteren Schritt in Richtung eines längerfristigen Engagements in der Region stellte die „National Strategy for Combating Terrorism“²⁴² dar. Das im Februar 2003 verabschiedete Papier leitete den *war on terror* als ein unbefristetes politisches, ökonomisches und

242 National Strategy for Combatting Terrorism

militärisches Unterfangen ein, und prägte somit entscheidend den US-amerikanischen Blickwinkel der ersten Dekade des 21. Jh. auf Zentralasien und die Welt. Es wird der politische Wandel betont, welcher notwendig ist, um terroristischen Organisationen die Rekrutierungsbasis zu nehmen und somit Stabilität herbei zu führen, eine Strategie, welche bei den zentralasiatischen Eliten kaum auf Gegenliebe stößt.

Dieselben Regime, die sich im Afghanistankrieg als so nützlich erwiesen, stellen sich seit 2005 als größter Destabilisierungsfaktor der Region heraus.

So bekämpfen sich z.B. in Uzbekistan die Geheimpolizei (SNB) und das Innenministerium (MVD) gegenseitig mit allen Mitteln (einige Quellen bezichtigen sie terroristischer Angriffe wie den Anschlägen von Taschkent 1999 und 2004). Beide Institutionen versuchen sich bereits jetzt die verheißungsvollste Position für den Machtpoker in der Post-Karimovschen Zukunft zu erarbeiten.

Auch das Massaker von Andischan 2005 soll von beiden Behörden mit zu verantworten sein. Nachdem die USA die mangelhafte Aufklärung der Umstände des Massakers von 2005 beanstandeten, wurde der Mietvertrag für die Flugbasis K-2 von usbekischer Seite her gekündigt.

Der Rückzug aller US-amerikanischen Truppen aus Afghanistan 2014, wird wohl auch wieder die Beziehungen zu Zentralasien kurz- und mittelfristig abkühlen lassen. Denn es stellt sich für die Region in dieser Periode nicht die Frage ob eine Transition von der Diktatur in eine Demokratie möglich ist, sondern welches Chaos herrschen würde wenn die Tyrannei abdanken müsste. Hier sehen wir welche Lehren die USA aus den Kriegen im Irak und Afghanistan gezogen haben. Die hoffnungsvollste Strategie, welche die USA in Zentralasien verfolgen können, ist die Herausbildung weltoffener Eliten. Doch die Entwicklungen auf dem Gebiet der Menschenrechte und der Mechanismen des Überwachungsstaates zeichnen ein entgegengesetztes Bild: die USA lernen von den Diktaturen.

7.2 Russland

Russland rühmt sich seit Mitte des 19. Jh. an seinen Südgrenzen eine *mission civilisatrice* mit Erfolg erfüllt zu haben²⁴³, obwohl keine sozioökonomischen Indikatoren dieser Regionen an die Niveaus der Kern- und Westrepubliken heranreichen konnten. Inwiefern sich der Kaukasus und Zentralasien ohne den Einfluss des Zaren- und Sowjetreiches schneller/langsamer, besser/schlechter oder schlicht anders entwickelt hätten, lässt sich selbstverständlich im Nachhinein nicht verifizieren, einzig die Geisteshaltung der russischen Außenpolitik gegenüber diesen Nachbarn lässt sich aus dieser Aussage ableiten.

Nach dem Ende der Sowjetunion stellte sich für das neue Russland die Frage, an welcher Stelle der Prioritätenliste Zentralasien stehen würde. Nachdem die politischen Systeme des Westens die überlebensfähigere Alternative darzustellen schienen, es nur eine sehr marginale ethnische Korrelation zwischen Russland und Zentralasien gab und auch die ökonomische Kapazitäten der Region schwach ausgebildet waren (ein Umstand, welcher den niedrigen Weltmarktpreisen für Baumwolle und Energieträger Anfang der 1990er Jahre, geschuldet ist), drängten Jelzins Berater auf die kleinrussische Lösung hin, eine Russische Föderation ohne die zentralasiatische Republiken²⁴⁴. Des Weiteren konnten unabhängige Staaten besser die duale Rolle als Schutzwall und Verbindung zur muslimischen Welt ausfüllen.

Doch die Selbstwahrnehmung Russlands hat sich im 21. Jh. wieder gen realistischerer Position verschoben, es kann nur bestehen, wenn es ein unabhängiges Machtzentrum bildet. Nach den gescheiterten Annäherungsversuchen an den Westen, besann sich die Russische Föderation auf ihre eigene politische Anziehungskraft und schuf mit der Gemeinschaft unabhängiger Staaten (GUS) sowie der Organisation für einen Vertrag für kollektive Sicherheit (OVKS) eigene institutionelle Rahmen, welche es erlauben, auch weiterhin Einfluss auf die ehemaligen orbitalen Sowjetrepubliken auszuüben.

Kurz vor dem Verlust der politischen Relevanz der GUS 2005 elaborierte die russische Führung den Ausdruck des „liberalen Imperiums welches privilegierte Handelsbeziehungen und einen hohen Grad an politischer Einflussnahme auf die angrenzenden Staaten unterhält“²⁴⁵. Doch war die GUS eine zu unbewegliche Institution, die EAEC und OVKS bieten sich als flexiblere Instrumente wirtschaftlicher und sicherheitspolitischer Überlegungen besser an.

243 Rumer/ Trenin/ Zhao (2007): S.76

244 Rumer/ Trenin/ Zhao (2007): S.79

245 Ebenda S.81

In diesen spielt die EU kaum eine Rolle, ist sie in sicherheitspolitischen Fragen nach wie vor zerstritten und zu gemeinsamen massiven Auslandsdirektinvestitionen, insbesondere in Zentralasien kaum fähig ist. Das sicherheitspolitische Monopol, welches Russland in Zentralasien zu verteidigen versuchte, wurde zeitweise nur durch die US-amerikanische Präsenz in Afghanistan und die zur Kriegsführung notwendigen Stützpunkte in Uzbekistan und Kirgisistan aufgeweicht. Aus diesem Grund näherte sich Russland in strategischen Fragen in Zentralasien an die VR China an. In der hierzu gegründeten Shanghai Cooperation Organization (SCO) verlor die Russische Föderation jedoch bald eine tragende Rolle, die SCO kann mittlerweile als Organisation von „China in Zentralasien“ klassifiziert werden. Dennoch kann Russland gut mit der SCO in der Region leben. Sie ist eine Institution, welche den Fortbestand der autoritären Regime der in der ehemaligen UdSSR ausgebildeten politischen Eliten unterstützt. Zusammen sehen sie sich als Bollwerk gegen Chaos und Islamismus in der Region. Die autoritäre Solidarität entspringt neben geopolitischen Überlegungen auch der Überzeugung, dass die Überwindung dieser Regime nicht automatisch in einer Form der Demokratie mündet, sondern dass die gesellschaftlichen Umstände und inneren Zerwürfnisse, möglicherweise auch gewaltsam, erst ausgefochten werden müssten. Diese Möglichkeit ließ sich unlängst in den Nachwehen der Revolutionen des arabischen Frühlings, in der Ukraine, in Georgien und in Kirgisistan beobachten. Der tadjikische Bürgerkrieg, welcher auf Grund pluralistischer Machtambitionen entflammte, den Frieden in der gesamten Region bedrohte und erst mit dem militärischen Eingriff Russlands eingedämmt werden konnte, stellt für die Russische Föderation einen spezifischen zentralasiatischen Präzedenzfall dar, wobei die sozialen, ökonomischen und politischen Unterschiede zwischen den Republiken ausser Acht gelassen werden.

Dabei unterhält Russland zu den einzelnen Staaten Zentralasiens sehr heterogene Beziehungen:

Kasachstans Bevölkerung besteht zu einem Drittel aus ethnischen Russen, welche sich dort angesiedelt haben oder angesiedelt wurden. Der Schutz von Auslandsrussen hat einen hohen Stellenwert in der Regierung Putin bzw. Medwedew, er wurde u.a. als Rechtfertigung für den Angriff auf Georgien im Sommer 2008 genutzt. Deshalb hat Russland Interesse an einem stabilen multiethnischen Staat. Die Landgrenze zwischen Russland und Kasachstan ist mit rund 7500 km die längste der Welt und ist abseits offizieller Grenzübergänge nicht durchgehend überwachbar. Des Weiteren durchquert sie das Gasfeld von Astrakhan-Atyru,

welches gemeinsam von russischen und kasachischen Unternehmen in Form von Joint-Ventures ausgebeutet wird.

Usbekistan ist v.a. als Militärmacht und durch die hohe Bevölkerung der sicherheitspolitische Dreh- und Angelpunkt für Russland in der Region. Die entschlossene Niederschlagung der Unruhen von 1999, 2000 und 2005 sowie das Militärbudget, welches das höchste der zentralasiatischen Staaten ist, sind Indizien für die tragende Rolle, welche die bewaffneten Streitkräfte in der Gesellschaft einnehmen.

Kirgisistan ist wie kein anderes Land Zentralasiens von ausländischen Geldgebern und NGOs abhängig, und somit auch dem politischen Einfluss dieser ausgesetzt. Dies ist der russischen Führung ein Dorn im Auge, so dass es nicht verwundert, dass „Moscow has been trying assiduously to reduce America's official and NGO sponsored influence in Kirgistan, which is the highest in the region“²⁴⁶.

Turkmenistan ist wegen seiner Erdgasreserven und der direkten Anbindung an das russische Pipelinenetz interessant. Bereits seit 2010 ist Russland auf turkmenisches Gas angewiesen, um die Exportverträge nach Osteuropa und in die EU erfüllen zu können. Es bleibt abzuwarten, welche Rolle Turkmenistan in der russischen Aussenpolitik spielen wird, wenn erneuerbare Energien und die Fracking-Technologie zum Abbau von Erdgas aus Schiefergestein in den Abnahmestaaten weiter gefördert werden und somit die Gaspreise sinken könnten.

Tadjikistan kann als Russlands Verbindungsbrücke zum Iran gesehen werden. Die persischen Wurzeln der tadjikischen Kultur sowie die gemeinsamen Bemühungen des Iran und Russlands bei der Beendigung des Bürgerkrieges schaffen nicht nur Vertrauen zwischen den Regionalmächten, sondern können auch im Hinblick auf den Bürgerkrieg in Syrien eine weitere Option zur Friedensinitiative darstellen.

Das momentan schwierige Verhältnis welches in der russischen Innenpolitik zur Demokratie herrscht (diese wird als „pro-westlich“ bzw. „pro-amerikanisch“ oder einfach nur als stabilitätsgefährdend empfunden), setzt sich auch im Hinblick auf Zentralasien fort. Die

246 Rumer/ Trenin/ Zhao (2007): S.89

Absicherung der aktuellen zentralasiatischen politischen Eliten und die Abwehr des Eindringens fremder politischer Mächte im Sinne der Militärdoktrinen von 1993 und 2000 sind die makropolitischen Ziele Russlands in Zentralasien. Die Bekämpfung des Drogenhandels²⁴⁷, militärische Kooperation, sowie strategische Partnerschaften für russische Öl- und Gasproduzenten (Gazprom, Rosneft, LUKOil, Rusal, RAO UES) sind die sicherheitspolitischen Aspekte der Zusammenarbeit. Die Bereiche Metallurgie, Telekommunikation, Maschinenbau und die chemische Industrie dominieren die ökonomische Kooperation.

Abschließend soll noch ein Blick auf die Demographie der russischen Bevölkerung geworfen werden. 1990 lebten 7,5 Mio ethnische Russen (etwa 30% aller Auslandsrussen) in den zentralasiatischen Republiken, diese Zahl sank auf 6,6 Mio 2005. Ein ähnliches Szenario finden wir in Russland selbst: dort sinkt die Zahl des Bevölkerungsanteils im arbeitsfähigen Alter um 1 Mio Individuen pro Jahr²⁴⁸. Diese Entwicklung entlockt Experten Aussagen wie „as a resource, labor will be more scarce than energy“²⁴⁹. Bereits heute arbeiten zwischen 500.000 und 800.000 Tadjiken (~10% der Bevölkerung Tadjikistans), 500.000 Kirgisen (~10% aller Kirgisen) und 500.000 Uzbeken (~2% der Uzbeken) oft als als ungelernete Arbeiter in allen Bereichen des Niedriglohnsektors in Russland; ein nicht zu unterschätzender Wirtschaftsfaktor. Trotz der geringen Bezahlung, des mangelnden Rechtsschutzes, der sich ausbreitenden Kaukasophobie und Islamophobie, reißt der Strom an Arbeitsmigranten nicht ab, der wirtschaftliche Druck in den Heimatländern lässt diesen Schritt alternativlos erscheinen. Doch nicht nur die Migranten, sondern auch die zentralasiatischen Republiken profitieren von diesem System. So betragen die Überweisung in etwa die gleiche Summe wie die offizielle Entwicklungshilfe, zum anderen wird das interne Konfliktpotential durch die Abfederung und den Export von Arbeitskraft etwas entschärft.

Schlussendlich kann man die russische Zentralasienpolitik in drei Phasen unterteilen:

bis 1992: Rückzug aus der Region²⁵⁰

bis 1999: Passives Desinteresse

ab 2000: Reconquista

247 Rumer/ Trenin/ Zhao (2007): S.97ff

248 Ebenda S.113

249 Ebenda S.114

250 Ebenda S.119f

7.3 China

Wenn wir die chinesische Zentralasienpolitik betrachten, wird augenfällig, dass zwar Konzept, Taktik und Ziele vorhanden sind, jedoch keine formale Strategie ausgearbeitet wurde. Bis 1997 priorisierte die VR die Sicherstellung der Grenzen mit den neuen Nachbarn Kasachstan, Kirgisistan und Tadjikistan. Dabei war die Finalität der territorialen Ausdehnung der entstandenen Staaten genauso wichtig wie die Absicherung dieser Grenzen. Bis zu diesem Zeitpunkt standen die wirtschaftlichen Beziehungen zwischen China und den zentralasiatischen Republiken noch in den Kinderschuhen, das Handelsvolumen betrug weniger als 1 Mrd \$ pro Jahr²⁵¹.

Zur Formalisierung der Anerkennung der Grenzen, als vertrauensbildende Massnahme und aus pragmatischen Gründen der Ressourcenschonung (Chinas Grenze mit Russland beträgt 3645 km, mit Kasachstan 1533 km, mit Kirgisistan 858 km und mit Tadjikistan 414 km²⁵²) wurde am 26. April 1996 von den Shanghaier Fünf (VR China, Russische Föderation, Kasachstan, Kirgisistan und Tadjikistan), der Vorgängerorganisation der SCO, der „Treaty on Deepening Military Trust in Border Regions“ unterzeichnet. Dieser Vertrag verbietet offensive Militäraktionen im Grenzgebiet, Militärübungen in denen ein Vertragspartner das Ziel darstellt, eine Informationsverpflichtung für militärische Aktivitäten, welche näher als 100 km von der Grenze stattfinden und die Entwicklung friedlicher und freundschaftlicher Beziehungen zwischen militärischem Personal und Grenzschutztruppen. Militärische Restriktionen im Grenzgebiet wurden im „Treaty on Reduction of Military Forces in Border Regions“ fortgeführt²⁵³. Die Grenzsicherung war und ist für die Regierung der Volksrepublik stets ein zentrales Anliegen und war 1997 im Westen *de facto* beendet. Der Fokus der Shanghaier Fünf verlagerte sich bei den folgenden Gipfeltreffen²⁵⁴ von der rein militärischen Kooperation zur Zusammenarbeit in den Bereichen Stabilität, Frieden, Entwicklung und Wohlstand in der Region. Dabei spielt der Kampf gegen Terrorismus, (islamistischen) Extremismus und Separatismus (in China liegt das Augenmerk auf der ostturkestanischen Bewegung in Xinjiang) eine herausragende Rolle. Zeitgleich mit der Aufnahme Usbekistans in die Shanghai Fünf wurde die Organisation im Juni 2001 in die SCO umgewandelt, einer

251 Ebenda S.139f

252 Wikipedia: Borders of China

253 Unterzeichnet in Moskau im April 1997

254 Almaty im Juli 1998, Bishkek im August 1999 und Duschanbe im Juli 2000

„Convention on Combating Terrorism, Separatism and Extremism“²⁵⁵.

Der Ursprung der Turkvölker in Xinjiang liegt im Reich der Göktürken (552-742 A.D.), welches die Grundlage für die dauerhafte Besiedlung der Region durch Uighuren, Kasachen, Kirgisen, Usbeken und Tataren bildet.

Die moderne turkestanische Bewegung nahm im Laufe des 20. Jh. immer wieder den bewaffneten Kampf gegen die chinesische Zentralregierung auf. Die erste ost-turkestanische Republik wurde 1933 in der westchinesischen Stadt Kaxgar ausgerufen, welche sich stark nationalistisch und gegen ethnische Han-Chinesen richtete. Aufstände von Muslimen sind in der chinesischen Geschichte keine Seltenheit, doch werden sie nicht als Indiz für die Unfähigkeit der Zentralregierung, eine harmonische, multi-ethnischen und multi-kulturelle Gesellschaft auf dem chinesischen Territorium zu schaffen, gesehen, sondern dienen als Beweis für die fanatische, gewalttätige und irrationale Natur des Islam (im chinesischen auch *xiaojiao*, „kleine Religion“ genannt). Die Rebellion wurde im Januar und Februar 1934 zerschlagen und Xinjiang wieder unter die Herrschaft der Kuomintang gebracht.

Die zweite ost-turkestanische Republik existierte vom 12. November 1944 bis zum 30. Oktober 1949, zwischen 1950 und 1980 erlebte Xinjiang zwanzig größere Unruhen, von 1999 bis 2001 wurden über 200 Anschläge mit 162 Toten und 440 Verletzten verübt, wobei vor den Anschlägen des 11. September 2001 dieses Thema in der chinesischen Öffentlichkeit nicht diskutiert wurde, um den Schein der inneren Harmonie und Stabilität zu wahren²⁵⁶. Da Zentralasien als Rückzugsgebiet dienen könnte, erhalten viele Uighuren keine Reisepässe, um im Ausland keine gefährlichen Kontakte knüpfen zu können. Neben diesen sicherheitspolitischen Erwägungen ist die Energiesicherheit das zweite strategische Interesse Chinas in Zentralasien.

Die chinesischen Ölimporte haben sich von 1996 bis 2010 verzehnfacht, der prozentuale Anteil des Verbrauchs welcher durch Importe gedeckt wird stieg von 10% 1996 auf 30% 2000 und blieb seither stabil.

255 Shanghai Cooperation Organization (2001): Artikel 1

256 Rumer/ Trenin/ Zhao (2007): S.143

Tabelle 8: Verbrauch von Erdöl in der VR China

Jahr	Gesamtverbrauch	Ölimporte	% durch Importe gedeckt
1996	150 Mio. t	15 Mio. t	10%
2000	210 mio. t	70 Mio t	30%
2005	390 Mio. t	130 Mio t	30%
2010	476,2 Mio. t	170 Mio t	35%

Quelle: http://en.wikipedia.org/wiki/List_of_countries_by_oil_consumption

Neben der schieren Menge an Öl, welches das chinesische Wirtschaftswachstum als Energieträger und Rohstoff für die chemische- und petrochemische Industrie benötigt, bewogen zwei weitere Gründe China eine umfassende Energiestrategie für das 21. Jh. zu erarbeiten.

Zum einen führt die Volatilität des Rohölpreises in den letzten zwei Dekaden (siehe Tabelle) zur unvorhersehbaren politischen Instabilität der Staaten, deren Ölindustrie einen bedeutenden Beitrag zur nationalen Wirtschaftsleistung beiträgt.

Tabelle 9: Minimal- und Maximalpreise pro Barrel Rohöl in ausgewählten Jahren

Jahr	Ölpreis/Barrel(159l) (min.-max. des Jahres)
1992	32,49 \$ - 37,81 \$
1997	32,33 \$ - 38,45 \$
2002	35,95 \$ - 52,27 \$
2007	100,52 \$ - 171,38 \$
2012	171,02 \$ - 222,03 \$

Quelle:<http://www.indexmundi.com/commodities/?commodity=petroleum-price-index&months=300>

Des Weiteren sind die Partner im Nahen und Mittleren Osten immer wieder gewalttätigen Unruhen ausgesetzt, welche für die Sicherung langzeitlicher Investitionen nicht förderlich sind. Ab 1997 engagiert sich China zumeist durch die China National Petroleum Company (CNPC) im großen Stil in Zentralasien, doch erst die Fertigstellung der kasachisch-chinesischen Pipeline, welche seit 2011 20 Mio. t jährlich liefert, erhob die Region zu einem wichtigen Energiepartner (2% der Importe), auch wenn sie noch weit von den Leistungen der

Hauptlieferanten aus dem Mittleren Osten (50% der Importe) und Afrika (22% der Importe) entfernt liegt.

2006 vereinbarten Turkmenistan und China den Bau der Zentralasien-China Gaspipeline, ein Projekt, welches die turkmenischen Gasfelder Bagtyýarlyk, Saman-Depe und Iolotan im Südosten und des kaspischen Meeres im Westen Turkmenistans mit Xinjiang verbindet. Aus Turkmenistan fließen seit der Fertigstellung 2009 jährlich 27 Mrd. m³ Erdgas nach China²⁵⁷. Dieser Vertrag hat bis 2039 Gültigkeit und beinhaltet auch eine Klausel, welche China daran hindert, politische Forderungen an Turkmenistan zu stellen. Die über 1800 km lange Pipeline durchquert auch Usbekistan und Kasachstan und führt weitere 10 Mrd. m³ aus Kasachstan in die VR²⁵⁸.

Die aus dem Energieträgerhandel entstandenen Gewinne werden dann wiederum genutzt, um chinesische Konsumgüter zu kaufen. Das Handelsvolumen mit den zentralasiatischen Republiken stieg von 0,459 Mrd. \$ im Jahr 1992 auf 8,73 Mrd. \$ 2005²⁵⁹, wobei 40% des Umsatzes in der Region Xinjiang erwirtschaftet wurde. 2011 betrug der Handel alleine zwischen Kasachstan und China 20 Mrd. \$ und erreichte 46 Mrd. \$ im Jahr 2013²⁶⁰. China ist der wichtigste Handelspartner Kasachstans und Turkmenistans, der zweitwichtigste Usbekistans und Kirgisistans und der drittwichtigste Tadjikistans geworden²⁶¹.

Diese zusätzliche ökonomische Alternative nutzen die zentralasiatischen Staaten für ihre multivektorielle Außenpolitik, China dient und sieht sich selbst als ausgleichende Regionalmacht zwischen Russland und den USA.

Den ideologischen Vorteil, welchen strategische Partnerschaften mit China bieten, ist die Festigung des nationalen Charakters politischer Herrschaft. So heisst es im Vorwort des „All-Round Strategic Partnership“, geschlossen im Juni 2011 in Xinhua, China zwischen Kasachstan und der VR:

„The two sides reiterate our support for the other side’s effort to defend its national sovereignty, security, and territorial integrity. We will not permit the establishment on our soil of organizations and groups that seek to damage the other side’s sovereignty, security, and territorial integrity, nor

257 Lelyveld (2014)

258 Ebenda

259 Rumer/ Trenin/ Zhao (2007): S.148

260 Admin (2013)

261 Ebenda

will we permit their activities“²⁶².

Um die Handelsfähigkeit seiner Partner zu erhöhen, ist die VR stark in Infrastrukturprojekte involviert. Die Autobahn von Kaschgar (China) über Sarytasch (Kirgisistan), Andischan, Kokand nach Taschkent (alle Usbekistan) soll neben der partiellen Rekonstruktion der antiken Seidenstrasse und der damit einhergehenden Landverbindung zu den europäischen Märkten, auch einen bedeutenden Beitrag zum Ausbau des „Asian Road Network“ leisten.

China sieht seine Konkurrenten um Einfluss in Zentralasien in drei Kategorien:

Zum Ersten wären da die strategischen Gegner Russland und USA, auf einer zweiten Ebene rangieren die Regionalmächte Japan, die EU sowie Indien und zuletzt eher ethnische und kulturelle Partner der zentralasiatischen Staaten wie die Türkei und den Iran²⁶³. Schlussendlich lässt sich sagen, dass die Aussenpolitik Chinas die eigene Innenpolitik widerspiegelt. Die VR setzt sich resolut und offensiv für das Prinzip der Nichteinmischung in Zentralasien ein. Es werden Alternativen zu der vornehmlich politischen Kooperation mit den USA und Russland aufgezeigt. Mithilfe einer stabilen ökonomischen Basis und der Versorgung mit Konsumgütern soll auch die politische Lage stabilisiert werden.

262 McDermott (2011)

263 Rumer/ Trenin/ Zhao (2007): S.179

8 Conclusio

Der vorliegende Text hatte zur Aufgabe die „Strategie für eine neue Partnerschaft 2007-2013“ zwischen der EU und Zentralasien zu analysieren. Der Titel des von der EU erarbeiteten Papiers besteht aus vier Begriffen: Strategie, neu, Partnerschaft und dem Zeitraum 2007-2013. Es gilt also schlussendlich darum zu klären, wie die EU diese Schlagworte versteht, wie die Begriffe im konventionellen Kontext verwendet werden und welche politischen Aktivitäten darunter fallen.

Von einer spezifischen Strategie für eine qualitativ und quantitativ engere Zusammenarbeit kann nur bedingt gesprochen werden. Den Ausführungen Karen Smith folgend, kann zwar bestätigt werden, dass den allgemeinen Leitlinien der europäischen Aussenpolitik nun auch in den Beziehungen zu den zentralasiatischen Staaten verstärkt Rechnung getragen werden soll, doch waren diese auch stets ein Teil früherer Kooperationen. Die erneute Ausformulierung von selbstverständlichen Themen wie dem Schutz der Menschenrechte, der Förderung von Demokratie und Rechtsstaatlichkeit und regionaler Kooperation scheint früheren Programmen ihre Wirksamkeit absprechen zu wollen. Dies ist sicherlich nicht falsch, hat sich die politische Situation der zentralasiatischen Republiken seit deren Unabhängigkeit kaum zum Positiven entwickelt, doch dies an einem mangelndem Engagement Europas festmachen zu wollen, wäre eine maßlose Überschätzung der EU-Kompetenzen und Kapazitäten. Um die gravierenden Umwälzungen in der politischen Praxis der zentralasiatischen Republiken realisieren zu können, welche die EU im Subtext der Strategie anspricht, ist ein bilaterales Engagement nicht ausreichend, da einzig eine politische, ökonomische und militärische Alternativlosigkeitssituation herrschen müsste, um Veränderungen des *status quo* radikal zu ändern. Doch die Alternativen werden durch andere in die Region involvierte Mächte nicht nur geboten, auch die EU selbst ist in einer multivektoriell ausgerichteten Aussenpolitik eine von ihnen. So können die zentralasiatischen Machthaber verstärkt den Dialog mit der EU suchen um ihre autoritären Partner unter Druck zu setzen.

Es kann sich auch nicht um eine kohärente Strategie handeln wenn wie im Fall der Andischansanktionen, widersprüchliche Signale gesendet werden, eine der fundamentalen Eigenschaften einer Konsenspolitik. Doch deshalb fehlt Konsequenz, eine klare Linie und Glaubwürdigkeit. Wenn man von einer Strategie sprechen will, dann einzig vom bedingungslosen Festhalten am Dialog, doch auch dies stellt keine spezifische Handlungsweise dar, sondern ist die Grundvoraussetzung der internationalen Diplomatie.

Auch von einem neuen Ansatz können wir kaum sprechen. Vorhergegangene Programme haben

viele der politischen Aufgaben in Zentralasien bereits thematisiert, doch an der Situation hat sich in den vergangenen 25 Jahren nichts wesentlich verändert. Die Verschärfung von Umweltproblemen ist ein globaler Prozess, ebenso wie die Zersplitterung und das Auseinanderdriften der Gesellschaft, welche der Logik des Neoliberalismus geschuldet sind. Die zentralasiatischen Eliten bestehen aus denselben Personen mit den gleichen politischen Ansichten als während der Turbulenzen der Unabhängigkeit und ihr autoritärer Stil wird im Hinblick auf die bürgerkriegsähnlichen Situationen in postrevolutionären Staaten international weiterhin akzeptiert.

Der Begriff Partnerschaft im Sinne der europäisch-zentralasiatischen Beziehungen kann für die Eliten der Region einzig als Euphemismus für Machtverlust verstanden werden. Während die wichtigsten ökonomischen und sicherheitspolitischen Partner der zentralasiatischen Regime, China und Russland, politische Konditionalität kategorisch als völkerrechtswidrig verurteilen, ist die Bereitschaft zu demokratischen Reformen wenigstens rhetorisch eine Grundvoraussetzung für eine Kooperation mit der EU und anderen Westmächten. Dieses asymmetrische Verhältnis ist verständlicherweise für erst kürzlich entstandene Staaten im zwar mittlerweile etwas obsolet gewordenen Konzept des souveränen Nationalstaates beleidigend. Daneben unterstützen einige der Programme Organisationen und Teile der Gesellschaft welche täglich mit der Gefahr leben müssen, verboten zu werden. Daneben kann die ökonomische Hebelkraft der Strategie und die darauf aufbauende potentielle wirtschaftliche Vorteile als sehr gering angesehen werden.

Der Zeitraum für welchen die Strategie ihre Gültigkeit hat, beginnt mit dem Aufweichen der Sanktionen gegen Usbekistan, umspannt die Periode der globalen Wirtschaftskrise und endet mit dem Rückzug der NATO Kräfte aus Afghanistan. Der Beginn fiel glücklich, eröffnete er doch ein Fenster, welches Wohlwollen signalisierte, doch die schwierige ökonomische Entwicklung der darauffolgenden Jahre ließ global sozialen Fortschritt hinter dem wirtschaftlichen Wiederaufbau anstehen. Ob die Weltwirtschaftskrise 2013 bereits abklingt oder eine Epoche der Stagnation erst einläutet, bleibt zukünftigen Geschichtsbüchern zu entnehmen. Sicher ist, dass das europäische, aussenpolitische Engagement zu leiden hatte. Im Laufe des Jahres 2013 übergaben die letzten Kampftruppen der Alliierten des Kampfes gegen die Taliban ihre Aufgaben an die afghanischen Truppen. Zentralasien verliert somit kurzfristig seine militärische Relevanz für Europa und die USA.

Insgesamt zeigt alleine der Titel der Strategie, dass hier kein historisches Stück europäischer Aussenpolitik sondern höchstens ein temporäres Flickwerk geschaffen wurde.

Letztendlich kann gesagt werden, dass die von Georg Geiß 1995 formulierten These, dass „die Demokratisierung Mittelasiens [Zentralasien] im Sinne des Westeuropäischen Parlamentarismus

[und somit der Ziele der Strategie für eine neue Partnerschaft 2007-2013], der sozialen Substrukturen und der kulturellen und politischen Leitideen unwahrscheinlich ist. Eine solche Demokratisierung hätte angesichts der katastrophalen Wirtschaftssituation und des latenten ethnischen und sozialen Konfliktpotentials unvorhersehbare Folgen für die politische Stabilität dieser Region²⁶⁴ nach wie vor Bestand hat und auch knapp 20 Jahre später ein Ausweg aus dem Dilemma nicht zu erblicken ist.

264 Geiß (1995): S.193

9 Literaturliste

9.1 Quellen

Baldwin, David A. (1985): *Economic Statecraft*, Princeton

Barya, John-Jean (1993): *The New Political Conditionalities of Aid: An Independent View from Africa*. In IDS Bulletin Volume 24, Issue 1, 1993

Bensmann, Marcus (2007): *Viel Zensur, wenig Freiheit – Medien in Zentralasien*. In Sapper, Manfred; Weichsel, Volker; Huterer, Andrea (Hg.) (2007): *Machtmosaik Zentralasien Traditionen, Restriktionen, Aspirationen*. Berlin. Zugleich: Osteuropa, 57. Jg., 8-9/2007

Beshimov, Baktybek; Shozimov, Pulat; Bakhadyrov, Murat (2011): *A new Phase in the History of the Ferghana Valley, 1992-2008*. In Starr, S. Frederick (Hg.) (2011): *Ferghana Valley: The Heart of Central Asia*, Armonk und London

Bobokulov, Inopmjón I. (2011): *The Ferghana Valley and the International Community*. In Starr, S. Frederick (Hg.) (2011): *Ferghana Valley: The Heart of Central Asia*, Armonk und London

Buhr, Manfred; Klaus, Georg (Hg.) (1972): *Marxistisch-Leninistisches Wörterbuch der Philosophie*, Hamburg

Carothers, Thomas (1999): *Aiding Democracy Abroad: The Learning Curve*, Washington D.C.

Chong, Dennis; Druckman, James N. (2007): *Framing Theory*. In: *Annual Review of Political Science* 2007, No. 10

Dani, Ahmad Hasan; Masson, Vadim M. (Hg.) (1992): *History of Civilizations of Central Asia – Volume I*, Paris

Dani, Ahmad Hasan; Masson, Vadim M. (1992): *Introduction*. In Dani, Ahmad Hasan; Masson, Vadim M. (Hg.) (1992): *History of Civilizations of Central Asia – Volume I*, Paris

Denison, Michael (2007): *Führerkult in Turkmenistan – Überwachen und überzeugen*. In Sapper, Manfred; Weichsel, Volker; Huterer, Andrea (Hg.) (2007): *Machtmosaik Zentralasien Traditionen, Restriktionen, Aspirationen*. Berlin. Zugleich: Osteuropa, 57. Jg., 8-9/2007

Editorial (2007): *Mosaiksteine*. In Sapper, Manfred; Weichsel, Volker; Huterer, Andrea (Hg.) (2007): *Machtmosaik Zentralasien Traditionen, Restriktionen, Aspirationen*. Berlin. Zugleich: Osteuropa, 57. Jg., 8-9/2007

Florini, Ann (1996): The Evolution of International Norms. In *International Studies Quarterly*, Vol. 40, No. 3, 1996

Geiß, Paul Georg (1995): *Nationenwerdung in Mittelasien*, Wien

Geiß, Paul Georg (2007): *Andere Wege in die Moderne – Recht und Verwaltung in Zentralasien*. In Sapper, Manfred; Weichsel, Volker; Huterer, Andrea (Hg.) (2007): *Machtmosaik Zentralasien Traditionen, Restriktionen, Aspirationen*. Berlin. Zugleich: *Osteuropa*, 57. Jg., 8-9/2007

Gilster, Ansgar; Hättich, Henriette (2007): *Niedergang, Stagnation, Aufstieg: Bildung und Gesundheit in Zentralasien*. In Sapper, Manfred; Weichsel, Volker; Huterer, Andrea (Hg.) (2007): *Machtmosaik Zentralasien Traditionen, Restriktionen, Aspirationen*. Berlin. Zugleich: *Osteuropa*, 57. Jg., 8-9/2007

Graubner, Cornelius; Wolters, Alexander (2007): *Kirgisischer Feldversuch Demokratie – Zwischen Schattenstaat und Tulpenrevolution*. In Sapper, Manfred; Weichsel, Volker; Huterer, Andrea (Hg.) (2007): *Machtmosaik Zentralasien Traditionen, Restriktionen, Aspirationen*. Berlin. Zugleich: *Osteuropa*, 57. Jg., 8-9/2007

Greilsammer, Ilan (1991): The Non-Ratification of the EEC-Israel Protocols by the European Parliament (1988). In *Middle East Studies Volume 27, Issue 2*, 1991

Guéhenno, Jean-Marie (1997): *A foreign policy in search of a foreign polity*. In Zielonka, Jan (Hg.) (1998): *Paradoxes of European Foreign Policy*, Den Haag

Halbach, Uwe (2007): *Das Erbe der Sowjetunion – Kontinuitäten und Brüche in Zentralasien*. In Sapper, Manfred; Weichsel, Volker; Huterer, Andrea (Hg.) (2007): *Machtmosaik Zentralasien Traditionen, Restriktionen, Aspirationen*. Berlin. Zugleich: *Osteuropa*, 57. Jg., 8-9/2007

Hambly, Gavin (Hg.) (1966): *Fischer Weltgeschichte – Band 16 – Zentralasien*, Frankfurt am Main

Hambly, Gavin (1966): *Vorwort*. In Hambly, Gavin (Hg.) (1966): *Fischer Weltgeschichte – Band 16 – Zentralasien*, Frankfurt am Main

Hecker, Hans (2002): *Die usbekische Affäre. Wie das Korruptionssystem in Osteuropa funktioniert*. In *Süddeutsche Zeitung Nordrhein-Westfalen* vom 22. März 2002

Hettne, Björn; Söderbaum, Frederik (2005): *Civilian Power or Soft Imperialism? The EU as a Global Actor and the Role of Interregionalism*. In *European Foreign Affairs Review*, Vol. 10, Issue 4, 2005

Jopp, Mathias (1994): *The strategic implications of European integration*, Frankfurt am Main

Kennan, George (1985): *Morality and Foreign Policy*. In *Foreign Affairs*, Volume 64, Nummer 2, 1985

Lerch, Marika; Schwellnus, Guido (2006): Normative by nature? The role of coherence in justifying the EU's external human rights policy. In *Journal Of European Public Policy*, Vol.13, Issue 2, 2006

Lister, Marjorie (1998): Europe's New Development Policy. In Lister, Marjorie (Hg) (1998): *European Union Development Policy*, London

Lubin, Nancy (1984): *Labour and Nationality in Soviet Central Asia: An uneasy Compromise*, London

Lubin, Nancy; Nunn, Sam; Rubin, Barnett R. (1999): *Calming the Ferghana Valley: Development and Dialogue in the Heart of Central Asia*, New York

Matten, Marc A. (2009): *Die Grenzen des Chinesischen: Nationale Identitätsstiftung im China des 20. Jahrhunderts*, Bochum

Matveeva, Anna (2007): Traditionen, Kalküle, Funktionen – Russlands Rückkehr nach Zentralasien. In Sapper, Manfred; Weichsel, Volker; Huterer, Andrea (Hg.) (2007): *Machtmosaik Zentralasien Traditionen, Restriktionen, Aspirationen*. Berlin. Zugleich: *Osteuropa*, 57. Jg., 8-9/2007

Monar, Jörg (1996): Political Dialogue with Third Countries and Regional Political Groupings: The Fifteen as an Attractive Interlocutor. In Regelsberger, Elfriede; de Schoutheete de Tervarent, Philippe; Wessels, Wolfgang (Hg) (1996): *Foreign policy of the European Union – From EPC to CFSP and Beyond*, London

Olcott, Martha Brill (2007): Ohne Linie – Der Westen und Usbekistan nach Andischan. In Sapper, Manfred; Weichsel, Volker; Huterer, Andrea (Hg.) (2007): *Machtmosaik Zentralasien Traditionen, Restriktionen, Aspirationen*. Berlin. Zugleich: *Osteuropa*, 57. Jg., 8-9/2007

Polian, Pavel (2004): *Against Their Will: The History and Geography of Forced Migrations in the USSR*, Budapest

Rywkin, Michael (1981): Dissent in Soviet Central Asia. In *Nationalities Papers*, Vol. IX, Issue 1, 1981

Sapper, Manfred; Weichsel, Volker; Huterer, Andrea (Hg.) (2007): *Machtmosaik Zentralasien Traditionen, Restriktionen, Aspirationen*. Berlin. Zugleich: *Osteuropa*, 57. Jg., 8-9/2007

Schmitz, Andrea (2006): Eine politische Strategie für Zentralasien. In Perthes, Volker; Mair, Stefan (Hg.) (2006): *Europäische Außen- und Sicherheitspolitik - Aufgaben und Chancen der deutschen Ratspräsidentschaft einen Vorausblick auf die deutsche Ratspräsidentschaft 2007*, Berlin

Schmitz, Andrea (2007): Effizienz als Leitmotiv – Die „Strategie für eine neue Partnerschaft mit Zentralasien“. In Kietz, Daniela; Perthes, Volker (Hg.) (2007): Handlungsspielräume einer EU-Ratspräsidentschaft - Eine Funktionsanalyse des deutschen Vorsitzes im ersten Halbjahr 2007, Berlin

Smith, Karen (2000): The End of Civilian Power EU: A Welcome Demise or Cause for Concern? In The International Spectator, Volume 35, Nummer 2, April – Juni 2000

Smith, Karen (2008): European Union Foreign Policy in a Changing World, 2. Auflage, Cambridge

Starr, S. Frederick (2011): Conclusio. In Starr, S. Frederick (Hg.) (2011): Ferghana Valley: The Heart of Central Asia, Armonk und London

Starr, S. Frederick (Hg.) (2011): Ferghana Valley: The Heart of Central Asia, Armonk und London

Westphal, Kirsten (2007): Wettlauf um Energieressourcen – Markt und Macht in Zentralasien. In Sapper, Manfred; Weichsel, Volker; Huterer, Andrea (Hg.) (2007): Machtmosaik Zentralasien Traditionen, Restriktionen, Aspirationen. Berlin. Zugleich: Osteuropa, 57. Jg., 8-9/2007

Wiegmann, Gunda (2007): Staatsversagen in Tadjikistan – Lokales Regieren nach dem Bürgerkrieg. In Sapper, Manfred; Weichsel, Volker; Huterer, Andrea (Hg.) (2007): Machtmosaik Zentralasien Traditionen, Restriktionen, Aspirationen. Berlin. Zugleich: Osteuropa, 57. Jg., 8-9/2007

Wolfers, Arnold (1962): Discord and Collaboration in Essays on International Politics, Baltimore

9.2 Internetquellen

A People on the Move: Germans in Russia and in the Former Soviet Union: 1763 – 1997. Online in
>http://library.ndsu.edu/grhc/history_culture/history/people.html< Zugriff am 18.1.2014

Admin (2013): Volume of trade between China and the five Central Asian countries diplomatic relations were established about 100 times. Online in > <http://www.finance-daily-news.com/2013/10/volume-of-trade-between-china-and-the-five-central-asian-countries-diplomatic-relations-were-established-about-100-times/volume-of-trade-between-china-and-the-five-central-asian-countries-diplomatic-relations-were-established-about-100-times.html>< Zugriff am 20.7.2014

Adriaen, Charlotte (2009): EU Activities in Tajikistan. In EU-Central Asia Monitoring – EUCAM WATCH: Czech Presidency overwhelmed by challenges: Is Central Asia one of them? Issue 2, Februar 2009. Online in
>http://www.fride.org/download/EUCAM_Newletter2_ENG_mar09.pdf< Zugriff am 5.3. 2014

Agnoletto, Vittorio (2005): Arbeitsdokument über die Menschenrechts- und Demokratieklausele in Abkommen der Europäischen Union - Ausschuss für auswärtige Angelegenheiten. Online in
>http://www.europarl.europa.eu/meetdocs/2004_2009/documents/dt/577/577923/577923de.pdf< Zugriff am 17.1.2014

Boonstra, Jos; Melvin, Neil (2008): The EU Strategy for Central Asia @ Year One. Policy brief Nr.1 Oktober 2008. Online in > http://www.fride.org/download/OP_The_EU_Strategy_ENG_oct08.pdf< Zugriff am 23.02.2014

Border Management Programme in Central Asia (BOMCA). Online in
>http://ec.europa.eu/europeaid/where/asia/regional-cooperation-central-asia/border-management-fight-against-drugs/bomca_en.htm< Zugriff am 19.1.2014

Bunyan, Thomas (1993): Trevi, Europol and the European state. Online in
><http://citeseerx.ist.psu.edu/viewdoc/download?doi=10.1.1.175.888&rep=rep1&type=pdf>< Zugriff am 17.1.2014

Burnashev, Rustam; Chernykh; Irina (2007): Changes in Uzbekistan's Military Policy after the Andijan Events. In China and Eurasia Forum Quarterly, Volume 5, Nr. 1, 2007. Online in
>http://www.silkroadstudies.org/new/docs/CEF/Quarterly/February_2007/Burnashev_Chernykh.pdf< Zugriff am 16.02.2014

Carothers, Thomas (2006): The Backlash Against Democracy Promotion. Online in
><http://www.foreignaffairs.com/articles/61509/thomas-carothers/the-backlash-against-democracy-promotion>< Zugriff am 16.1.2014

CIA Factbook (2012): Kasachstan. Online in > https://www.cia.gov/library/publications/the-world-factbook/geos/print/country/countrypdf_kz.pdf< Zugriff am 2.3.2014

CIA World Factbook (2013): Economy of Tajikistan. Online in ><https://www.cia.gov/library/publications/the-world-factbook/geos/ti.html>< Zugriff am 2.3.2014

Drucker, Jeremy (2009): Kyrgyzstan: The Religion Thing. In Transitions Online (Prag, 15.9.2009). Online in ><http://www.ceeol.com/aspx/issuedetails.aspx?issueid=80e292f8-cff2-4577-8194-b4916e5c9439&articleid=a8a50da5-577f-4213-ac13-c3304241ea71#aa8a50da5-577f-4213-ac13-c3304241ea71>< Zugriff am 16.02.2014

Elgström, Ole (2008): Trade... and Aid? EU Policy on Economic Partnership Agreements, UCD Dublin European Institute Working Paper 08-10, July 2008. Online in >http://www.ucd.ie/t4cms/wp_08-10_ole_elgstroem.pdf< Zugriff am 16.1.2014

Ergashev, Abdusalom; Ganiev, Shukhrat; Ismoilov, Sukhrobjon (2008): Think Tank “Rapid Response Group - Uzbekistan” – Abolition of Forced Child Labour in Cotton Picking: Huge Dilemma for Uzbek Government (23. Oktober 2008). Online in >http://www.eucentralasia.eu/uploads/tx_ictcontent/Cotton_2008_-_Monitoring_report_-_ENGLISH_01.pdf< Zugriff am 7.3.2014

Erstes Außenministertreffen der Troika der Europäischen Union mit den fünf Staaten Zentralasiens: Pressemitteilung vom 28. März 2007. Online in >http://eu2007.de/de/News/Press_Releases/March/0328AATroikaAstana.html< Zugriff am 18.1.2014

Europäischer Auswärtige Dienst (2007): Central Asia Indicative Programme 2007-2010. Online in > http://eeas.europa.eu/central_asia/rsp/nip_07_10_en.pdf< Zugriff am 18.1.2014

Europäischer Auswärtige Dienst (2010): Central Asia DCI Indicative Programme 2011-2013. Online in >http://www.eeas.europa.eu/central_asia/docs/2010_ca_mtr_en.pdf< Zugriff am 18.1.2014

Europäische Bank für Wiederaufbau und Entwicklung (2013): Grundsatzdokumente der Europäischen Bank für Wiederaufbau und Entwicklung. Online in ><http://www.ebrd.com/downloads/research/guides/basicsde.pdf>< Zugriff am 17.1.2014

Europäische Gemeinschaften (1973): Dokument über die europäische Identität (Kopenhagen, 14. Dezember 1973). Online in >http://www.europarl.europa.eu/brussels/website/media/Basis/Organe/ER/Pdf/Dokument_Identitaet.pdf< Zugriff am 14.1.2014

Europäische Gemeinschaften (1986): Einheitliche Europäische Akte (Luxemburg, 17. Februar und Den Haag, 28. Februar 1986). Online in

>http://www.europarl.europa.eu/brussels/website/media/Basis/Vertraege/Pdf/EEA_1986.pdf< Zugriff am 14.1.2014

Europäische Gemeinschaften (2003): A secure Europe in a better world: European Security Strategy (Brüssel, 12. Dezember 2003). Online in ><http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cmsUpload/78367.pdf>< zugriff am 15.1.2014

Europäische Gemeinschaften (2007): Regional Strategy Paper for Assistance to Central Asia for the period 2007-2013. Online in >http://eeas.europa.eu/central_asia/rsp/07_13_en.pdf< Zugriff am 18.1.2014

Europäische Gemeinschaften (2008): EU-Jahresbericht 2008 zur Menschenrechtslage, Luxemburg. Online in >http://eeas.europa.eu/human_rights/docs/report08_de.pdf< Zugriff am 1.3.2014

Europäische Kommission (1995): COM(95) 219 (Brüssel, 16. Juni 1995). Online in ><http://aei.pitt.edu/4328/1/4328.pdf>< Zugriff am 15.1.2014

Europäische Kommission (1995) (2): KOM(95) 567 (Brüssel, 22. November 1995). Online in ><http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=COM:1995:0567:FIN:DE:PDF>< Zugriff am 16.1.2014

Europäische Kommission (1998): KOM (1998) 146 (Brüssel, 12. März 1998). Online in ><http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=COM:1998:0146:FIN:DE:PDF>< Zugriff am 16.1.2014

Europäische Kommission (2000): Improving the Coherence and Effectiveness of the European Union Action in the Field of Conflict Prevention (Nice, 7. und 8. Dezember 2000). Online in >http://www.consilium.europa.eu/ueDocs/cms_Data/docs/pressdata/EN/reports/98328.pdf< Zugriff am 17.1.2014

Europäische Kommission (2001): KOM(2001) 211 (Brüssel, 11. April 2001). Online in ><http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=COM:2001:0211:FIN:DE:PDF>< Zugriff am 16.1.2014

Europäische Kommission (2001) (2): KOM (2001) 252 (Brüssel, 8. Mai 2001). Online in ><http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=COM:2001:0252:FIN:DE:PDF>< Zugriff am 16.1.2014

Europäische Kommission (2006): Entscheidung der Kommission vom 5. Oktober 2006 – 2006/670/CFSP. Online in >http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/site/en/oj/2006/l_275/l_27520061006en00650065.pdf< Zugriff am 18.1.2014

Europäische Kommission (2006) (2): KOM (2006) 590 (Brüssel, 12. Oktober 2006). Online in:
><http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=COM:2006:0590:FIN:DE:PDF>< Zugriff am 19.1.2014

Europäische Kommission (2007): KOM (2007) 1 (Brüssel, 10. Januar 2007). Online in:
><http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=COM:2007:0001:FIN:DE:PDF>< zugriff am 19.1.2014

Europäische Kommission (2012): European Instrument for Democracy & Human Rights (EIDHR). Online in
>http://ec.europa.eu/europeaid/how/finance/eidhr_en.htm< Zugriff am 16.1.2014

Europäische Kommission (2014): Haushalt 2014 in Zahlen. Online in
>http://ec.europa.eu/budget/figures/2014/2014_de.cfm< Zugriff am 17.1.2014

Europäische Kommission – Auswärtige Beziehungen (2007): EU action on water resources in Central Asia as a key element of environmental protection. Online in
>http://eeas.europa.eu/central_asia/docs/factsheet_environment_en.pdf< Zugriff am 18.1.2014

Europäische Kommission – Auswärtige Beziehungen (2008): Joint Progress Report by the Council and the European Commission to the European Council on the implementation of the EU Central Asia Strategy (24. Juni 2008). Online in >http://eeas.europa.eu/central_asia/docs/progress_report_0609_en.pdf< Zugriff am 19.1.2014

Europäischer Rat (1988): Declaration of the European Council on the international role of the European Community (Rhodos, 2. und 3. Dezember 1988). Online in >http://europa.eu/rapid/press-release_DOC-88-10_en.htm< Zugriff am 14.1.2014

Europäischer Rat (1991): Schlussfolgerungen des Vorsitzes (Luxemburg, 28. und 29. Juni 1991). Online in
>http://www.european-council.europa.eu/media/848617/1991_juni_-_luxemburg__de_.pdf< Zugriff am 16.1.2014

Europäischer Rat (2000): Schlussfolgerungen des Vorsitzes (Santa Maria de Feira, 19. und 20. Juni 2000). Online in
>http://www.consilium.europa.eu/ueDocs/cms_Data/docs/pressData/de/ec/00200-r1.d0.htm< Zugriff am 17.1.2014

Europäischer Rat (2007): Die EU und Zentralasien: Strategie für eine neue Partnerschaft. Online in
><http://www.auswaertiges-amt.de/cae/servlet/contentblob/347892/publicationFile/3096/Zentralasien-Strategie-Text-D.pdf>< Zugriff am 18.1.2014

Europäische Union (1992): Vertrag über die Europäische Union (Maastricht, 29. Juli 1992). Online in
>http://www.ecb.europa.eu/ecb/legal/pdf/maastricht_de.pdf< Zugriff am 14.1.2014

Europäische Union (2010): Konsolidierte Fassung des Vertrags über die Europäische Union (Brüssel, 30. März 2010). Online in ><http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=OJ:C:2010:083:0013:0046:de:PDF>< Zugriff am 14.1.2014

Europäische Union (2012): Konsolidierte Fassungen des Vertrags über die Europäische Union und des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union (2012/C 326/01) (Brüssel, 26. Oktober 2012). Online in ><http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=OJ:C:2012:326:FULL:DE:PDF>< Zugriff am 17.1.2014

European Training Foundation (2009): Tajikistan – ETF Country Plan 2009. Online in >[http://www.etf.europa.eu/webatt.nsf/0/C12578310056925BC12575390037F965/\\$file/NOTE7N5DY5.pdf](http://www.etf.europa.eu/webatt.nsf/0/C12578310056925BC12575390037F965/$file/NOTE7N5DY5.pdf)< Zugriff am 6.3.2014

European Training Foundation (2009)(2): Uzbekistan – ETF Country Plan 2009. Online in >[http://www.etf.europa.eu/webatt.nsf/0/C12578310056925BC125753900382E05/\\$file/NOTE7N5DZH.pdf](http://www.etf.europa.eu/webatt.nsf/0/C12578310056925BC125753900382E05/$file/NOTE7N5DZH.pdf)< Zugriff am 7.3.2014

Ferghana.ru (2009): Kyrgyzstan: The operations of special services in Nookat to threaten national security. Online in ><http://enews.ferghananews.com/news.php?id=1246&print=1>< Zugriff am 16.02.2014

Hoffmann, Stanley (1966): Obstinate or obsolete? The fate of the nation-state and the case of Western Europe. in Daedalus: Proceedings of the American Academy of Arts and Sciences, Vol. 95, No. 3, 1966. Online in ><http://ieie.itam.mx/docs06/Stephan%20Sberro/Sistema%20Union%20Europea%20a%20parte.pdf>< Zugriff am 17.1.2014

Horsman, Stuart (2005): Themes in official discourses on terrorism in Central Asia. In Third World Quarterly, Vol. 26, Nr. 1, 2005. Online in ><http://www.jstor.org/discover/10.2307/3993771?uid=3737856&uid=2&uid=4&sid=21103401343311>< Zugriff am 16.02.2014

Human Rights Watch (2007): The EU Central Asia Strategy - An essential opportunity for human rights (12. April 2007). Online in >[http://www.internal-displacement.org/8025708F004CE90B/73B1AA184943029FC125742D0043C53E/\\$file/HRW+CA-EU.pdf](http://www.internal-displacement.org/8025708F004CE90B/73B1AA184943029FC125742D0043C53E/$file/HRW+CA-EU.pdf)< Zugriff am 23.02.2014

Human Rights Watch (2009): World Report 2009 – Events of 2008, USA. Online in >http://www.hrw.org/sites/default/files/reports/wr2009_web.pdf< Zugriff am 6.3.2014

Hupka, Herbert (1984): Stenographischer Bericht der 98. Sitzung des Deutschen Bundestages, Plenarprotokoll 10/98 (Berlin, 8. November 1984). Online in ><http://dipbt.bundestag.de/dip21/btp/10/10098.pdf>< Zugriff am 18.1.2014

Ibraeva, Gulnara (2009): Kyrgyzstan, Bischkek. In Media Sustainability Index 2009. Online in >http://www.irex.org/system/files/EE_MSI_09_casia_Kyrgyzstan.pdf< Zugriff am 1.3.2014

Institute for Public Policy (2007): Roundtable - “The price of freedom of speech. In memory of Alisher Saipov”, Mitschrift der Diskussionsrunde vom 26. Oktober 2007. Online in ><http://www.ipp.kg/files/Saipov%20Round%20table.pdf>< Zugriff am 1.3.2014

International League for Human Rights (2005): Alternative Report: On Uzbekistans Observance of the international Covenant on Civil and Political Rights, New York. Online in ><http://www.ilhr.org/ilhr/regional/centasia/reports/On%20Uzbekistan's%20Observance%20of%20the%20International%20Covenant%20on%20Civil%20and%20Political%20Rights.pdf>< Zugriff am 16.02.2014

Jäger, Claus (1984): Stenographischer Bericht der 98. Sitzung des Deutschen Bundestages, Plenarprotokoll 10/98 (Berlin, 8. November 1984). Online in ><http://dipbt.bundestag.de/dip21/btp/10/10098.pdf>< Zugriff am 18.1.2014

Kamoliddinov, Anvar (2009): Winter in Tajikistan and tensions in the Region. In EU-Central Asia Monitoring – EUCAM WATCH: Czech Presidency overwhelmed by challenges: Is Central Asia one of them? Issue 2, Februar 2009. Online in >http://www.fride.org/download/EUCAM_Newletter2_ENG_mar09.pdf< Zugriff am 5.3. 2014

Kraa, Detlev (2007): Stabilität und Demokratie in Zentralasien: Eine Strategie der europäisch-zentralasiatischen Zusammenarbeit, Berlin im Juli 2007. Online in ><http://library.fes.de/pdf-files/id/04759.pdf>< zugriff am 23.02.2014

Krumm, Reinhard (2007): Kompass 2020 – Deutschland in den internationalen Beziehungen – Ziele, Instrumente, Perspektiven: Zentralasien – Kampf um Macht, Energie und Menschenrechte, Bonn/Berlin. Online in ><http://www.fes.de/kompass2020/pdf/Zentralasien.pdf>< Zugriff am 18.1.2014

Kumtor Gold (2014): Production/ Basic Data. Online in ><http://www.kumtor.kg/en/deposit/production-figures/>< Zugriff am 1.3.2014

Kurzman, Charles (1999): Uzbekistan: The Invention of Nationalism in an Invented Nation. In Critique, Nr. 15, Herbst 1999. Online in >http://kurzman.web.unc.edu/files/2011/06/Kurzman_Uzbekistan.pdf< Zugriff am 16.02.2014

Lelyveld, Michael (2014): China Pursues New Central Asian Gas Route. Online in >http://www.rfa.org/english/commentaries/energy_watch/gas-02102014124143.html< Zugriff am 20.7.2014

Lerman, Zvi (2008): Farm Debt in Transition: The Problem and Possible Solutions. In FAO Regional Office for Europe and Central Asia Policy (2008): Studies on Rural Transition No. 2008-2. Online in >http://www.fao.org/fileadmin/user_upload/Europe/documents/Publications/Policy_Studies/FarmDebt_en.pdf< Zugriff am 9.2.2014

List of countries by literacy rate. Online in ><http://www.nationmaster.com/encyclopedia/List-of-countries-by-literacy-rate>< Zugriff am 18.1.2014

National Strategy for Combatting Terrorism (2003). Online in >https://www.cia.gov/news-information/cia-the-war-on-terrorism/Counter_Terrorism_Strategy.pdf< Zugriff am 21.6.2014

McDermott, Roger (2011): Kazakhstan Looks East: Sino-Kazakh Strategic Partnership Deepens. Online in >http://www.jamestown.org/single/?no_cache=1&tx_ttnews%5Btt_news%5D=38135&tx_ttnews%5BbackPid%5D=512#.U8ufbPl_smM< Zugriff am 20.7.2014

OSCE/ODIHR (2005): PRELIMINARY FINDINGS ON THE EVENTS IN ANDIJAN, UZBEKISTAN, 13 MAY 2005 (Warschau, 20. Juni 2005). Online in ><http://www.osce.org/odihr/15653>< Zugriff am 16.02.2014

Patrick, Steward; Rice, Susan E. (2008): Index of State Weakness in the Developing World, Washington D.C. Online in >http://www.brookings.edu/~media/research/files/reports/2008/2/weak%20states%20index/02_weak_states_index.pdf< Zugriff a, 1.3.2014

Rat der Europäischen Union (2002): Rahmenbeschluss des Rates vom 13. Juni 2002 zur Terrorismusbekämpfung (2002/475/JI). Online in ><http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=OJ:L:2002:164:0003:0003:DE:PDFY>< Zugriff am 16.02.2014

Rat der Europäischen Union (2003): Ein sicheres Europa in einer besseren Welt – Europäische Sicherheitsstrategie (Brüssel, 12. Dezember 2003) ><http://consilium.europa.eu/uedocs/cmsUpload/031208ESSIIDE.pdf>< Zugriff am 17.1.2014

Rat der Europäischen Union (2005): Gemeinsamer Standpunkt 2005/304/GASP des Rates vom 12. April 2005 im Hinblick auf die Verhinderung, Bewältigung und Beilegung von Konflikten in Afrika sowie zur Aufhebung des Gemeinsamen Standpunkts 2004/85/GASP. Online in ><http://eur-lex.europa.eu/Notice.do?val=397948:cs&lang=de&list=397948:cs,&pos=1&page=1&nbl=1&pgs=10&hwords=&checktexte=checkbox&visu=#texte>< Zugriff am 17.1.2014

Rat der Europäischen Union (2005)(2): Gemeinsamer Standpunkt 2005/792/GASP des Rates 14. November 2005 concerning restrictive measures against Uzbekistan. Online in >http://www.sipri.org/databases/embargoes/eu_arms_embargoes/uzbekistan/792< Zugriff am 7.3.2014

Rat der Europäischen Union (2007): Council Conclusions on Uzbekistan - 2824th EXTERNAL RELATIONS Council meeting Luxembourg, 15-16 October 2007. Online in
>http://www.consilium.europa.eu/ueDocs/cms_Data/docs/pressData/en/gena/96513.pdf< Zugriff am 7.3.2014

Rat der Europäischen Union (2008): : COHOM 105 - EU Annual Report on Human Rights (Brüssel, den 27. November 2008). Online in ><http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cmsUpload/st14146-re02.en08.pdf><
Zugriff am 6.3.2014

Rat der Europäischen Union (2010): Joint Progress Report by the Council and the European Commission to the European Council on the implementation of the EU Central Asia Strategy (Brüssel, 28. Juni 2010). Online in
><http://register.consilium.europa.eu/doc/srv?l=EN&t=PDF&gc=true&sc=false&f=ST%2011402%202010%20INIT&r=http%3A%2F%2Fregister.consilium.europa.eu%2Fpd%2Fen%2F10%2Fst11%2Fst11402.en10.pdf><
Zugriff am 18.1.2014

Reporters without Borders for Freedom of Information (2011): World Report – Turkmenistan. Online in
><http://en.rsf.org/report-turkmenistan,140.html>< Zugriff am 2.2.2014

Reporters without Borders for Freedom of Information (2013): World Press Freedom Index 2013. Online in
>http://fr.rsf.org/IMG/pdf/classement_2013_gb-bd.pdf< Zugriff am 25.1.2014

Review of Uzbekistan gold-mining industry. Online in
>http://export.by/en/?act=s_docs&mode=view&id=8173&type=by_class&indclass=21891&mode2=archive&doc=64< Zugriff am 7.3.2014

Schmitz, Andrea (2009): Whose Conditionality? The Failure of EU Sanctions on Uzbekistan. Online in
><http://old.cacianalyst.org/?q=node/5216>< Zugriff am 7.3.2014

Schuman, Robert (1950): Erklärung vom 9. Mai 1950. Online in
>http://europa.eu/about-eu/basic-information/symbols/europe-day/schuman-declaration/index_de.htm< Zugriff am 14.1.2014

Söderbaum, Frederik (2005): EU and Interregional Cooperation: A Comparative Analysis. Präsentation in der EADI Arbeitsgruppe „Aid and Deveolment policy – European Development Cooperation to 2010“ im Rahmen der 11. EADI General Conference – Insecurity and development – Regional issues and policies for an interdependent world (Bonn, 21. - 24. September 2005. Online in
>http://eadi.org/gc2005/paperswgopen/Fredrik_Soederbaum.pdf< Zugriff am 15.1.2014

Stein, Matthew (2012): Compendium of Central Asian Military and Security Activity. Online in
><http://fmso.leavenworth.army.mil/documents/Central-Asian-Military-Events.pdf>< Zugriff am 16.02.2014

Toralieva, Gulnura (2009): The EU's approach to the development of mass media in Central Asia. Policy brief Nr.6 Juni 2009. Online in >http://www.eucentralasia.eu/uploads/tx_icticontent/PB-6-eversion.pdf< Zugriff am 23.02.2014

Von der Zarin gerufen, von Stalin verschleppt - Deutsche aus Russland. Online in >http://www.migrationsroute.nrw.de/themen.php?thema_id=58&erinnerungsort=unna-massen< Zugriff am 17.1.2014

Weltbank (2014) (1): School enrollment, preprimary (% gross). Online in ><http://data.worldbank.org/indicator/SE.PRE.ENRR/countries>< Zugriff am 8.2.2014

Weltbank (2014) (2): School enrollment, tertiary (% gross). Online in ><http://data.worldbank.org/indicator/SE.ter.ENRR/countries>< Zugriff am 8.2.2014

Wikipedia: Borders of China. Online in >http://en.wikipedia.org/wiki/Borders_of_China< Zugriff am 21.6.2014

10 Anhang

10.1 Abkürzungsverzeichnis

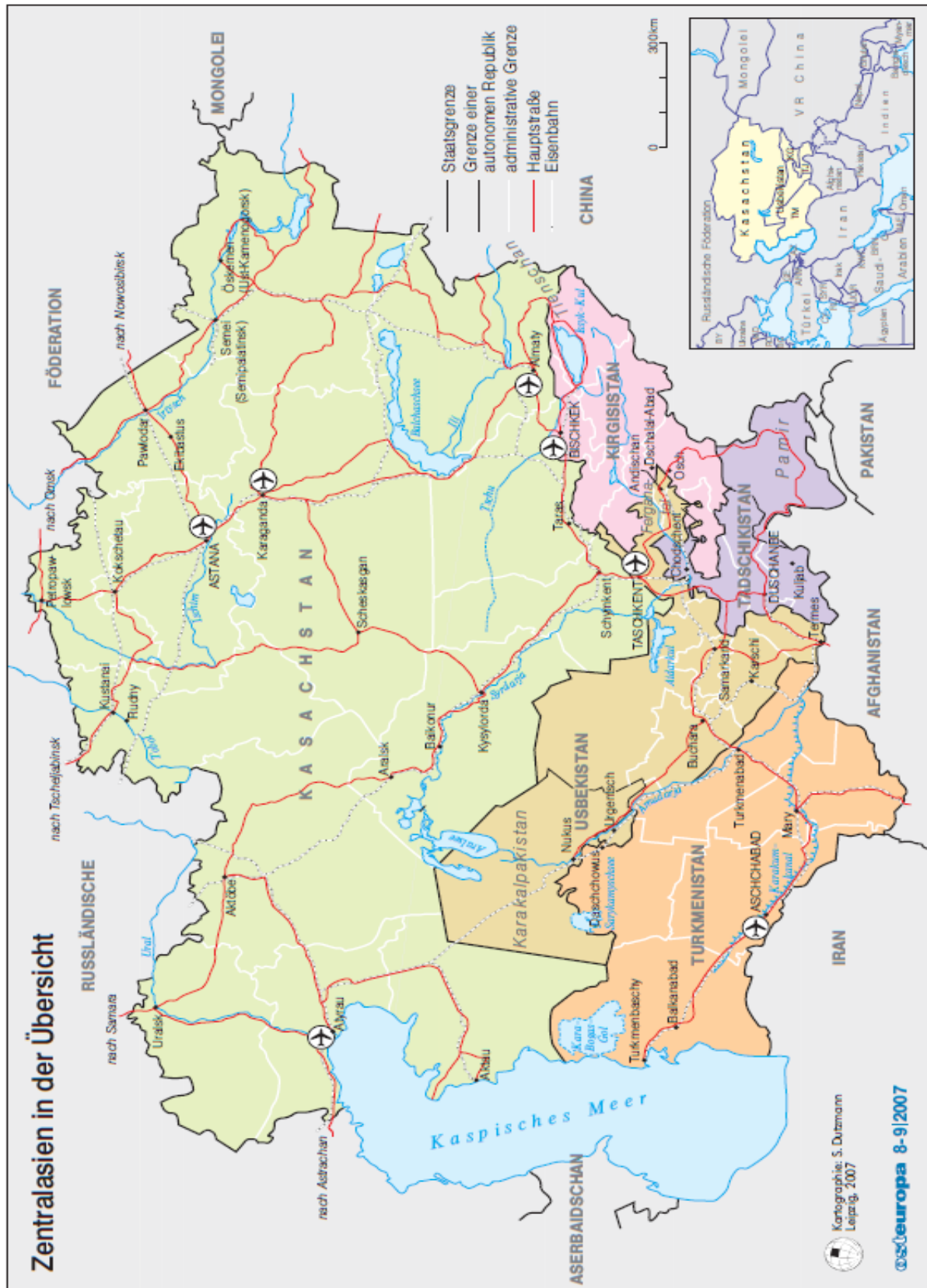
BOMCA	Border Management Program in Central Asia
CABSI	Central Asia Border Security Initiative
CADAP	Central Asia Drug Action Program
CAREC	Central Asia Regional Economic Cooperation
CAREN	Central Asia Research and Education Network
CARICC	Central Asian Regional Information and Coordination Centre
CBD	Convention on Biological Diversity
CCD	Convention to Combat Desertification
ECDC	European Centre for Disease Prevention and Control
ECHO	European Community Humanitarian Office
EIDHR	European Instrument for Democracy and Human Rights
EMCDDA	European Monitoring Centre for Drugs and Drug Addiction
ENPI	European Neighbourhood and Partnership Instrument
EUCAWI	EU - Central Asia Water Initiative EU Wasserinitiative
EUMS	European Union Military Staff
IBM	European Integrated Border Management
IBPP	Institution Building Partnership Program
ICAO	International Civil Aviation Organization
IFI	Internationale Finanzinstitute
ILO	International Labor Organization
IMF	International Monetary Fund
IMO	International Maritime Organization
INOGATE	Interstate Oil and Gas Transportation to Europe
ISAF	International Security Assistance Force
KFOR	Kosovo Force
NREN	National Research and Education Network
SFOR	Stabilisation Force in Bosnia and Herzegovina
TACIS	Technical Assistance to the Commonwealth of Independent States
TEMPUS	Trans-European Mobility Scheme for University Studies

TEN-T	Transeuropäische Netze-Verkehr
TRACECA	Transport Corridor Europe-Caucasus-Asia
TREVI	Terrorisme, Radicalisme, Extrémisme et Violence internationale
UNDP	United Nations Development Programme
UNECE	United Nations Economic Commission for Europe
UNFCCC	United Nations Framework Convention on Climate Change
WCO	World Customs Organization
WTO	World Trade Organization

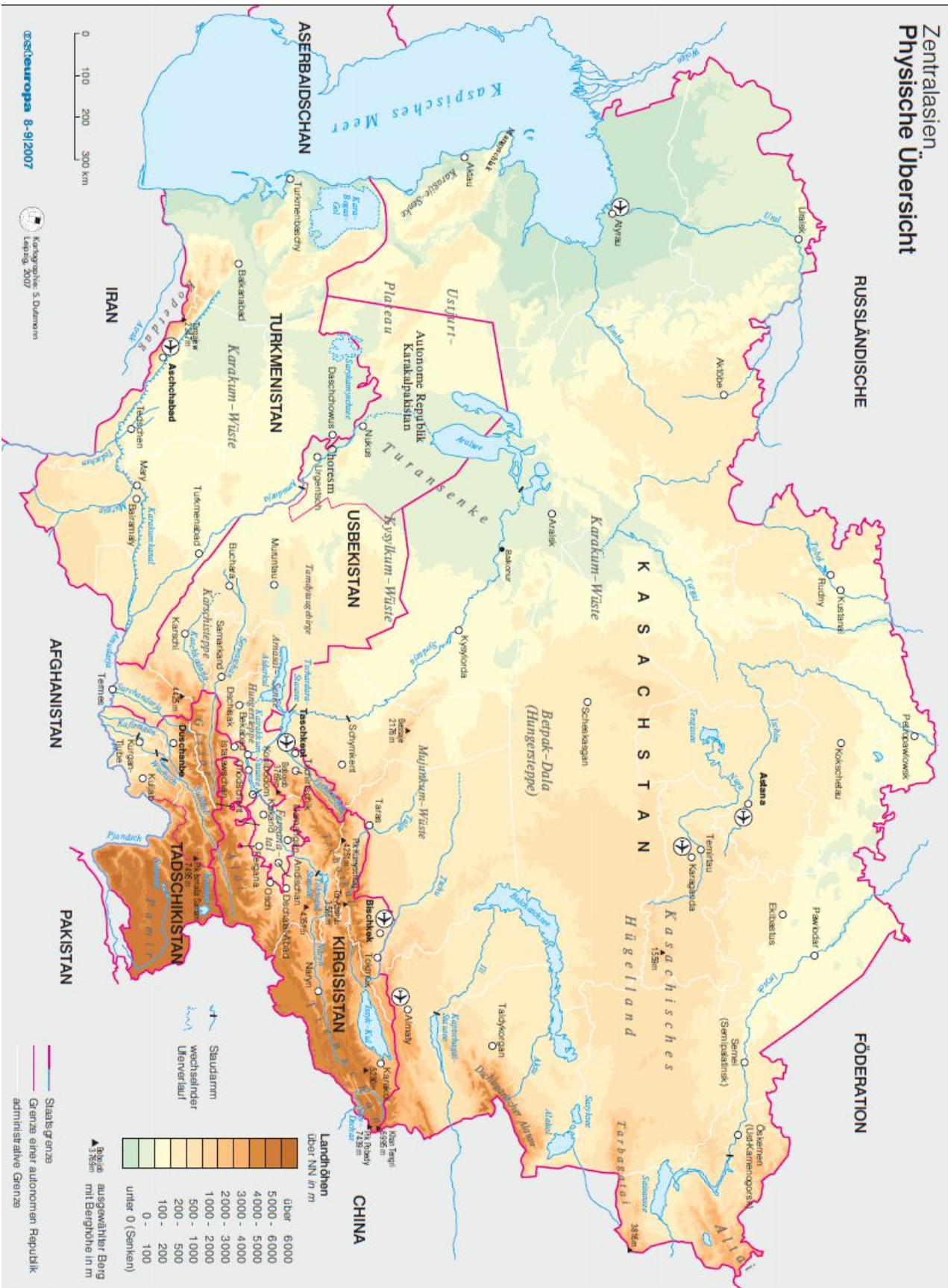
10.2 Kartenmaterial

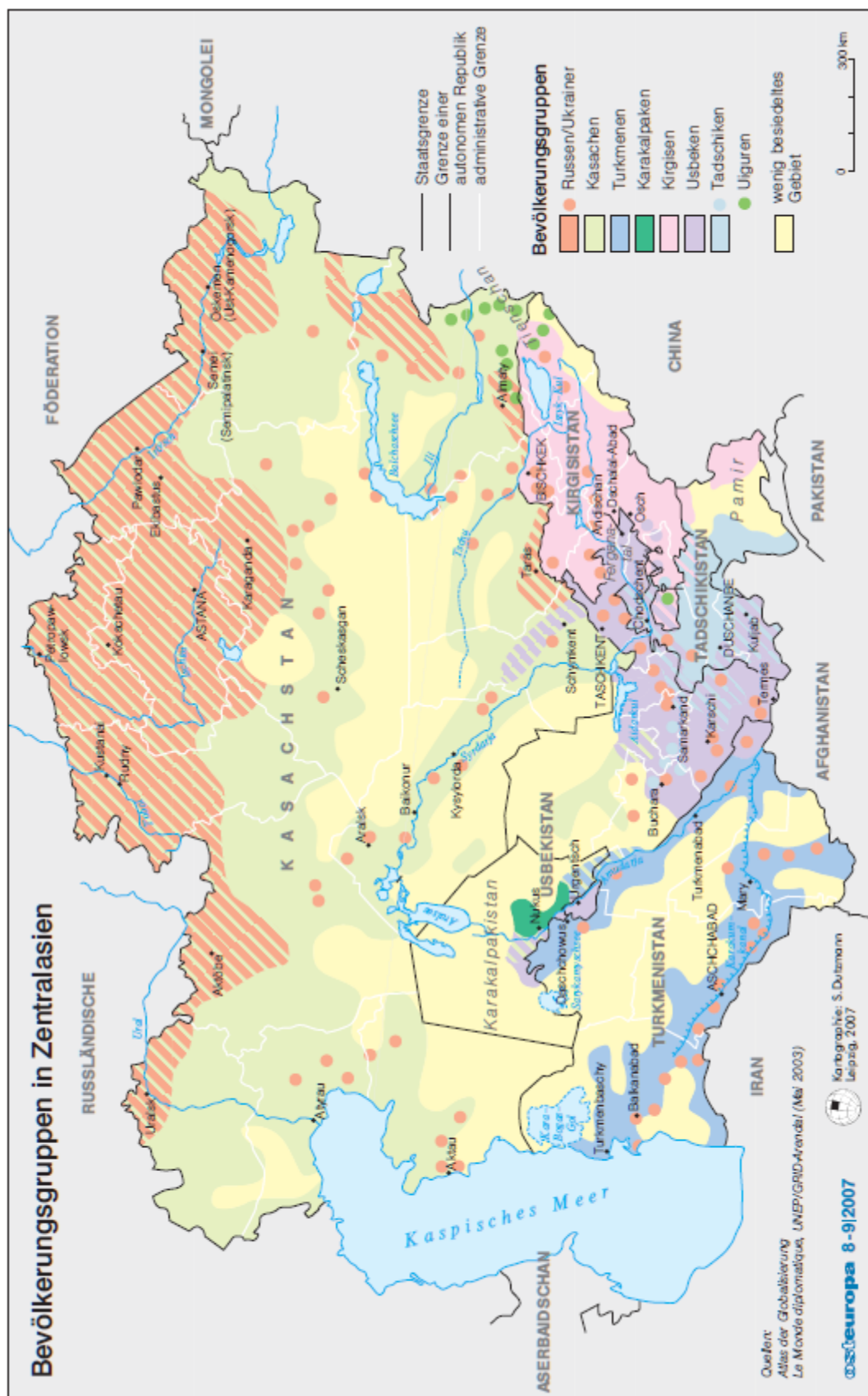
Folgende Landkarten wurden von der Deutschen Gesellschaft für Osteuropakunde e.V. zur Verfügung gestellt.

- A. Zentralasien in der Übersicht
- B. Zentralasien – Physische Übersicht
- C. Bevölkerungsgruppen in Zentralasien
- D. Kasachstan – Physische Übersicht
- E. Kirgisistan – Physische Übersicht
- F. Tadjikistan – Physische Übersicht
- G. Turkmenistan – Physische Übersicht
- H. Uzbekistan – Physische Übersicht
- I. Strategische Ellipse und globale Gasvorkommen
- J. Sedimentbecken in Zentralasien
- K. Erdölreserven und -pipelines in Zentralasien
- L. Erdgasreserven und –pipelines in Zentralasien
- M. Drogenrouten in Zentralasien



Zentralasien „ Physische Übersicht







Tadschikistan
Physische Übersicht

USBEKISTAN

KIRGISISTAN

CHINA

AFGHANISTAN

PAKISTAN

Dushanbe

Autonome Provinz Berg-Badachschan

Landhöhen über NN in m

über 6 000
5 000 - 6 000
4 000 - 5 000
3 000 - 4 000
2 000 - 3 000
1 000 - 2 000
500 - 1 000
200 - 500

Legende:

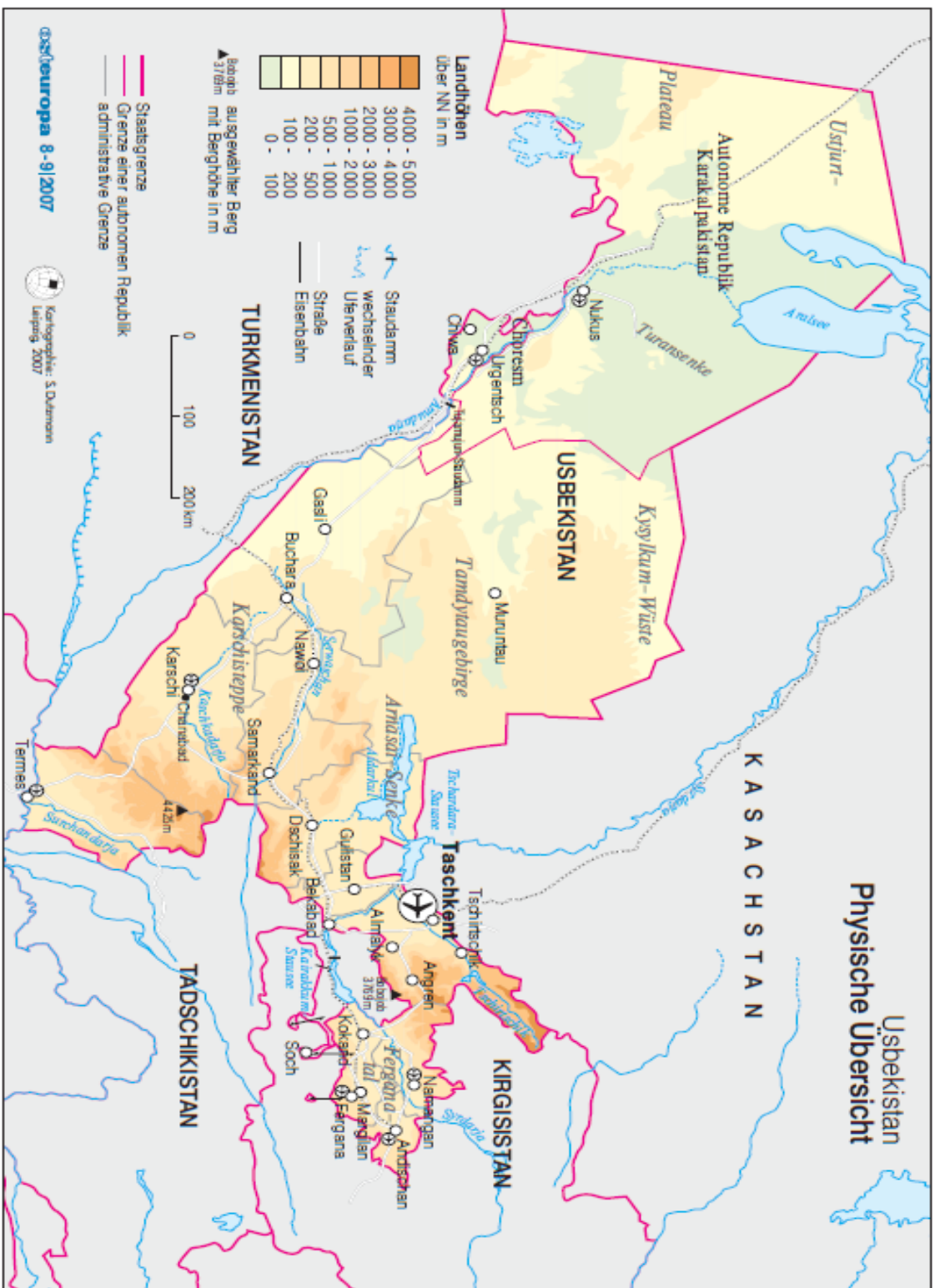
- Staatsgrenze
- Grenze der autonomen Provinz
- administrative Grenze
- Straße
- Eisenbahn

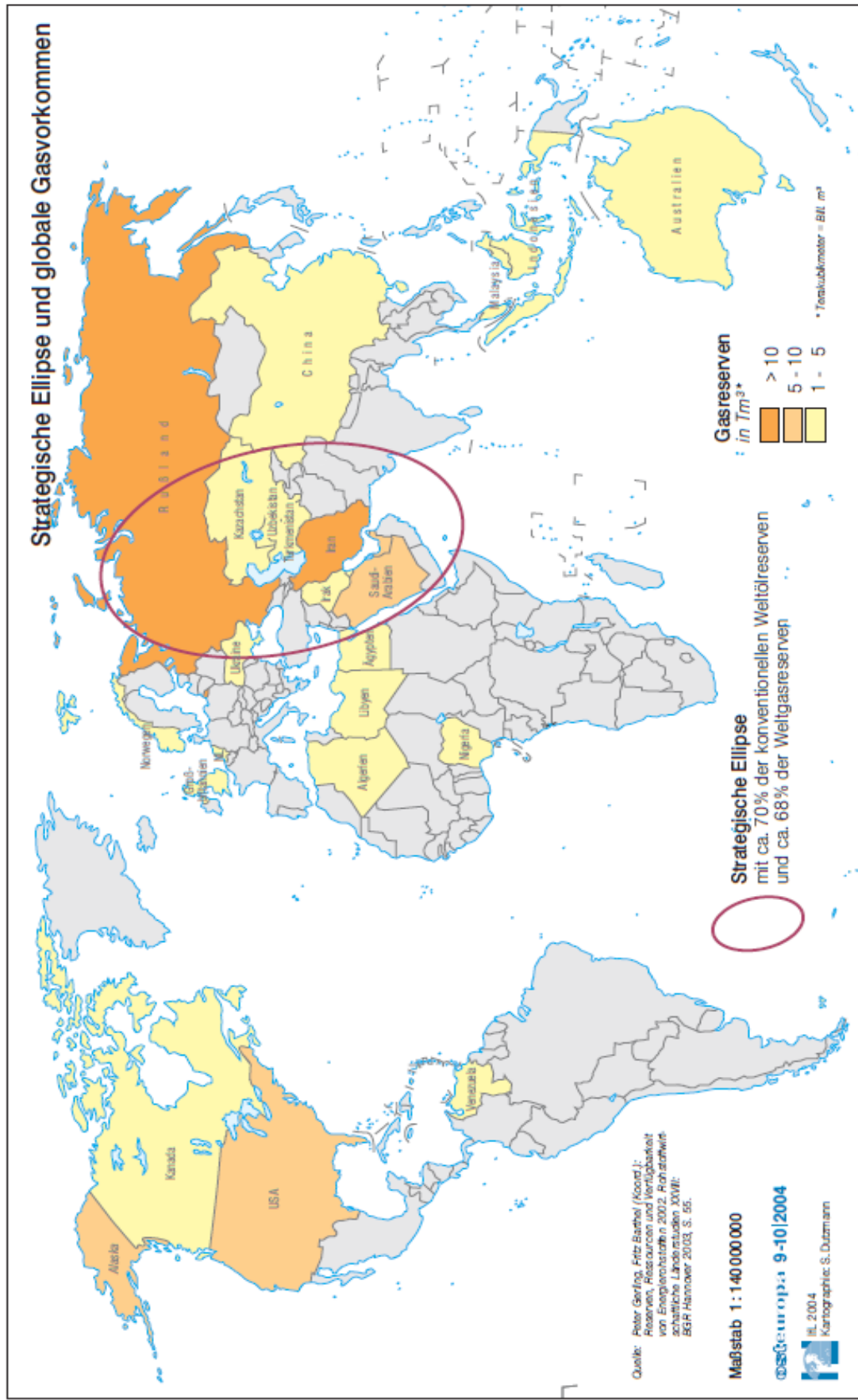
Skala: 0 50 100 150 km

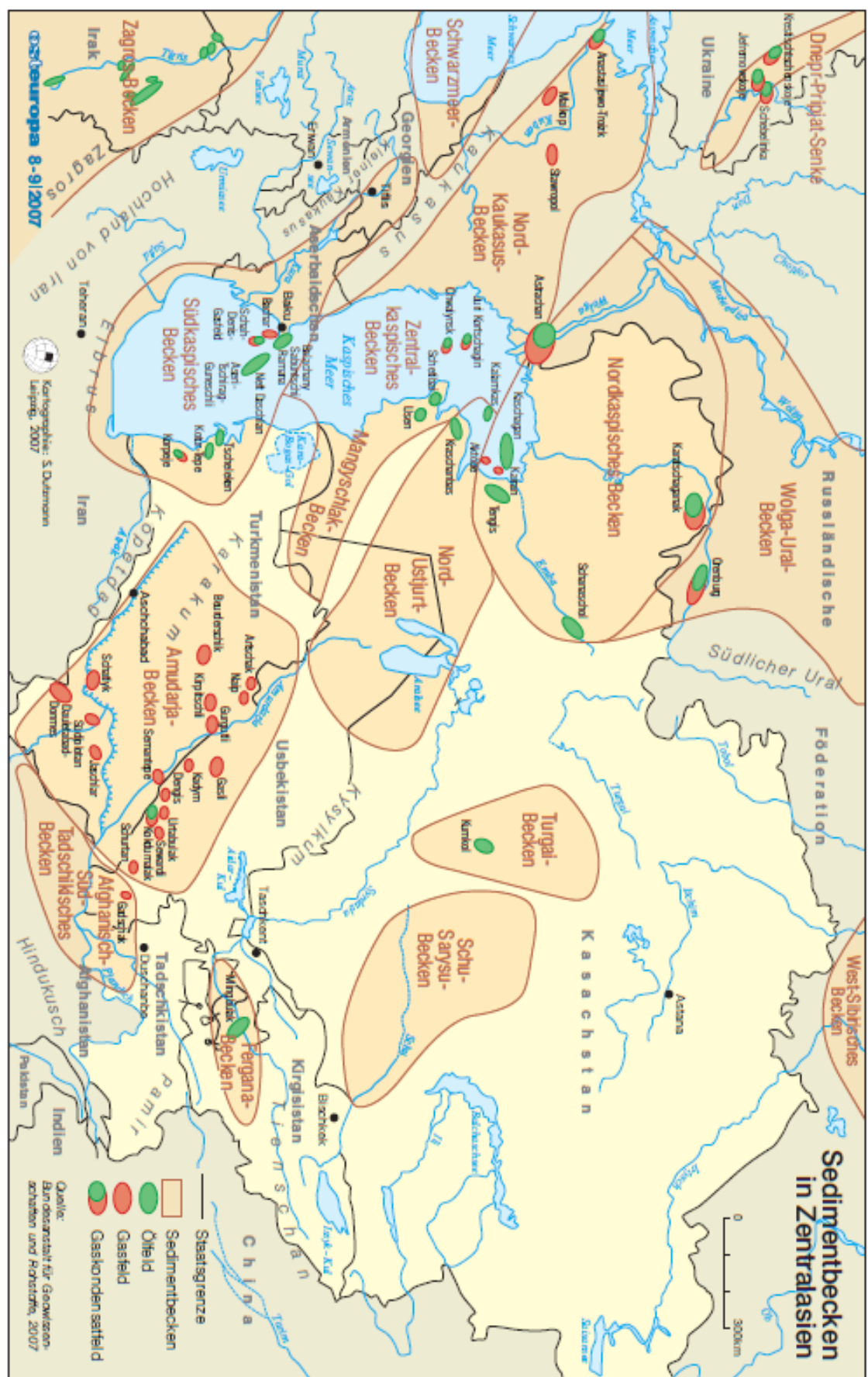
Geographische S. Datum: WGS 84, 2007

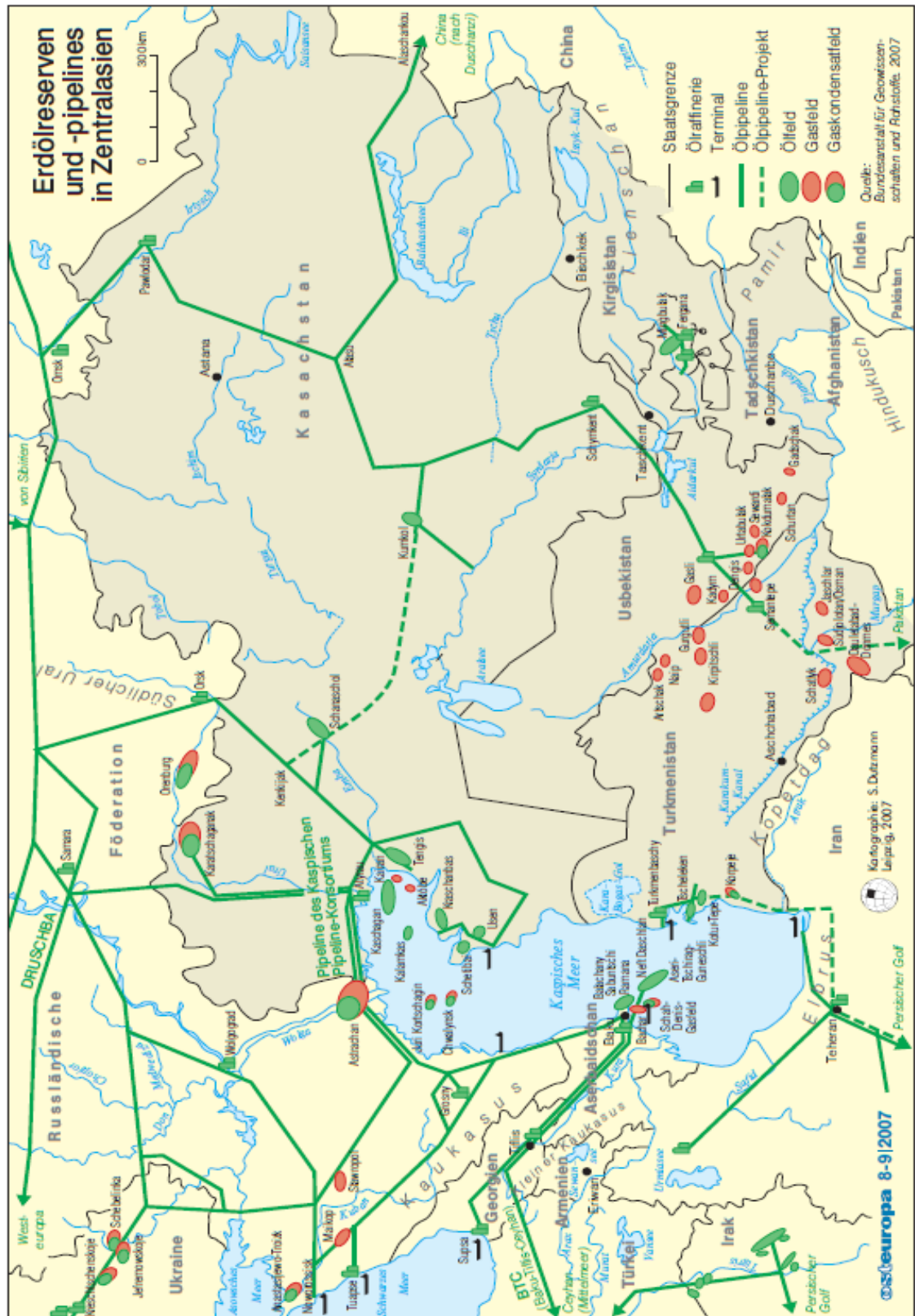
Quelle: Europa 8-9/2007

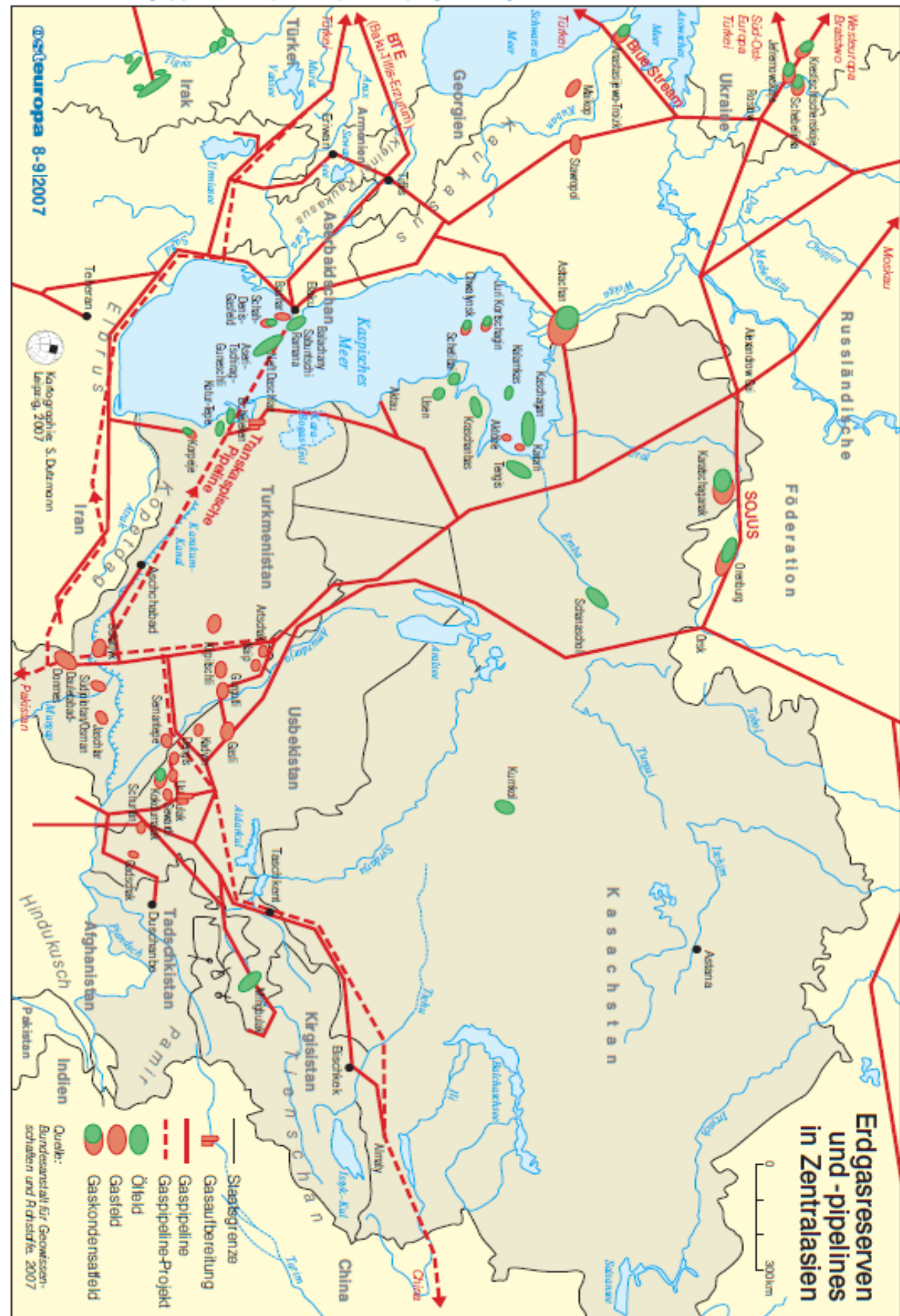














10.3 Tabellenverzeichnis

Tabelle 1: Finanzielle Mittel der EU für regionale Kooperation in Zentralasien 2007-13	S.46
Tabelle 2: Bilaterale Budgets zwischen der EU und den Staaten Zentralasiens	S.56
Tabelle 3: Lebenserwartung und Tuberkuloseneuerkrankungen in Zentralasien	S.60
Tabelle 4: Anzahl der Krankenhäuser in Zentralasien pro 100000 Einwohner	S.62
Tabelle 5: Einschreibungen in die Vorschule in % der Kinder im entsprechenden Alter	S.63
Tabelle 6: Sozioökon. Daten des Ferghanatals in % im Verhältnis zum Gesamtstaat	S.73
Tabelle 7: Geschätzte Energieträgerreserven in Zentralasien	S.103
Tabelle 8: Verbrauch von Erdöl in der VR China	S.111
Tabelle 9: Minimal- und Maximalpreise pro Barrel Rohöl in ausgewählten Jahren	S.112

10.4 Abstract

The political region called Central Asia consists of the five former Soviet republics Kazakhstan, Kyrgyzstan, Tajikistan, Turkmenistan and Uzbekistan. After the disintegration of the Soviet Union, this region became a geopolitical backalley. The Russian Federation was focusing towards the western world, the People's Republic of China had neither the political, nor the economic leverage to get involved in those new countries, for the United States and the European Union, the steppes and mountains of the young republics were of little interest.

The situation changed dramatically in the first years of the twenty-first century. The attacks of 9/11, the military involvement of the USA in Afghanistan, the rise of the prices for natural resources and the risk of the spread of international Islamic fundamentalism and extremism resp. separatism and terrorism laid the focus on the region. The European Union adopted a policy of „europeanization“ for the region, meaning the promotion of democracy, good governance, education and improvement of economic development to ensure stability, security and prosperity in the region. The EU sees itself as a role model for regional integration and as a peace project, but finds itself in a ideological competition with the aforementioned global players and as their attention to the growing geopolitical role of Central Asia arouse, the competition for influence became more fierce. The Central Asian power holders on the other hand, who were educated in the political system of the Soviet Union, rule their respective countries in an authoritarian fashion, mixed with an Islamic national traditionalism and are very little in favor of change of the status quo.

The challenge for the European policy makers and diplomats therefore is a) the identification of the political fields and institutions which are favorable for cooperation between Central Asia and the EU b) the concretisation of specific political and economic help programs and c) the prediction of possible conflicts, both within the Central Asian power structures and other global players involved in the region (China, Russia and the USA).

Therefore, the author first presents the political definition of the term “Central Asia” and illuminates its history up to its independence. He then describes the genesis of the foreign policy of the EU and explores the 5 fields of foreign european policy selon Karen Smith (regional cooperation, human rights, democracy and good governance, conflict prevention, the fight against international crime) The analytical part of the thesis consists of a view into the Central Asian situation in those five fields and how the Strategy for a New Partnership

2007-2013(as a political superstructure for the European programs with and in Central Asia) tackles those issues. After this in depth analysis we will look at the positions of the three other big players in the region and how they interfere in the European strategy. The conclusion will show which parts of the New Strategy can have a positive impact and which won't.

10.5 Zusammenfassung

Die Region welche hier als politisches Zentralasien bezeichnet wird, besteht aus den ehemaligen Sowjetrepubliken und heute unabhängigen Staaten Kasachstan, Kirgisistan, Tadjikistan, Turkmenistan und Usbekistan. Nach dem Auseinanderbrechen der Sowjetunion, bestand kaum ein politisches Interesse an dieser Region. Die Russische Föderation wandte ihr Augenmerk gen Westen, die Volksrepublik China hatte weder den politischen Willen, noch die ökonomische Hebelkraft um eine aktive politische Rolle in der Region zu übernehmen, für die USA und die EU waren die Steppen und Berge der jungen Republiken politisches Niemandsland.

Diese Situation änderte sich schlagartig mit dem Beginn des 21. Jahrhunderts. Die Angriffe des 11. September 2001, das militärische Eingreifen in Afghanistan, die Preisanstiege an den Energieträgerbörsen sowie die aufblühende Angst vor islamistischem Fundamentalismus und Extremismus bzw. Separatismus und Terrorismus haben die Region wieder stärker in den Fokus der Geopolitik gestellt. Die Strategie der EU besteht aus einer "Europäisierung" der Region im Sinn der Ausbreitung demokratischer Grundsätze, verantwortungsvoller Staatsführung, Bildung und Förderung der ökonomischen Entwicklung zur Sicherung von Stabilität, Sicherheit und Wohlstand. Die EU sieht sich in diesem Zusammenhang als erfolgreiches Rollenbeispiel für regionale Integration und als Friedensprojekt, doch findet sie sich in ideologischen Konkurrenzsituation mit den zuvor erwähnten *global players* wieder, welche durch die steigende geopolitische Rolle Zentralasiens, ihre Interessen auch weltanschaulich gesichert sehen wollen. Auf der anderen Seite sehen wir eine nach wie vor im politischen System der Sowjetunion geschulte zentralasiatische Elite, welche autoritär herrscht und auch im Hinblick auf einen islamischen nationalen Traditionalismus, kaum an Veränderungen interessiert ist.

Die Herausforderung für die europäischen Beamten und Diplomaten besteht also aus a) der Identifikation der politischen Felder und Institutionen welche sich als günstig für Kooperation zwischen Zentralasien und der EU darstellen, b) die Konkretisierung spezifischer politischer

und ökonomischer Hilfsprogramme und c) die Vorausahnung möglicher Konfliktfelder sowohl mit den lokalen Eliten als auch mit anderen politischen Akteuren.

Hierfür erläutert der Autor die Europäische Definition des Begriffes „Zentralasien“ und schneidet die Geschichte der Region bis zur Unabhängigkeit an. Es folgt ein Einblick in die Entwicklung der EU als außenpolitischer Akteur und die Definition der fünf außenpolitischen Themenfelder der EU nach Karen Smith (regionale Kooperation, Menschenrechte, Demokratie und verantwortungsvolle Staatsführung, Konfliktprävention, der Kampf gegen international organisierte Kriminalität). Der analytische Teil der Arbeit, welcher darin besteht die Situation und die Herausforderungen in diesen fünf Feldern zu analysieren und dann die Instrumente in der Strategie für eine neue Partnerschaft zu identifizieren die hier anpacken wollen und c)nach dieser Analyse die Position der anderen Großmächte (USA, Russland, China) die Einfluss auf die Region nehmen wollen. Die Conclusio wird zeigen wo die EU mit der Strategie erfolgreich sein kann und wo sie ihre Ziele kaum erreichen wird.

10.6 Curriculum Vitae

Persönliche Angaben

Name:	Ota Nalezinek
Geboren am:	02.06.1986
Staatsangehörigkeit:	Luxemburg
Geboren in:	Prag

Studium und Ausbildung

seit 2010	Universität Wien – Masterstudium Politikwissenschaft
2005-2010	Universität Wien – Diplom/Bachelorstudium Politikwissenschaft
1998-2005	Lycée classique Athénée de Luxembourg
1992-1998	Grundschule Avenue Gaston Diderich